

PROTOKOLL

über die 11. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 26. November 1992 im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungsaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:

Erich Sablik

Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Roman Eichhübl

Ing. Othmar Schloßgangl

Leopold Tatzreiter

Dkfm. Mag. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:

Felicitas Bauer

Josef Brandstötter

Gerhard Bremm

Günther Fürweger

Johann Glanzer

Hans Dieter Götz

Gottfried Hofstetter

Oskar Holub

Engelbert Huber

Klaus Jansky

Anna Jeloucan

Engelbert Lengauer

Friederike Mach

Josef Mayr

Hans Payrleitner

Mag. Harald Philipps

Edith Radmoser

Franz Rohrauer

Eva Scheucher

Dr. Tilman Schwager

Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Franz Strasser

Walter Strobl

Susanne Thurner

VOM AMT:

MD Dr. Kurt Schmidl

OMR Dr. Gerhard Alphasamer

SR Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

OAR Gustav Gergelyfi

OAR Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

OMR Mag. Augustin Zineder

Karin Michlmayr

TAGESORDNUNG

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und der Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES

- | | |
|--------------|---|
| Bau3-3201/92 | Parkplatzneugestaltung Leharstraße; Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe. |
| Bau3-1071/89 | Belagsarbeiten Leyerergründe - Gleink; Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe. |
| GHJ2-114/92 | Einbruchschaden - Schule Punzerstraße 73-75; Vorfall vom 1.1.1992; Versicherungsschaden. |
| Präs-10/92 | Einführung der gleitenden Arbeitszeit im Magistrat Steyr ab 1.1.1993; Auftragsvergabe hinsichtlich der Arbeitszeiterfassungsgeräte. |
| Ha-3724/92 | Jugendzentrum Resthof; Subvention 1992. |
| Ha-672/92 | Eltern-Kind-Zentrum Steyr; Ergänzungssubvention 1991. |
| F-395/73 | Aktion "Essen auf Rädern"; finanzielle Zuwendung an das Zustellpersonal des Roten Kreuzes. |
| Ha-7240/92 | Allgemeine Subventionsliste für 1992. |

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Berichterstatter Bürgermeister Hermann Leithenmavr:

- 1) Präs-1166/91 Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse;
Änderung in der Zusammensetzung.
- 2) Bau1-6438/73 Vergabeordnung für die Stadt Steyr; Änderung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Erich Sablik:

- 3) Ges-7660/92 Umweltbericht 1991.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

- 4) K-6155/78 Zentralbücherei der Stadt Steyr -
Ergänzung der Leseordnung.
- 5) VH-6940/92 Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiter-
honorare für die Volkshochschule der Stadt
Steyr - Arbeitsjahr 1993/94.

Berichterstatterin Stadträtin Ingrid Ehrenhuber:

- 6) SH-4122/88 Ansiedlung der Geschützten Werkstätte
im Industriepark Hinterberg - Grundkauf.
- 7) Bau5-8000/90 Kindergarten Plenkberg - Ausfinanzierung.

**Berichterstatter Stadtrat Ing. Othmar Schloßgangl anstelle
von Berichterstatter Stadtrat Karl Holub:**

- 8) Bau5-4177/86 Alten- und Pflegeheim Tabor - Herstellen eines Schwesternrufes für die Heim- und Pflegeabteilung.

Berichterstatter Stadtrat Ing. Othmar Schloßgangl:

- 9) Bau2-6888/92 Bebauungsplan Nr. 46 - Ennser Straße - Änderung Nr. 3.
- 10) Bau6-300/91 Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungsarbeiten - Aufschließung Weinzierlstraße; Antrag um Auftragsweiterung und Mittelfreigabe.
- 11) Bau2-6214/92 Abschluß eines Aufschließungsübereinkommens mit Herrn Georg Marktl, Steyr, Hochstraße 33.
- 12) Bau3-7090/91 Weiterer Ausbau der Gußwerkstraße; Vergabe der Bauarbeiten und Mittelfreigabe.
- 13) Bau3-7090/91 Weiterer Ausbau der Gußwerkstraße; Grundeinlöse; Mittelfreigabe.
- 14) Bau3-1756/84 Ausbau der Hausleitnerstraße von der B 122a (Nordspange) bis zur Mülldeponie; öffentliche Ausschreibung; Vergabe und Mittelfreigabe.
- 15) Bau3-6720/90 Straßenneubau Feldstraße, Bereich Wolfers - Weinzierlstraße; Fremdgrundinanspruchnahme; Mittelfreigabe für die 1. Teilzahlung.
- 16) Bau6-4840/83 Detailprojektierung Regenrückhaltebecken Sammelkanal F III zw. Ennser- und Steinerstraße und Überarbeitung HS F III und Kanalisation Weinzierl; 2. Ausbaustufe (Löwengutsiedlung).

Berichterstatter Stadtrat Leopold Tatzreiter:

- 17) GHJ2-754/92 Sierninger Straße 115 - Instandsetzungsarbeiten.
- 18) Bau3-4911/91 Übernahme des Grundstückes 1704/8, KG Steyr, in das öffentliche Gut.
- 19) Bau5-2224/90 FFW Steyr, Steiner Straße, Löschzug III - Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe.

Berichterstatter Stadtrat Dkfm. Mag. Helmut Zagler:

- 20) Ha-3312/92 Bedarfszuweisungsmittel für den OÖ Landestierschutzverein, Zweigstelle Steyr; Weiterleitung.
- 21) GemIII-3121/88 Novellierung der Gemeinde-Getränkeabgabenverordnung der Stadt Steyr vom 3. 7. 1992.
- 22) Ha-4300/91 Nachtragsvoranschlag 1992.
- 23) Präs-676/92 Antrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion: Kürzung des Gehaltes des Bürgermeisters von 80 % des LH-Bezuges auf 60 % des LH-Bezuges.
- 24) Präs-675/92 Antrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion: Aufhebung der derzeitigen Regelung des Pensionsanspruches für nicht hauptamtliche Stadtsenatsmitglieder.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie sehr herzlich. Ich begrüße auch das Publikum und die Herren der Presse. Ich darf feststellen, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, daß die Beschlußfähigkeit gegeben erscheint und daß mir bekanntgegeben wurde, daß als Protokollprüfer für die heutige Sitzung Gemeinderat Dr. Tilman Schwager und Gemeinderat Engelbert Huber funktionieren sollen. Sind die Herrschaften damit einverstanden? Dr. Schwager nickt, Gemeinderat Huber ebenfalls. Entschuldigt haben sich die Kollegen Stadtrat Karl Holub, Dipl.-Ing. Frank Mundorff, Gemeinderat Richard Gollatsch, Gemeinderat Hermann Bachner. Anfragen sind mir diesmal nicht zugegangen. Gemäß Tagesordnungspunkt 3 darf ich Mitteilungen des Bürgermeisters zur Kenntnis bringen. Hier hat zunächst die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion mit Schreiben vom 9. November 1992 mitgeteilt, daß anstelle von Herrn Stadtrat Roman Eichhübl Herr Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil zum Vorsitzenden der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion bestellt worden ist. Als Fraktionsvorsitzender-Stellvertreter wurde Herr Stadtrat Roman Eichhübl nominiert.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage ist zu berichten, daß wir noch eine weitgehend stabile Arbeitsmarktlage

vorfinden. Eine konjunkturelle Abschwächung ist allerdings bemerkbar. Besonders in unserer Industrie werden sich diese internationalen Tendenzen auswirken.

Die Konjunkturaussichten werden durchwegs negativ beurteilt. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen betrug Ende Oktober 2.950. Im Monatsvergleich hat sich die Gesamtzahl fast nicht verändert. Offene Stellen waren zu Monatsende 334 gemeldet. Das ist ein Rückgang von 17,3 %. Am Lehrstellenmarkt waren Ende Oktober 45 Jugendliche lehrstellensuchend gemeldet, 551 offene Lehrstellen werden zurzeit noch angeboten.

Ich darf Ihnen berichten, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß ich am 3. November 1992 mit Stadtrat Zagler und Stadtrat Karl Holub bei Herrn Landesrat Mag. Gerhard Klausberger vorstellig war. Es ist um eine finanzielle Angelegenheit gegangen, nämlich hier finanzielle Mittel aufzutreiben, die uns in die Lage versetzen, die enormen Renovierungskosten im Alten- und Pflegeheim Tabor aufzubringen. Es ist uns zu unserer Freude gelungen, hier Zusagen zu erhalten, allerdings nur dann, wenn ein Gesamtkonzept zu dieser Sanierung, auch bis hin zum organisatorischen Bereich, vorgelegt werden kann. Wir haben die Zusage erhalten, daß uns eine Zuschußleistung des Landes in Höhe von 20 % der Investitionen gewährt werden wird, außerdem werden wir ein Investitionsdarlehen von 10 Mio. S. auf 10 Jahre erhalten. Weitere

Förderungsmöglichkeiten möchte ich auch noch ansprechen bei Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Grüner und vor allen Dingen bei Wohnbau-Landesrat Fritz Hochmair.

Zur Verkehrsdrehscheibe Bahnhof - Bahnhofsüberbauung hatten wir bei der letzten GR-Sitzung ja auch eine Diskussion, die Sache mit dem Architekten-Wettbewerb usw. Ich habe ja bekanntgegeben, daß ich hier bemüht bin, die Dinge voranzutreiben. Ich darf Ihnen folgendes mitteilen. Anlässlich einer Vorsprache beim Präsidenten der Bundesingenieurkammer, Herrn Architekt Schimek, wurde vereinbart, daß das Parkdeck alleine mit der Bahnhofsüberbauung für einen Architektenwettbewerb zuwenig Bearbeitungsspielraum zuläßt. Das ist die Meinung des Herrn Präsidenten der Architektenkammer, und er geht davon aus, daß diese vielen Zwangspunkte, die hier vorhanden sind, die Spielräume zu sehr einengen, um einen Architektenwettbewerb durchzuführen. Die weitere Vorgangsweise wird so sein, daß die ÖBB - es war bei dieser Besprechung auch der Vertreter, der Planungsbeauftragte der Österreichischen Bundesbahnen dabei - als Auftraggeber für das gesamte Projekt Verkehrsdrehscheibe Bahnhof auftritt. Das ist ein ganz wesentlicher Fortschritt, weil es sich um ein Bahnhofsgrundstück handelt und der Zugverkehr während der Bauarbeiten abgewickelt werden muß, was natürlich von außerhalb fast nicht zu bewerkstelligen wäre oder nur mit großen Problemen, Schwierigkeiten und auch Kosten. Die Bundesbahn wird sich an diesem Projekt mit S 40 Mio.

beteiligen, wobei sich aufgrund der Steuersituation ein Vorsteuerabzug von rund 8 Mio. S lukrieren läßt. Die Differenz zur Gesamterichtungssumme soll in Form einer Förderung des Landes finanziert werden, die ich nächste Woche, so hoffe ich, ansprechen kann bei Herrn Landeshauptmann Ratzenböck. Der Rest wird von der Stadt zu finanzieren sein. Jedenfalls ist dieses Projekt das zentrale Projekt, das wir im nächsten Jahr zu bearbeiten haben werden, und ich gehe davon aus, daß diese Vorstellung von allen Fraktionen und Gemeinderäten mitgetragen wird. Die Planungsarbeiten für die Bahnhofsüberbauung müssen jedoch von der Stadt Steyr beauftragt werden, da eine kurzfristige Planungsvergabe durch die ÖBB nach Auskunft von deren Vertretern nicht möglich erscheint. Infolge der Absage des Architektenwettbewerbes wird, wie in diesem Gespräch mit Herrn Präsident Architekt Schimek vereinbart wurde, eine neuerliche Vorlage des Projektes vor den Gestaltungsbeirat unumgänglich sein. Es erscheint aber zielführend, daß der von der ÖBB beauftragte Zivilingenieur nur in Zusammenarbeit mit einem oder mehreren Architekten die gestalterische Lösung dieser komplexen Aufgabe herbeiführt.

Ich darf Ihnen weiters mitteilen, meine Damen und Herren, daß unsere Bemühungen um die Installierung eines Studienganges oder einer Abteilung einer Fachhochschule noch nicht erfolgreich waren, aber zumindest dazu geführt haben, daß man auf Landesebene Steyr stärker in die Überlegungen

miteinbezieht. Ich habe mit Herrn Landesrat Leitl in der jüngsten Vergangenheit vereinbart - nach Rücksprache mit den Universitäts-Professoren Zeichen und Buchberger -, daß im Zusammenhang mit der Errichtung eines Technologie-Netzwerkes in Oberösterreich Steyr ein Standort für einen "Technologie-Knoten" sein könnte, und es ist ausgemacht mit Herrn Landesrat Leitl - das habe ich erst gestern vereinbart und Kollege Schloßgangl hat hier auch schon in positiver Weise vorgeschlagen -, daß die Kosten einer Machbarkeitsstudie, die rund 1,2 Mio. S betragen, zwischen dem Land und der Stadt Steyr geteilt werden sollen, wobei wir um eine Unterstützung beim Bundeskanzleramt ansuchen werden. Ich bin guter Hoffnung, daß uns hier auch noch ein Zuschuß gewährt wird. Sollte es möglich sein, daß wir ein internationales Forschungszentrum für Automatisierung und Robotik in Steyr errichten, wobei hier Univ.-Prof. Zeichen, der ja ein internationaler Fachmann ist - er hat vor kurzem eine der höchsten Auszeichnungen der japanischen Industrie auf dem Gebiet der Robotik hier in Steyr erhalten -, als Institutsvorstand fungieren würde, wäre das also ein Technologiescheinwerfer hier in Steyr, der ganz oben angesiedelt wäre und internationalen Rang hätte. Es wäre in einer ersten Ausbaustufe daran gedacht, daß hier 50 Forscher tätig sein würden. Es wäre sozusagen "das Fleisch in der Suppe", von dem wir einige Zeit schon geträumt haben, und ich hoffe, daß wir tatsächlich - nachdem auch das Land die Sache voll unterstützt, und ich hoffe, auch der Bund - gemeinsam einen

solchen Technologieknoten in Steyr errichten können. Es wäre also eine schöne Konstellation, wenn wir - sozusagen als Unterbau - die HTL hätten, zwischendrin die Fachhochschule - wir haben den Kampf darum nicht aufgegeben - und darüber als internationalen Scheinwerfer dieses Forschungszentrum, das international durch die Teilnahme von amerikanischen und japanischen Spitzenforschern abgesichert werden sollte.

Das, meine Damen und Herren, waren die Mitteilungen des Bürgermeisters. Im Punkt 4) darf ich bitten, die Beschlüsse des Stadtsenates zur Kenntnis zu nehmen, Unterlagen sind ja der Gemeinderatseinladungliste beigelegt.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 5) Verhandlungsgegenstände, und ich gebe den Vorsitz an den Kollegen Sablik ab.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche um Vortrag von Punkt 1).

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! In Tagesordnungspunkt 1) ist eine Umbildung der gemeinderätlichen Ausschüsse erforderlich.

- 1) Präs - 1166/91
Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse; Änderung der Zusammensetzung;

In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 7. 11. 1991 wurden die gemeinderätlichen Ausschüsse gem. § 40 des Stadtstatutes neu gebildet und deren Mitglieder durch Wahl bestimmt. Nunmehr teilt die Gemeinderatsfraktion der FPÖ im Gemeinderat der Stadt Steyr mit Schriftsatz vom 9. November 1992 mit, daß sie um nachstehende Änderung im Bauausschuß sowie im Umweltausschuß ersucht.

1. Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil scheidet aus dem Umweltausschuß aus. Dafür wird Frau Gemeinderätin Bauer Felicitas für diesen Ausschuß nominiert.

2. Frau Gemeinderätin Felicitas Bauer scheidet aus dem Bauausschuß aus. Dafür wird Herr Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil für diesen Ausschuß nominiert.

Da die Ausschußmitglieder grundsätzlich jeweils von der sie nominierenden Fraktion zu wählen sind, darf daher vorgeschlagen werden, in der nächsten Sitzung des Gemeinderates - das ist hier und jetzt - eine entsprechende Wahl durchzuführen, wobei im gegenständlichen Fall lediglich die Mitglieder der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wahlberechtigt sind.

Wahl über den Wahlvorschlag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion:

Anzahl der abgegebenen Stimmen:

Für den Wahlvorschlag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion:

Enthaltungen:

Die von der FPÖ-Gemeinderatsfraktion vorgeschlagenen Gemeinderatsmitglieder gelten daher als in die entsprechenden Ausschüsse (nicht*) gewählt.

(*nichtzutreffendes bitte streichen)

Gegenständliche Wahl wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 26. 11. 1992 durchgeführt, wobei jeweils nur die Mitglieder der FPÖ-Gemeinderatsfraktion über den von dieser eingebrachten Wahlvorschlag abstimmten. Ich würde nunmehr bitten, daß der Herr Vorsitzende über den Antrag in der vorgeschlagenen Form abstimmen läßt und zwar nur unter den Mitgliedern der FPÖ-Fraktion.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Meine Damen und Herren der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, Sie haben diesen Antrag gestellt, und ich ersuche Sie nun, über diesen Antrag abzustimmen. Wer von den Damen und Herren der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion für den von ihnen vorgelegten Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Die Frage nach Enthaltung oder Gegenstimme erübrigt sich.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, der nächste Antrag betrifft die Änderung der Vergabeordnung für die Stadt Steyr.

2) Bau 1 - 6438/73

Vergabeordnung für die Stadt Steyr; Änderung;

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 14. Oktober 1992 wird die in der Anlage beigeschlossene Änderung der Vergabe-

ordnung der Stadt Steyr genehmigt.
(BEILAGE)

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer wünscht das Wort bitte? Ich sehe keine Wortmeldungen, daher komme ich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen, Enthaltungen sehe ich keine.

Ich übergebe den Vorsitz an den Bürgermeister und ersuche um das Wort für Punkt 3).

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Kollegen Sablik das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Der Rechnungshofbericht ist uns leider etwas zuvorgekommen, er fordert nämlich die Vorlage des Umweltberichtes jährlich, also des 91ers heuer, und wir waren gerade in der Endabfassung dieses Berichtes. Ich darf Ihnen diesen Bericht nun vorlegen.

3) Ges - 7660/92

Umweltbericht 1991:

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der seitens der Abteilung für Umweltschutz und Bürgerservice erstellte Umweltbericht für das Jahr 1991 wird zur Kenntnis genommen. (BEILAGE)

Sie haben ihn ja zeitgerecht erhalten und Zeit gehabt, um hier das Studium aufzu-

nehmen, und ich kann mir denken, daß außer der Frau Gemeinderat Scheucher sich niemand zu Wort meldet, wenn es um den Inhalt dieses Berichtes geht, weil er sehr erschöpfend auf alles hinweist, was in diesem Jahr geschehen ist, bzw. was 1990 schon beschlossen und 1991 durchgeführt worden ist. Ich darf hier besonders auf die genaue Luftmessung hinweisen, auf das Einsetzen von zusätzlichen, mobilen Luftmeßwagen durch die OÖ Landesregierung, um bei besonders neuralgischen Punkten wie bei Ziegelwerken, beim Verkehrsknoten Ennsstraße udgl. hier zusätzlich die Luft zu messen, und es klopft sich hier der Kollege StR Zagler auf seine Brust, weil er ja der war, der das mit Vehemenz gefordert hat. Ich darf nun einige Kleinigkeiten anführen. Die Kompostaktion des Landes hat immerhin Ende 1991 mehr als 3000 Interessenten gezeigt, und es war notwendig, auch 1991 einen Geldbetrag aufzuwenden. 1991 haben wir 465.000,-- S von seiten der Stadt an Stützungsgeldern freigemacht. Das Problemmüllgewinnspiel wurde aktiviert, und es beteiligten sich 700 Bürger der Stadt. Die im Bereich der städt. Deponie errichtete Sperrmülltrennanlage, die nunmehr unter anderer Voraussetzung aber schon den Probebetrieb aufgenommen hat, wurde zu dieser Zeit durch die Stadt erworben, nachdem sie ein Jahr lang vom privaten Betreiber stillgelegt worden war. Leider wurde in diesem Zeitraum auch die entsprechende Stützung der Altpapiersammlung notwendig. Denn wenn vor diesem Zeitpunkt das Rote Kreuz wesentliche Mittel zur Durchführung

seiner Interessen und Aufgaben aus der Altpapiersammlung erhalten hat, so war ab Zeitpunkt 1991 es nicht mehr möglich, weil der Altpapierpreis verfallen ist, und heute müssen wir bereits fast 1 Schilling dazulegen, damit wir 1 kg Altpapier anbringen. Weiters wurde in dieser Zeit die kostenlose Zurücknahme von Alt-Kühlschränken aktiviert, und das ist besonders notwendig, weil durch unbefugt abgelagerte Kühlschränke - und die haben wir in der Unterhimmler Au genauso wie im Stadlmayrwald gefunden -, durch das vorhandene FCKW die Ozonschicht der Erde mitzerstört wird. Außerdem ist sehr viel Altöl in unsere Böden dadurch gesickert. Weiters waren in diesem Jahr mehrere Reinigungsaktionen notwendig, und ich bedanke mich heute hier nachträglich noch beim Landwehrstammregiment 41, das zu jeder Aktion mindestens 150 Jungmänner abgestellt hat, um das Grundwasserschongebiet im Bereich von Dietach wie auch in der Unterhimmler Au einer besonders genauen Reinigung zu unterziehen. Die zu diesem Zeitpunkt schon zwei Jahre laufende Baumpflanzaktion, deren Endziel immerhin 40.000 neugepflanzte Bäume im Stadtgebiet zum Inhalt hatte, wurde weitergeführt, und heute sieht man bereits den Erfolg. Es sind kaum 10 % der Pflanzen nicht angewachsen. Ich darf Sie erinnern, daß seitens der Lieferanten dieser Jungpflanzen eine Anwachsgarantie gegeben wurde, sodaß abgestorbene Jungpflanzen durch neue ersetzt werden. Also auch hier ist kein Verlust zu beklagen. Ich möchte mich bedanken beim Lehrkörper und bei den

Schülern der HS Ennsleite 1, die damals ein Biotop im Bereich des Schulgartens errichteten, das heute bereits Inhalt des Lehrunterrichtes ist, und unsere Kinder können hier aus erster Hand das Zusammenwirken der verschiedenen Teile in der Natur dementsprechend studieren. Es wurde in diesem Zeitraum auch im Magistrat Steyr in allen Dienststellen verpflichtend eingeführt, daß nur umweltfreundliche Reinigungsmittel verwendet werden dürfen. Dasselbe natürlich auch im Wirtschaftshof, und ich darf hier sagen, daß wir sehr dahinter sind, Straßenmarkierfarben zu bekommen, die auf wasserlöslicher Basis biogene Abbaufähigkeiten beinhalten. Aber es ist nicht möglich, daß die auch halten. Sie sind noch in Versuchsstadien in der chemischen Industrie. Weiters wurde zu diesem Zeitpunkt die Sandaufbereitungsanlage im Bereich des SLR Gußwerkes groß einer Diskussion unterzogen, konnte aber dann ordnungsgemäß eine Bewilligung erhalten. Weiters wurde damals schon die Stadt wegen der Ziegelwerke aktiv, und im heurigen Winter wird bereits in einem Ziegelwerk umgebaut, sodaß zumindest in einem Ziegelwerk die dort aufgetretenen Schadstoffe zumindest minimiert werden. Das ist nur ein kleiner Abriß aus dem umfangreichen Werk, und ich darf mich hier bedanken bei den Leuten der Dienststelle, besonders bei Oberamtsrat Gergelyfi, der sich wirklich über sein Maß hinaus als Beamter eingesetzt hat, daß die Bevölkerung hier ein umfangreiches Werk über den Umweltschutz in Steyr erhält. Das ist ja aufbauend, und nächstes Jahr lege ich Ihnen den Umweltbericht 1992 vor, der

auf diesem basiert und dann schon die Vergleichswerte 1991 beinhaltet. Dieses Werk hier ist die Stufe Null bzw. der Beginn einer regelmäßigen Berichterstattung hier im Gemeinderat. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diesen Vortrag. Zu Wort gemeldet ist der Kollege Fürweger. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

GÜNTHER FÜRWEGER:

Meine Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Beim Studium des Umweltberichtes ist mir einiges aufgefallen, und ich möchte Ihnen das vielleicht nur kurz mitteilen. Ich habe es auch im Umweltausschuß gebracht. Auf Seite 18 bei der Wassergüte steht im letzten Satz unten, daß oberhalb der Kläranlage Steyr beim Gasthof Sandmair die Enns eine Gewässergüte aufweist von I bis II, und auf der nächsten Seite im letzten Satz steht dann, daß die Wassergüte unterhalb der Kläranlage eine Wassergüte von II bis III aufweist. Das zeigt uns dann doch, daß also ab der Kläranlage das Wasser schlechter ist. Warum, das müssen wir, glaube ich, dann feststellen. Liegt es an der Kläranlage, liegt es an anderen Sachen? Auf jeden Fall ist es zu überprüfen. Den letzten Satz bei der Wassergüte müßte man dann etwas korrigieren. Denn hier steht nur: "Soweit hat es sich als erwiesen ergeben, daß aufgrund des Betriebes der Kläranlage die Wasserqualität im Ennsfluß der Wassergüte II entspricht." Und noch im vorigen Satz

ist von II bis III die Rede. Also da müßte man vielleicht noch ein bißchen mehr klären, warum hier das Wasser nach der Kläranlage schlechter ist. Bei der Luft war es so, daß wir am Posthofberg doch eine Steigerung gehabt haben von 45 % bei den Stickstoffoxiden. Hier möchte ich anfügen, daß wir uns vielleicht bei der Messung der Luft nicht nur auf die stationären Luftmeßstellen verlassen sollen, sondern auch mobil messen sollen. Wir sollen dort messen, wo es wirklich nach unserer Meinung, nach der Meinung der Bevölkerung, wirklich nicht mehr tragbar ist. Wir wissen um die Situation am Posthofberg. Im Sommer bei 30°, im Stau von 15 bis 17 Uhr ist es sicher nicht mehr ratsam, mit einem Kinderwagen auf- und abzumarschieren. Wir sollten dort sicher mehr messen, genauso wie in einer Firma in einer Montagehalle bei der lautesten Maschine der Lärm gemessen wird und nicht nur ein Durchschnittswert genommen wird, sondern wir müssen uns, glaube ich, an die Maximalwerte herannähern und versuchen, diese Werte herunterzubringen. Das möchte ich nur kurz zum Umweltbericht anführen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, nächste zum Wort Gemeldete ist Frau Kollegin Scheucher. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN

EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Umweltbericht 1991 ist ja entstanden auf eine Forderung des Rechnungshofes,

und natürlich habe ich mir den vorliegenden Bericht sehr genau angeschaut. Es ist so, daß ich mir vorgestellt hätte, so ein Umweltbericht sollte eigentlich für eine Diskussion im Gemeinderat dienen. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß jeder Gemeinderat, der diesen Bericht in die Hand bekommt, ihn auch unbedingt lesen kann. Das soll jetzt überhaupt keine Abwertung Ihrer Bildung sein, aber es sind derartige fachspezifische Ausdrücke drinnen, daß er für einen Nichtbiologen zum Teil nicht verständlich ist. Ich will jetzt nicht fragen, ob jeder weiß, was eine Biozönose ist oder ein Perzentilwert. Daß manche Gemeinderäte, die sich sehr gut damit auseinandergesetzt haben, auch Irrtümern unterliegen, habe ich jetzt gerade beim Kollegen Fürweger gehört. Die Gewässergüte unterhalb der Kläranlage ist nicht II bis III, sondern ist II, in Richtung II bis III, und da ist ein Unterschied dazwischen. Aber das sind eben diese Dinge, und ich würde bitten, den Umweltbericht in Zukunft allgemeiner verständlich in der Richtung abzufassen, so daß wirklich jeder auch was anfangen kann damit. Ich habe mir natürlich auch vor allem die Luftbelastung angeschaut. Die einzige Luftmeßstelle ist die fixe am Plenklberg, und zwar in der Holzstraße, also ein bißchen abseits des Plenklberges. Wenn man zusätzlich noch die Windrichtung betrachtet - in Steyr haben wir meistens Westwind -, dann geht halt schon die ganze Belastung vom Plenklberg in die andere Richtung. Das heißt, die Werte, die diese Meßstelle liefert, sind durchwegs nicht so schlecht. Ich würde

trotzdem für die Zukunft - nach dem der Bericht ja jetzt regelmäßig kommen sollte - nicht Einzelwerte gerne sehen, sondern fortlaufende Daten. Denn es sind Jahreswerte drinnen, da kann man schon etwas ablesen. Da kann man erkennen, wie sich die Luftbelastung im Lauf der Zeit verändert oder verbessert, verschlechtert oder was immer. Man merkt zum Beispiel, daß sich diese technische Errungenschaft des Katalysators, der ja die Abgaswerte der PKW's sehr deutlich senkt, überhaupt nicht auswirkt in der Luftbelastung, weil der Vorteil, dieser technische Vorteil, durch die Vergrößerung des Verkehrs an sich wieder egalisiert wird. Das heißt, solche Werte auf Dauer gesehen würden ganz interessante Aufschlüsse geben. Daneben wichtig sind aber, glaube ich, auch aktuelle Daten, und diese aktuellen Daten werden ja laufend an die Meßstelle in Linz übertragen und könnten von Linz - und so war es auch in den Budgetverhandlungen im Vorjahr ausgemacht - auf eine Anzeigetafel in Steyr übertragen werden, sodaß jeder Steyrer die Möglichkeit hat, jederzeit die aktuellen Meßdaten abzulesen. Ich habe im Umweltausschuß immer gehört: "Wenn es Überschreitungen gibt, wenn es Grenzwertüberschreitungen gibt, werden wir ja sowieso informiert". Ich glaube, daß es nicht der einzige Sinn ist, daß man Grenzwertüberschreitungen damit anzeigt, sondern daß auch eine Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung erzeugt wird, daß sich diese einmal auseinandersetzt mit den Daten. Und ich glaube, die Steyrer sind nicht so uninteressiert, wie man ihnen gerne unterstellt, indem man sagt, die schauen

das nicht an, die interessiert das sowieso nicht. Es ist auch ein Irrglaube, daß jetzt diese einzige Meßstelle - die ja von uns vom Standort her ein bißchen kritisiert wird - die Daten liefern soll, sondern das ist nur ein Teil unserer Forderung nach einem Meßnetz in Steyr. Und da sollen dann natürlich andere Meßstellen dazukommen im Lauf der Zeit. Wir sind auch nicht so unrealistisch, daß wir sagen, wir brauchen gleich alle auf einmal, denn es kostet sehr viel Geld. Das wissen wir auch. Und dann sollen alle Daten auf diese Anzeigetafel übertragen werden, wo auch immer sie steht, wir haben gesagt, möglichst zentral. Es tut mir wirklich leid, daß im letzten Stadtsenat diese Anzeigetafel zurückgestellt wurde. Ich hoffe, daß zurückgestellt nicht unbedingt heißt, daß sie beseitigt worden ist. Für die Luftmessung interessant sind natürlich auch die mobilen Meßstellen. Der Herr Kollege Fürweger hat diese hohen Überschreitungen bei den Stickoxiden schon ein bißchen angesprochen, wobei man sehr deutlich sieht und unterscheiden kann zwischen Sommergrenzwerten und Wintergrenzwerten, was für mich ein bißchen den Anlaß gibt, über Grenzwerte an sich zu philosophieren. Denn im Winter setzt man sie halt einfach ein bißchen höher an, weil man die Sommergrenzwerte eh nicht halten kann. Also soviel zu dem, was Grenzwerte aussagen, wann die Gesundheitsgefährdung wirklich anfängt. Ich habe hier 93 % bei NO₂-Überschreitungen im Sommergrenzwert, und das ist natürlich schon eine ganz schöne Zahl. Die Stickoxide führen einfach zu einer Häufung von Atemwegs-

erkrankungen. Vor allem bei den Schwächsten, und das sind halt einmal Kinder. Und es wohnen gerade am Posthofberg sehr viele Menschen. Für mich ist der Umweltbericht auch ein bißchen ein Anlaß zu überlegen, ob man nicht wirklich jetzt doch diesen Ennserknoten-Bau endlich einmal vorrangig behandeln sollte. Es hat bisher immer geheißen, da sind keine Kapazitäten frei beim Land, das kann nicht gemacht werden. Im letzten Verkehrsausschuß hat der Landesplaner ganz eindeutig gesagt, die Kapazitäten vom Land wären vorhanden, er könnte sofort beginnen, er hat nur auf das Stickler-Konzept gewartet. Das ist jetzt angeblich auch da. Das heißt, was spricht dagegen, daß man wirklich diese Stelle sofort in Angriff nimmt, und zwar vorrangig? Denn dort geht es wirklich um enorme Gesundheits- ich will gar nicht mehr sagen Beeinträchtigungen, das sind schon Schädigungen. Also dort müßte man wirklich ganz schnell etwas tun. Ein bißchen besser ist es in der Mittergasse, da sind nur die Staubbelastungen zu hoch gewesen oder höher gewesen. Das war allerdings 1991, bevor Kirchengasse und Gleinkergasse geschlossen wurden. Ich glaube, es wäre interessant, wieder weiter zu messen und dann zu vergleichen, was hat sich im Lauf der Zeit hier verändert. Zur Wassergüte ist schon sehr viel gesagt worden. Ich möchte nur um eines bitten. In Steyr haben wir nicht nur die Enns als Fluß, sondern auch die Steyr, und ich würde sehr bitten, die Steyr auch in so einen Umweltbericht aufzunehmen. Im Jahr 1977 hat bitte die Steyr Gewässergüte I gehabt, und 1987 hat sie schon I bis II

gehabt. Und wenn ich mir im Sommer die vermehrte Algenbildung anschau, und wenn man weiß, daß steyraufwärts eine ganze Reihe zB Eloxierwerke da sind, die auch sicher Schwermetalleintrag bringen, dann wäre es vielleicht auch für die Steyrer ganz interessant und für uns ganz interessant, das untersuchen zu lassen und das zu wissen. Soweit zum Wasserbericht. Das mit den Abfällen ist ja sehr gut erklärt im Bericht. Die Trenn- und Sammelergebnisse sind sehr gut drinnen. Mir fällt trotzdem eines auf. In Summe werden die Abfälle in Steyr mehr. Das heißt, wir können sammeln und trennen was wir wollen, in Summe gesehen sind die Abfälle mehr. Und ich glaube, da müßte auch von der Stadt noch vieles geschehen, daß in erster Linie nicht die Sammlung, Trennung und das Recycling stehen, sondern daß wirklich die Abfallvermeidung steht. Was immer man da für Anreize setzt, vielleicht finanzielle Anreize, daß man irgendwelche Förderungen für Betriebe sich einfallen läßt, die auf gewisse Verpackungsmaterialien verzichten. Es gibt zB in Steyr ein Großkaufhaus, das lobenswerterweise keine Dosen mehr hat und ähnliches. Diese Dinge müßte man fördern und unterstützen. Und die umweltfreundlichen Reinigungsmittel, die der Herr Vizebürgermeister angesprochen hat - hier steht nur "umweltfreundliche Reinigungsmittel" -, ich würde bitte gerne einmal die Beschaffungsliste sehen. Es gibt eine ökologische Beschaffungsliste. Denn umweltfreundlich, das steht heute auf jedem Waschpulver drauf. Und biologisch abbaubar steht auch auf

jedem Waschpulver drauf. Es ist immer nur eine Frage der Jahrzehntausende. Alles ist abbaubar - irgendwann. Also, es gibt eine ökologische Beschaffungsliste, und die Vorbildfunktion des Magistrates müßte auch dorthin reichen, nach der zu beschaffen und auch in den Büros ein bißchen zu schauen. Ich weiß nicht, ich denke mir jetzt nur, diese Tipex, gibt es die noch am Magistrat Steyr oder nicht? Wenn irgendein Tippfehler passiert ist, diese Fläschchen. Dort, wo der Computer einmal am Werk ist, da hat sich das ja ausgespielt. Aber das sind Umweltbomben an und für sich, und da gibt es ökologische Alternativen. Das sind so kleine Dinge, daß man einmal wirklich den Magistrat als erstes durchleuchtet und dann die Schulen in der Richtung. Ja, ich glaube, die Stadt sollte aktiv werden. Das ist auch dagestanden bei den Ziegelwerken. Aktiv werden alleine ist zuwenig. Es sollte sich dann auch ein Erfolg in der Richtung zeigen. Also, ich hoffe, wenn wir den Umweltbericht 92 mit dem von 91 vergleichen, daß wir doch einen deutlichen Fortschritt feststellen können. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, weitere Wortmeldung Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Aus aktuellem Anlaß möchte ich zum Umweltbericht schon einige Anmerkungen machen. Wenn Sie

heute die Presse gelesen haben über den Skandal im Steyrer Reitklub, dann möchte ich ein paar Worte dazu sagen. Überall dort, wo Menschen und Tiere zusammenleben oder wo Menschen leben und Tiere leben, kommt natürlich nicht nur Abfall vor, sondern kommen auch alle Produkte des menschlichen und tierischen Lebens zur Entsorgung. Es gibt zwei Probleme im Steyrer Reitklub. Es gibt das Problem des Klublokales, wo natürlich wünschenswert wäre, daß entsorgt wird, gerade, wo wir dort die Nähe der Kläranlage haben. Nur ist es natürlich ein Problem. Zahlen müssen es wir, die Stadt, wahrscheinlich, daß dort ein Rohr hinuntergelegt wird. Und das zweite Problem: Es war immer auf der ganzen Welt so, daß Tiere gehalten werden und daß auch die Gülle oder der Mist entsorgt wird. Das war immer so. Die Probleme in unserer Zeit bekommen wir nur durch zwei Dinge. Erstens einmal, daß Tiere in größerer Anzahl zusammengehalten werden. In einer Anzahl, die früher nicht da war. Wir haben heute Konzentrationen von Schweinen. Darum hat ja der Gesetzgeber auch verboten oder an eine Ausnahmeregelung gebunden, wenn jemand über 400 Schweine versorgt, dann muß er eben eine besondere Genehmigung haben dazu. Dort haben wir die Probleme. Wenn jemand drei Schweine hat und die auch selber aufarbeitet, gibt es wahrscheinlich kein Problem. Probleme haben wir überall dort, wo viele Tiere auf engem Fleck zusammengehalten werden. In Norddeutschland oder in Holland haben wir sogar Probleme - man stelle sich das vor - mit der Methangasbildung der Rinder, der

Wiederkäuer. Alleine durch ihren Wiederkauakt lassen sie soviel Methangas in die freie Luft - alleine durchs Dasein, nicht der Kot -, daß die reine Abatmungsluft der Wiederkäuer dort ein massives Waldsterben verursacht, ein massives Waldsterben. Man muß sich das einmal vorstellen, welche Probleme durch die Konzentration der Tierhaltung auf uns noch zukommen. Ich glaube, die Konzentration ist das Problem. Das Problem ist nun auch bei der Entsorgung der Gülle und des Mistes. Natürlich ist es richtig - wir haben ja auch einen Landwirt hier, der wird uns das bestätigen - und von der Ökologie viel besser, wenn wir Gülle und Mist im Frühjahr entsorgen, auf die Felder ausführen, weil dort die Gülle und der Mist nicht in das Erdreich eindringen können. Jetzt im Winter passiert es leichter, daß es ins Trinkwasser kommt, und im Frühjahr kann es besser versickern. Ich würde das Problem auch noch auf einer viel höheren Stufe ansehen, wo ich wirklich ein Problem sehe. Und da ersuche ich auch um die Zustimmung oder die Unterstützung von allen Fraktionen, weil wir haben ja alle auch nur ein Trinkwasser zur Verfügung. Ob das jetzt ein blauer, ein roter oder ein grüner Abgeordneter ist, wir haben alle nur einen Wasserhahn zu Hause. Wenn wir die Landesverordnung oder das Verbot betrachten - ich weiß nicht, wer es verfolgt hat, vielleicht hast du's verfolgt, Scheucher Eva -, das Antrazinverbot, das jetzt kommen soll. Man muß sich das vorstellen, Antrazin ist ein wesentlicher Bestandteil in unseren Düngemitteln. Das ist jahrelang

auf die Felder ausgebracht worden. Die Stadt Linz gibt ein vielfaches davon aus, das Antrazin aus dem Wasser wiederum herauszubekommen, muß das Trinkwasser zusätzlich chlorieren. Das kostet ein vielfaches mehr, als die Landwirtschaft am Mehrertrag verdient. Und jetzt ist man endlich bereit dazu, das Antrazin zu verbieten. Aber nicht, weil man erkannt hat, daß das Antrazin schädlich ist - es ist ein hochtoxisches Gift, da sind wir uns alle einig -, sondern weil es einen Preisverfall beim Antrazin gegeben hat. Und zum zweiten, weil man schon das teure Nachfolgeprodukt auf der Hand hat. Also das sind die Zukunftsaussichten, wo es wirklich Umweltprobleme gibt. Und gerade beim Wasser müssen wir sehr, sehr aufpassen. Und es sagen ja alle, die damit zu tun haben, wer Wasser hat, das Land, welches Wasser hat, wird in der Zukunft reicher sein als jedes Ölförderungsland. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, weitere Wortmeldung Herr Kollege Mayr. Ich erteile es Ihm.

GEMEINDERAT

JOSEF MAYR:

Meine Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich will nur ganz kurz zum Umweltbericht Stellung nehmen. Im Bericht ist auch ein großer Wetterbericht über das ganze Jahr drinnen. Ich weiß nicht, ob das unbedingt in den Umweltbericht hineingehört. Zur Kläranlage mit den Abwässern: Daß die Wassergüte bei der Enns oberhalb der Kläranlage besser ist

als unterhalb, ist eine logische Folge, weil alles bringt man nicht heraus. Nur ein Bedenken habe ich. Ob es richtig ist, daß man alle Umlandgemeinden in die Kläranlage einbindet? Ob nicht dann die Enns wesentlich schlechtere Wasserqualität haben wird, wenn konzentriert die ganzen Abwässer aller Gemeinden rundum eingebracht werden? Bei der Mülltrennung haben wir ein Problem, das zeitweise in den Pressemeldungen drinnensteht. Der Müll wird zwar getrennt von den einzelnen Haushalten gesammelt, dann wird er von der Gemeinde entsorgt, und dann wird wieder alles auf einem Haufen bei der Mülldeponie deponiert. Das ist nicht so. Aber ich glaube, man müßte die Bevölkerung aufklären, daß sie weiter trennt und nicht sagt, es wird eh alles zusammengeworfen und das getrennte Sammeln aufgibt. Bei den Luftmessungen möchte ich ganz kurz zu den verschiedenen Grenzwerten im Bericht etwas sagen. Wenn man sich nicht ganz intensiv damit beschäftigt, kennt man sich vielleicht zuwenig aus. Aber wir bräuchten Lösungen, damit die Konzentrationen weniger werden. Was hilft es uns, wenn wir wissen, daß am Posthofberg die Konzentrationen so hoch sind, und wir haben keine Lösungen. Ich glaube, die breite Bevölkerung kann damit auch nichts anfangen. Wir müssen sagen, das und das gehört gemacht, damit es dort besser wird. Zum Herrn Vizebürgermeister: Wenn er sagt, im Reitklub fällt die Gülle und so an bei den Pferden, dann sind das geringe Mengen. Ich weiß nämlich von einem Kollegen von mir, der das besorgt, das meiste, das dort anfällt, ist

Wasser, das auch hineinrinnt in die Grube. Und wenn der Reitplatz damit gedüngt wird, spart man sich Dünger, damit der Rasen dort kräftig anwächst. Denn wenn die Pferde drübergehen, und es ist ein zu schwacher Rasen, wäre es auch nicht gut. Ich glaube, daß dort kaum Belastungen durch die Gülle entstehen. Und einen Vorwurf an die Landwirtschaft, daß Atrazin ein Bestandteil der Gülle ist -

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das habe ich nicht gesagt, sondern eines Düngemittels.

GEMEINDERAT

JOSEF MAYR:

Eines Düngemittels - ist aber kein Düngemittel, ist ein -

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ein Pflanzengift.

GEMEINDERAT

JOSEF MAYR:

Ist aber nicht im Düngemittel drinnen. Atrazin ist auch in großen Mengen von der Bundesbahn eingesetzt worden zum Freihalten der Gleiskörper und auch in der Industrie, um Flächen einfach bewuchsfrei zu halten. Ich persönlich als Bauer wünsche mir auch, daß das Atrazin nicht mehr eingesetzt wird. Wir wollen ja nicht unsere Böden vergiften. Da sind wir, glaube ich, am richtigen Weg, wenn das verboten wird. Was bisher geschehen ist, daß bis ins Grundwasser solche Mittel gekommen sind, ist vielleicht auf Sünden von einzelnen,

aber nicht der breiten Masse zurückzuführen. Vielleicht hat man in der Vergangenheit solche Stoffe zuwenig untersucht. Das ist geschehen, ja, und im nachhinein kann man sagen, das war falsch. Und es war auch falsch. Aber wir Bauern, speziell in Steyr, glaube ich - da kann ich für meine Kollegen die Hand ins Feuer legen -, gehen mit solchen Stoffen äußerst sparsam um. Nach Möglichkeit wenden wir solche Stoffe überhaupt nicht mehr an. Man kann, glaube ich, vom Amt her bestätigen, daß in Steyr kein einziger Bauer einen Giftbezugsschein hat. Er bekommt solche Mittel nicht ohne Giftbezugsschein. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich möchte beantragen, daß ein sachkundiger Beamter, nämlich der Herr Oberamtsrat Gergelyfi, zu diesem Spezialgebiet der Wassergüte der Enns zwischen Auslauf und oberhalb der Kläranlage Stellung nimmt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr, Oberamtsrat Gergelyfi ans Rednerpult.

OBERAMTSRAT

GUSTAV GERGELYFI:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der in Frage gestellte Punkt der Wassergüte läßt sich relativ einfach erklären. Einerseits ist es

so, daß über die jahrelange Einleitung ungeklärter Abwässer Ablagerungen im Sediment des Ennsflusses vorhanden sind. Andererseits ist es so, daß natürlich hinter dem Auslauf der Kläranlage, die ja nicht 100%ig sondern nur 97%ig reinigt, sicherlich eine Abwassermenge mit einer anderen Qualität vorhanden ist als oberhalb. Drittens, als ganz wichtiges Element kommt noch dazu, daß die Fließgeschwindigkeit des Ennsflusses im Bereich des Ausflusses der Kläranlage eine weit geringere ist als oberhalb und daher eine andere Wassergüte aufscheint. Der Unterschied der Wassergüte ist nicht sehr entscheidend. Er tendiert von II bis III, aber das läßt sich nicht immer ganz genau auseinanderhalten. Man wird sicherlich dort in zwei Jahren wieder messen müssen, weil man nicht jährlich messen kann, weil der Unterschied zu gering ist. Dann kann man einen endgültigen Bericht über diese Situation abgeben.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke vielmals.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:
Genügt diese Aufklärung, Herr Gemeinderat? Alles kann man nicht wissen, und ich schäme mich gar nicht, bei diesem großen Wissensgebiet die Hilfe von Fachleuten heranzuziehen. Es ist einfach unmöglich, daß man hier in all den chemischen Zusammensetzungen udgl. sich so genau artikulieren kann. Zur Frau Kollegin Scheucher: Wenn Sie den Umweltbericht in manchen Teilen

für Sie lesbar, aber für viele andere als nicht lesbar verstehen, dann muß ich Ihnen irgendwie beipflichten. Aber - ich erinnere mich hier an die Debatte um die Hundesteuer, man kann natürlich statt Fäkalien "Hundstrümmerl" sagen oder irgend solche Dinge - man kann nicht chemische Zusammensetzungen, die exakt gemessen werden und als solches im Meßplan aufscheinen, verständlich umsetzen. Denn manche Dinge sind halt nur für Fachleute lesbar, und das wird bitte auch in Zukunft so sein, weil wir ja die Werte miteinander vergleichen müssen. Wir sind leider nicht in der Lage, selbständig Luftmeßgeräte, so wie es die Landesregierung macht, aufzustellen. Die kriegen das Geld dafür. Man muß immer davon ausgehen, wer das Geld kriegt, der soll auch die Arbeit machen. Und hier kriegt die Landesregierung aus dem Finanzausgleich das Geld, um die Luftgüte in Oberösterreich zu messen. Ich sehe nicht ein, warum die Stadt Steyr vielleicht vier oder fünf Luftmeßwagen ankaufen und betreiben soll, denn so ein Meßwagen kostet so in etwa, was ich gehört habe, zwei bis zweieinhalb Millionen Schilling. Vielleicht ist er billiger, dann kostet er halt nur 1,8 Millionen, aber er ist sehr teuer. Zur Messerei selbst: Die Ergebnisse werden ja der Landesregierung über Funk zugemittelt, die das Ganze dann auswertet. Unsere einzige Meßstation, ständige Meßstation, die Tag und Nacht die Werte mißt, befindet sich im Bereich des Plenklberges. Sie sagen natürlich mit Recht, wenn ein Westwind ist, werden die Emissionen nicht mitgemessen, die am Plenklberg entstehen. Aber wenn ein Ostwind ist, haben Sie sie dafür drinnen.

Also ist es auch hier verfälscht. Man müßte hier einen Netzplan aufstellen. Aber aus der jahrelangen Messung der Landesregierung sieht man ganz deutlich, daß wir nach Ried in Oberösterreich die zweitbestgute Luft haben (ist zwar nicht Deutsch, aber verständlich). Wir haben, Gott sei Dank, muß ich sagen, bis auf einige Punkte im Stadtgebiet, wo leider diese Ballungen zusammenfallen wie am Enns-Knoten oben, diese an sich gute Luft. Man muß aber auch sagen, das ist nicht nur durch die Zunahme des Verkehrs oder der Katalysatorpflicht oder was immer. Sie brauchen ja nur an einem Föhntag einmal auf der Ennsleite auf der Kante spazierengehen oder am Taborweg oder auf der Christkindlleite, dann sehen Sie sehr deutlich, daß diese Heizung mit Einzelöfen in den Tagen des Winters ganze blaue Rauchsleier über Steyr ausbreitet. Da sieht man, der eine heizt mit feuchtem Holz vom Schrebergarten und der andere mit den Braunkohlenbriketts. Alles das bitte ist nämlich das, was ja -

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Da mußt du was tun, Roman, da mußt du was tun.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Du hast da einen gewissen Rückstand.

Unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Zurück zum Umweltbericht 1991. Da hat es noch keinen Eichhübl gegeben und keine Hoffnung auf ein Erdgas. Jedenfalls sehen wir, daß, wenn die Luftgüte sich in diesen Untergebieten verschlechtert, die Notwendigkeit heranwachsen, daß wir entweder eine zentrale Wärmeversorgung durchführen wie in Linz durch zentrale Heizwerke, bzw. die Erdgasversorgung so ausweiten. Aber wenn wir schon davon reden, was wahr ist, dann werden die Rauchfangkehrer - und hier sitzt ja ein prominenter Vertreter dieser Gilde - mir bestätigen müssen, daß durch das Ein- und Ausschalten der Brenner von Erdgas-Heizgeräten höhere schädliche Emissionen entstehen, als wenn sich ein Ölbrenner einschaltet. Der Kampf ist längst entschieden zugunsten des Ölbrenners, obwohl es niemand glaubt. Das ist nur ein Detail am Rande aus meinem mir langsam zuwachsenden Fachwissen. Wenn sich die Frau Gemeinderat Scheucher bitter beschwert über den Stadtsenat, so muß ich sagen, ich finde es auch nicht schön von meinen Kollegen im Stadtsenat, daß sie diese Anzeigetafel abgewürgt haben. Aber, nachträglich betrachtet, haben sie eigentlich recht gehabt. Denn dieses fernsehähnliche Gerät beim Eingang des Magistrates oder an der Mauer des Magistratseinganges, das die Leute über die Luftwerte informieren soll, kostet 344.000,- S. Bleiben wir einmal bei der Ozon-Messung, weil ich weiß, daß wir einen Wert gehabt haben von 0,14 im Sommer, was gefährlich war. Den hat man aber schon an der böhmischen

Grenze gemessen, das heißt, er kommt von dort. Wenn jemand sich nicht genau auskennt, dann wird er eher von diesen Werten irritiert. Denn es gibt andere Möglichkeiten, sich über die Schädlichkeit von einzelnen Luftbestandteilen zu informieren. Diese Möglichkeit besteht, indem man zum Telefon greift, um unter einer zum Ortstarif erhältlichen Nummer - wir werden diese Telefonnummer im nächsten Amtsblatt veröffentlichen - sich sofort vom Wert der Meßstelle in Steyr zu informieren. Und das ist viel einfacher, als wenn ich auf den Stadtplatz geh vom Tabor oder vom Resthof oder von der Schlüßlmayrsiedlung, um dann einmal auf den Bildschirm zu schauen und mich irritieren zu lassen von herunterflimmernden Zahlen. Das ist so, wie wenn ich mir um dreiviertelsieben die deutschen Börsenwerte anschau, da kenne ich mich auch oft nicht aus. Und hier ist es dasselbe. Ohne Erklärung wird es nicht möglich sein, und der Stadtsenat hat mit Mehrheit sehr wohl die Frage gestellt, was kostet denn das, hier die Leute zu verunsichern. Was kostet es denn, hier Werte bekanntzugeben, mit denen keiner was anfangen kann ohne Facherklärung. Dann hat sich herausgestellt, daß eine Standleitung - nämlich von der Linzer Zentrale, wo das Funksignal einlangt, zurück zum Steyrer Anzeigetaferl - 8000,- Schilling und nochwas im Monat kostet. Bitte, das sind S 100.000,- im Jahr, und das war der wahre Grund. Die Folgekosten waren der wahre Grund, daß die Mehrheit des Stadtsenates gesagt hat, das stellen wir zurück, das überprüfen wir. Ob es dazu kommt, da kann man guter Hoffnung sein, aber sehr viele Möglich-

keiten sehe ich nicht, außer wir könnten die Funksignale direkt auf unseren Bildschirm projizieren. Die Möglichkeit wird derzeit überprüft. Es gibt einen Steyrer Bastler, einen Elektroniker, der behauptet, das ginge. Aber ob wir die Bewilligung kriegen, Funksignale, die ja den postalischen Bestimmungen unterliegen, einfach sozusagen am Schwarzmarkt einzufangen und als Raubergebnis hier zu veröffentlichen, das steht noch in den Sternen. Beim Taborknoten gibt es nur eines, Frau Gemeinderat, gemeinsam hier aufzutreten, daß die Nordspange endlich kommt, damit ein Teil des Verkehrs oder des Zuwachses des Verkehrs hier weggenommen wird. Denn der Umbau wird den Verkehr nicht wesentlich anders, vielleicht flüssiger, gestalten. Beim Stop-and-Go-Verkehr, wie die Fachleute in England sagen, entstehen die meisten schädlichen Emissionen. Aber ich kann mich erinnern, daß Sie mit der blauen Riege sehr vehement da beim Plenkberg mitgemischt haben, wo es darum gegangen ist, die Zufahrt zur Nordspange schnell und ohne große Emissionen für die Benützer auszubauen. Da fällt mir ein, daß Sie eigentlich nicht sehr konsequent in der Durchführung, in der Umsetzung waren.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Da sind Sie einem Irrtum unterlaufen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ein Irrtum! Dann entschuldige ich mich, Frau Gemeinderat, bitte nehmen Sie das an. Aber nun zur Wassergüte. Das ist

natürlich auch mir aufgefallen, daß wir hier eine Wassergütemenge der Enns vorliegen haben und keine der Steyr. Wir hätten eine produzieren können, aber das waren keine wissenschaftlichen Messungen der Wassergüte der Steyr, die mit denen der Enns vergleichbar sind. Das liegt darin, daß die Landesregierung halt mit besonderer Akribie wegen des Einlaufes des Reinhalteverbandes-Abwassers die Enns ganz genau in mehreren Stufen gemessen hat und die Steyr nicht, sodaß wir hier keine Vergleichswerte haben. Ich weiß nur eines - daß die Steyr an sich nicht so schlecht ist. Meine Enkel beim Schwimmen trinken das dauernd, und der Herr Bürgermeister als Fischer fällt jeden zweiten Sonntag ins Wasser und hat auch schon mehrere Mundvoll, wie man so sagt, zu sich genommen und ist immer noch nicht grün im Gesicht.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich meine, so schlecht, wie es am Konsumgebäude ist, daß man hier am Trinkbecher Steyr durchgestrichen sieht, ist es nicht. Aber im Jahr 1993 werden dann die Messungen nach gleichen Parametern Enns und Steyr vorgenommen werden. Das heißt, im Frühjahr kann ich Ihnen noch immer nichts Genaueres sagen. Mein Gott, mit der Verpackungsverordnung, Frau Gemeinderat, haben Sie etwas angesprochen. Die Verpackungsverordnung gilt. Sie gilt ab 1. 1. 1993 und wird einen Markt von 2,5 Milliarden Schilling - Milliarden Schilling - auslösen, wo sich die Entsorger

dann prügeln werden, wer diesen Verpackungsmüll vom Erzeuger, vom Händler oder vom Konsumenten dann wegschaffen darf. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß die jetzt weniger verpacken werden. Die werden genauso Aluminium verwenden. Man braucht nur an die Benco-Dosen oder sowas erinnern. Was da alles drinnen ist - drei verschiedene Materialien. Die werden nach wie vor schlecht entsorgbar sein, weil es ihnen zuwenig kostet. Und warum? Weil der Konsument schließlich wiederum das zahlen wird. Denken Sie an die PET-Flaschen, wo die AGV das ganze Geld kriegt vom Einsatz. Also 100 % vom Einsatz fließen der AGV für die Entsorgung von Flaschen zu, und 25 % können sie nur sammeln. Aus den Gründen, weil die Bürger einfach 75 % anders verwerten. Bei uns in Mistkübeln, in der Unterhimmler Au und wo es halt leicht geht, daß man sie fallenläßt. Das heißt, die Stadt und jeder Bürger hier muß mit seinem Entsorgungsbeitrag, mit der sogenannten Müllgebühr - wir haben ja beschlossen, daß sie ab 1. 1. empfindlich steigt -, 75 % der Flaschen entfernen. 25 % macht die AGV und kriegt 100 % der Kosten, die vom Konsumenten über den Handel eingehoben werden. Und so wird es uns gehen mit der Verpackungsverordnung. Daher bin ich ein erklärter Gegner, daß wir die Entsorgung hier der AGV übergeben. Wir werden uns selbst hier aus diesem 2 1/2 Milliarden-Kuchen einen Teil zurückholen. Sonst kommen wir, meine Damen und Herren, ganz schnell wieder in die Lage, diesen Entsorgungsbeitrag, sprich Müllgebühr, erhöhen zu müssen. Erstens wird die

Deponierung wesentlich teurer, und zweitens nimmt uns die Industrie die gesammelten Abfälle nicht mehr zurück. Sie lassen sich noch bezahlen, weil sie sehen, wir sind in einer Notlage. Das ist so, wie wenn man einem Ertrinkenden auch noch Geld abverlangt, damit er überleben darf. In dieser Situation sind wir als Städte. Die Liste der Reinigungsmittel können Sie einsehen, aber Sie wissen ganz genau - Sie haben es ja angeführt -, überall steht biologisch abbaubar drauf. Umweltfreundlich, das ist heute ein Gütezeichen, das steht auf der Schwefelsäure wahrscheinlich auch schon drauf am Makro.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Aber das ist ein Schmä, der nicht verboten ist, und wir müssen damit leben, wir brauchen die Mittel. A) sollen sie reinigen, B) sollen sie umweltfreundlich sein. Eines schließt das andere oft aus. Und wenn Sie heute nach Hause gehen, und Sie sind noch nicht zu müde, dann sehen Sie im Haus hier die Mülltürme stehen. Diese Mülltürme werden von den neu aufgenommenen Abfallberatern überwacht, und wir gehen hausintern dem nach, ob unsere Bediensteten im Haus hier die Trennanlage im Kleinen auch benützen. Sie sehen hier fünf oder sechs verschiedene Schachteln, wie in den Kindergärten zur Trennung der Abfälle. Der Magistratsdirektor hat im Inneren Dienst ein Flugblatt rumgeschickt mit der Bitte, alles zu trennen und dort hineinzugeben. Wir werden natürlich denen nachgehen,

die nach wie vor die "abgenagte Schweinshaxe" im Papierkorb deponieren oder Kugelschreiber udgl. aus Plastik und was auch immer zu finden ist.

Zum Herrn Dr. Pfeil: Er hat natürlich etwas sehr Empfindliches angesprochen mit dieser Gülle. Wir sind nicht glücklich, daß hier das passiert ist, gerade beim Reitklub. Die Reiter sind ja an und für sich sehr umweltbewußt, außer sie gehen mit ihren Pferden auf unseren Rad- und Gehwegen spazieren. Da bin ich weniger von ihrer Umweltfreundlichkeit überzeugt. Aber ansonsten sind sie Menschen, die mit der Natur verbunden sind und die sich soweit wie möglich an den Naturschutz halten. Ich kann ihnen nur anbieten, die städtische Kläranlage zu benützen. Sie wohnen - sie residieren - ja hundert Meter oder zweihundert Meter neben dem Tor. Sie haben sich wahrscheinlich das Geld ersparen wollen für den Kanalanschluß bzw. für die Entsorgung bei der Übernahmestelle für Senkgrubeneinhalte. Denn an sich ist das Ausbringen von Gülle im Brunnen-schutzgebiet ja verboten, auch nach dem Bodenschutzgesetz. Ich darf Sie erinnern, daß mit dem Reinhalteschilling, den jeder, der Trinkwasser bezieht, pro m³ bezahlt, Düngeabstandszahlungen an alle Bauern geleistet werden, die im Bereich Dietach, im Bereich des Brunnen-schutzgebietes, ihre Felder betreiben. Und ich glaube, diese Maßnahme, die jetzt schon fast 20 Jahre in Geltung ist, trägt damit bei, daß wir hier eines der besten Qualitätsmerkmale für Trinkwasser in Steyr aufzuweisen haben und

nicht erst, seit der Herr Kollege Eichhübl Stadtrat ist. Jetzt hat er leider nicht reagiert, tut mir leid.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe nicht mitgehört, was du gesagt hast.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich habe dich gelobt. Seit er nicht mehr Fraktionsobmann ist, ist er gewohnt, daß er nicht mehr gelobt wird.

Zum Herrn Gemeinderat Mayr: Der Wetterbericht ist deswegen drinnen - nicht von uns -, er wurde nicht herausgestrichen, weil die Landesregierung besonderen Wert darauf legt, daß der Anteil der Chemikalien oder die Ballung von Staubteilen in der Luft immer im Zusammenhang mit der jeweiligen Wetterlage gesehen wird. Wie ich schon gesagt habe, wenn Föhn ist, können eben gewisse Rauch- oder Aschenanteile nicht aufsteigen. Dann hat man schon die Ballung. Oder, wie angeführt wurde, die Frau Gemeinderat Scheucher hat sich natürlich mit Genuß auf diesen hohen Wert von 93 % gestürzt, ist ja klar. Weil daneben eine Baustelle war, hat der Luftmeßwagen des Landes - ich glaube, das haben sie uns zugefließ getan - natürlich hier 93 % Staub gemessen. Das ist so, wie wenn ich hinter einem Motorradfahrer auf einer Staubstraße mit dem Fahrrad nachfahre. Ja, und ganz zum Schluß dazu, was die Bürger - manche Bürger, bitte - glauben. Nämlich, daß das, was sie getrennt sammeln und dann gemeinsam abgeholt wird, gemeinsam auf die Mülldeponie kommt. Das stimmt

nicht, wir wissen das. Aber viele Bürger lesen das Amtsblatt nicht, es ist ihnen zu umfangreich. Wir haben schon mehrfach Mehrkammer-LKW's vom ersten Stock fotografieren lassen, damit die Leute sehen - von unten sieht man es ja nicht -, daß hier nicht in einen Topf fällt, Braun-Weiß-, Grünglas zum Beispiel, was getrennt aufgeladen wird, sondern daß hier die Kammern sind, wo schon getrennt, so wie gesammelt wurde, abtransportiert und verwertet wird. Vielleicht müssen wir im nächsten Amtsblatt doch wieder darauf hinweisen, daß es das bei uns nicht gibt. Und eines möchte ich noch abschließend hinzufügen. Nämlich, daß jedes Kilo Abfall, das im Stadtbereich gesammelt wird, bis zu seiner Verwertung hin verfolgbar ist. Das hat schon der Herr Stadtrat Zagler in seiner Zeit als Umweltreferent eingeführt, und ich bin auch scharf dahinter, daß hier ja nichts passiert. Wir wollen uns diesen Vorwurf, daß wir die Qualität der Steyrer Bürger, Abfälle zu sammeln, hier diskriminieren würden, nicht machen lassen.

Ich danke Ihnen und bitte Sie nun, dem Umweltbericht die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für dieses ausführliche Schlußwort. Ich glaube, sagen zu können, daß dieser Bericht - der erste für die Stadt Steyr - insgesamt gesehen besser ist als der österreichische Umweltbericht, der im Parlament alljährlich behandelt wird. Und vor allen Dingen ist die Debatte viel amüsanter verlaufen. Wir kommen

zur Abstimmung. Wer dem Umweltbericht die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Umweltbericht ist einstimmig angenommen.

Ich danke dem Kollegen Sablik. Nächster Berichterstatter ist Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil. Ich erteile ihm das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im ersten Antrag geht es um eine Ergänzung der Leseordnung in der Zentralbücherei in der Stadt Steyr.

4) K - 6155/78

Zentralbücherei der Stadt Steyr -
Ergänzung der Leseordnung:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 5. November 1992 wird der Ergänzung der Leseordnung für die Zentralbücherei der Stadt Steyr, zuletzt geändert mit GR-Beschluß vom 3. 3. 1988, im nachfolgenden Umfang zugestimmt: Hinkünftig haben zu lauten: Pos. 3.) a Erwachsene

Einschreibgebühr S 5,--, Leihgebühr pro Buch oder MC und Woche S 2,--, Leihgebühr pro CD und Woche S 5,--, Vorbestellgebühr S 6,--, Ersatz für ein in Verlust geratenes Leseheft S 5,--;

Pos. 3.) b Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, Lehrlinge, Studenten, Präsenzdienler sowie sozial Bedürftige:

Einschreibgebühr S 3,--, Leihgebühr pro Buch oder MC und Woche S 1,--, Leihgebühr pro CD und Woche S 5,--, Vorbestellgebühr S 5,--, Ersatz für ein in Verlust geratenes Leseheft S 3,--.

Ich bitte um Dispens, daß ich hier die ganze Leseordnung bzw. die Ergänzungen vorlese, sondern ich bitte ganz förmlich um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich darf fragen, ob das Wort gewünscht wird zu diesem Antrag. Frau Kollegin Scheucher, ich erteile ihr das Wort.

GEMEINDERÄTIN

EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mir die Lesordnung durchgelesen, und mich hat sie geschreckt. Und zwar nicht vom Inhalt her so sehr, sondern von der Art der Formulierung. Ich denke mir, sehr kundenfreundlich ist sie nicht. Das klingt so ein bißchen nach einem Obrigkeitendeutsch - das muß man, das hat man, das darf man nicht. Jemanden so zum Lesen zu animieren, mit so einer Leseordnung, ich glaube, das gelingt nicht recht gut. Dann sind zwei Punkte drinnen, die mir eindeutig gegen den Strich gehen. Und zwar ist das der Punkt 8 der Leseordnung. Da heißt es: "Wenn länger als ein Jahr kein Buch entlehnt wird, wird der Leser aus der Lesekartei gestrichen und muß für den Fall einer neuerlichen Einschreibung wieder Einschreibgebühr bezahlen." Ich glaube, hier errichtet man eine Hemmschwelle für sehr viele Leute, die halt nicht so oft ein Buch lesen, aber doch wieder einmal

hingingen. Und jetzt sollen sie die ganze Prozedur wieder auf sich nehmen. Was bringt das wirklich an Gebühren. Ich glaube, es ist lächerlich im Vergleich zum Arbeitsaufwand, und man verschreckt sehr viele Leute damit. Und das zweite, was mir überhaupt nicht gefällt, ist der Punkt neun. Die Bibliotheksräume dürfen, außer der zur Auswahl der Bücher und zur Information über deren Inhalt notwendigen Zeit, nicht als Lese- und Aufenthaltsräume benützt werden. Für mich gibt es nur zwei Gründe dafür, daß dieser Punkt drinnen ist. Entweder ist die Bücherei räumlich zu beengt, dann bin ich der Meinung, gehört sie woanders hin, oder es ist eine Forderung aus der Maria-Theresia-Zeit oder noch früher. So bringt man heute keinen mehr zum Lesen. Im Gegenteil, der Trend geht dahin, möglichst angenehme Bibliotheksräume zu schaffen. Teilweise werden schon Lesecafes oder ähnliches gemacht. Die Leute, und vor allem die Kinder, es gehen ja sehr viele Kinder hin, die müssen schmökern können, die müssen ein Buch anlesen können. Dann kriegen sie den Anreiz auch, sich das Buch auszuleihen, wiederzukommen. Ich glaube, hier geht man total den falschen Weg mit so einer restriktiven Leseordnung. Und für mich kann ich nur sagen: Wenn diese beiden Punkte aus der Leseordnung herausgestrichen werden, dann werden wir dem Antrag zustimmen. Im anderen Fall lehnen wir die Leseordnung ab.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, weitere Wortmeldungen?
Vizebürgermeister Sablik, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Auch mir ist es unangenehm aufgefallen, weil ja die Leute die Städtische Bücherei als etwas finden, das uns allen gehört und uns allen dienen soll. So restriktiv braucht man wirklich nicht vorzugehen in einer Lesordnung. Ich weiß, es dient zur Disziplinierung von einzelnen, aber lesen tut diese Ordnung ein jeder. Und daher möchte ich den Antrag der Frau Gemeinderat Scheucher unterstützen und möchte anfügen, daß mir die Auswahl des Buchmaterials - lieber Herr Vizebürgermeister, zu Ihnen als Kulturreferent gesagt - nicht gefällt. Denn es ist eine verfehlte Buchauswahl, wenn ich jede Menge Kriminalromane, wo das Blut vom Umschlag trieft, bekomme in Paperpackform. Die kann ich überall bekommen. Aber richtig kulturhistorische Werke oder andere, die nach dieser Empfehlung des Bundes für ein Drittel der Werke hier vorgeschrieben sind, die sind kaum in aktueller Form erhältlich.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, Herr Dr. Tilman Schwager ist zum Wort gemeldet, in Vorbereitung Herr Gemeinderat Lengauer.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Es ist schon richtig, daß die Auswahl der Bücher in den Büchereien nicht unbedingt die beste ist. Auf der anderen Seite, glaube ich, gibt

es niemanden in Steyr, auch hier im Hause vor allem nicht, der wirklich weiß, über wieviele und über welche Bücher die Bibliothek überhaupt verfügt. Und da fängt schon einmal der Fehler an. Wir haben das schon einmal in einem anderen Zusammenhang hier bekritelt. Mein Gott, über die Textierung einer Leseordnung kann man diskutieren. Es heißt halt auch Leseordnung, und im Wort Ordnung ist schon so ein gewisses Obrigkeitsdenken drinnen. Aber das ist offenbar der Stil des Hauses. Ich darf Sie nur daran erinnern: Es ist Ihnen in den letzten Tagen eine Einladung zugeschnitten von der Frau Stadtrat Ehrenhuber. Verfaßt wurde sie aber - das muß man zu ihrer Ehrenrettung sagen, sie hat sie halt unterschreiben dürfen - von der MA V. Und da heißt es drinnen: "Sie werden ersucht, am ..., dort sich einzufinden." "Sie werden ersucht" - meine Damen und Herren, vergattern lasse ich mich nicht.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich fange beim zweiten Punkt an. Natürlich ist es auch in meinem Sinne, daß wir diskutieren über leserfreundlichere Umgebungen in der Bibliothek. Ich glaube auch, daß die Zentralbücherei sich eben seit ihrem Bestehen langsam etwas totgelaufen hat. Insbesondere der Bürger, der Leser hat andere Ansprüche. Es ist nicht mehr so, daß er jetzt einfach hingehet, sich ein Buch ausborgt, sondern

das Ziel geht in Richtung Sach- und Fachbuch, wo er dann auch gerne in einer etwas angenehmeren Umgebung sich dieses Buch etwas länger ansehen kann. Zum ersten Punkt: Ich glaube, es ist ein verwaltungstechnischer Aufwand, wenn ich nach einem Jahr wiederum eine Einschreibgebühr von 5 Schilling hinlegen muß. Da sollte man diskutieren, ob es sinnvoll erscheint, überhaupt etwas zu verlangen, weil ja nachweisbar der Aufwand höher ist als die tatsächlich erzielten Erlöse daraus. Also das, glaube ich, sollte man nicht auf dem einen Punkt belassen, sondern generell in einer Diskussion erörtern, wie viele andere Städte auch schon, um von diesen wirklich minimalen Gebühren Abstand zu nehmen. Aber ich würde schon hier vorschlagen, wenn es der Wille des Gemeinderate ist, daß wir zur breiteren Diskussion diesen Antrag zurückstellen und mit einer neuen Leseordnung dann in den Gemeinderat gehen. Vielleicht finden wir eine Lösung, gerade im Zusammenhang mit der eventuellen Ausgliederung der Zentralbücherei von der derzeit bestehenden Örtlichkeit, um auch mit der EDV-Einführung dann wirklich kompakt vorzugehen in Richtung Bücherei. Nur, hier in diesem Antrag ist ja nur eine notwendige Ergänzung gewesen. Der jetzige Antrag hat ja mit der ursprünglichen Leseordnung überhaupt nichts zu tun. Aber ich stelle gerne selber den Antrag, daß wir diesen gesamten Antrag zurückstellen, bis wir mit der Bücherei eine Gesamtlösung gefunden haben. Aber ich schicke voraus, daß hier dann die Bücherei etwas im luftleeren Raum agiert, bis wir eine Lösung gefunden

haben. Das müssen wir dann in Kauf nehmen. Ich darf nur sagen, es ist eine Gebührenänderung. Jetzt komme ich doch dazu, es vorzulesen, eben weil es Ergänzungen gegeben hat. Insbesondere, weil CDs zur Auslehnung gekommen sind. Es sind Musikkassetten und CDs dazugekommen, und die muß man ja auch in irgendeiner Gebühr festlegen. Und in Anlehnung an die Gebühr für ein Buch ist der Gemeinderat eben verpflichtet, da auch eine Gebühr festzusetzen. Und nichts anderes machen wir heute. Also, ich hätte auch nichts dabei zu finden, daß wir das auch heute beschließen. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der Kollege Lengauer war schon vorher zu Wort gemeldet, ich habe ihn übersehen. Ich entschuldige mich und erteile ihm jetzt das Wort.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Vorerst ist es uns bei der neuen Leseordnung wirklich, wie der Herr Vizebürgermeister gesagt hat, einfach darum gegangen, daß wir die Änderung für die CDs einfach mit hineinbringen, damit dort eine geregelte Vergabe stattfinden kann. Sehr wohl haben auch wir überlegt bei dem Punkt neun über diese Maßnahmen des Nicht-Lesen-Dürfens in einer Bibliothek. Aber wir sind ja mitten drinnen in einer Überlegung, wie wir die Zentralbücherei denn doch in einen würdigen Rahmen und an einen Ort bringen, wo dann auch

Leser kommen. Ob wir nun denken Steyrdorf, wo sie vielleicht hinpassen würde oder ob wir einen anderen Ort meinen, das ist jetzt gar nicht die Frage. Aber wir haben das mitüberlegt. Beim Punkt acht würde ich auch meinen, den Punkt acht müssen wir streichen, denn wir haben hier mehr Verwaltungskram, als es Erfolg bringt. Und auch die Leute, die werden ja wirklich nicht animiert, nach längerer Zeit vielleicht wieder einmal zu lesen.

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Ja, aber es ist vielleicht möglich, auch das zu sagen, weil wir eben davon gesprochen haben. Mir gefällt auch vielleicht eine Rücknahme und ein neues Schreiben. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Philipps ist als nächster zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT

MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium! Ich würde, um diese Diskussion zu verkürzen, ebenfalls den Vorschlag machen, diesen Antrag zurückzustellen und ihn auf die Tagesordnung des Kulturausschusses zu nehmen und dort diese Sache sehr bevölkerungsfreundlich, wie es unsere Art und Weise ist, auszudiskutieren und zur Empfehlung weiterzureichen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Offensichtlich liegen gemeinsame Anträge vor, diesen Tagesordnungspunkt zurückzustellen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sofort, sofort!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ja, natürlich. Sie haben den auch gebracht, und die anderen Fraktionen sind dem beigetreten. Ich nehme an, die Grünen schließen sich dem an. Ich bitte um das Schlußwort des Referenten.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe überhaupt kein Problem damit, nur diese zwei Punkte wären eben konsequenterweise notwendig gewesen, um das rechtlich auf richtige Beine zu stellen. Die Bibliothek ist, bis daß eine weitere Ergänzung der Leseordnung oder eine neue Leseordnung in Kraft kommt, auf kein Recht basierend dazu gezwungen, Gebühren einzuheben. Das möchte ich nur im Gemeinderat zur Kenntnis bringen. So ist es eben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Darf ich eine Frage stellen, Herr Referent? Ist es nicht so, daß bisher ja eine Festlegung über die Gebühren- und Leseordnung etc. besteht? Die bleibt halt ein bißchen länger in Kraft. So sehe ich das.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, das ist nicht ganz richtig. Es geht hier um die Ergänzung von CDs und Musikkassetten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Zur Geschäftsordnung Herr Dr. Tilman Schwager.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat! Die Idee vom Kollegen Philipps ist natürlich absolut - an sich einmal, von der Gesamtsache her - die beste. Ich kann dem auch nur beitreten. Aber beachten wir bitte, was Gegenstand des Antrages ist, und darüber müssen wir entscheiden. Das ist etwas, was eine Notwendigkeit einfach für die weitere Abwicklung der Bücherei ist. Das sagt ja nichts darüber aus, daß wir uns später zusammensetzen im Kulturausschuß und die ganze Leseordnung neu überarbeiten. Ich glaube, das wird das beste sein. Daher bitte ich, daß wir den Antrag in seiner ursprünglichen Form doch zur Entscheidung bringen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Vielleicht wird der Herr Referent noch einmal genau erläutern, welche unterschiedlichen Positionen da im Raum stehengeblieben sind. Ich bin nämlich nicht in der Lage gewesen, das genau zu studieren. Ich war bekanntlich in Urlaub,

jetzt bin ich darauf angewiesen, was der Referent von sich gibt.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich darf den Amtsbericht jetzt doch zur Vorlesung bringen.

Durch außerordentliche Fördermittel des Landes Oberösterreich ist die Zentralbücherei nunmehr in der Lage, das bisherige Angebot von überwiegend Büchern und in bescheidenem Umfang Musikkassetten und Compactdisks zu erweitern. Diese müssen jedoch in die bestehende Gebührenordnung aufgenommen werden. Mit Zustimmung des stadträtlichen Referenten legt die gefertigte Abteilung den Entwurf für die in der Leseordnung vorzunehmenden Ergänzungen mit dem Ersuchen um Herbeiführung der notwendigen Beschlüsse durch die zuständigen Gremien vor. Dann folgen die Gebühren. So lautet der Amtsbericht, und so ist es auch. Es ist keine Änderung, es ist eine Ergänzung zur derzeitigen Leseordnung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Und die Leseordnung ist bereits ein Exemplar, das schon vorliegt.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Die Leseordnung ist genehmigt mit den Beschlüssen des Stadtsenates vom 30. 6. 1983 und 28. 1. 1988.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Da wird jetzt nichts daran geändert eigentlich.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Da wird jetzt nichts geändert.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das heißt also, wir müssen hier für die Gebührenberechnung dieser neuen Dinge, die wir dort verleihen, einen Beschluß herbeiführen und legen gleichzeitig fest, daß wir die Leseordnung ändern wollen. Ist das allgemeine Auffassung, daß wir so vorgehen können? Dann Abstimmung über den Antrag mit dieser Maßgabe. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe, Stimmenthaltung wird nicht geübt.

Der Antrag ist einstimmig angenommen mit der Vorstellung, daß wir diese Leseordnung im Kulturausschuß überarbeiten.

Nächster Punkt 5) bitte, Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Im nächsten Antrag geht es um

5) VH - 6940/92

Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr - Arbeitsjahr 1993/94;

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 20. Oktober 1992 werden die Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr im Arbeitsjahr 1993/94, entsprechend dem im zitierten Amtsbericht unterbreiteten Vorschlag, neu festgesetzt.

Ich bitte, mich zu entbinden, die ganzen Preise vorzulesen. Bitte um Zustimmung oder um vorherige Diskussion.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wünscht jemand das Wort zu dem Antrag? Ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Gegenprobe, Stimmenthaltung wird nicht geübt.

Dann danke ich Herrn Dr. Pfeil für seine Berichterstattung zu seinen Anträgen und unterbreche die Sitzung auf 10 Minuten Rauchpause.

PAUSE VON 15.40 BIS 15.55 UHR

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wir setzen unsere unterbrochene Sitzung fort. Nächste Berichterstatteerin ist Frau Stadtrat Ehrenhuber, ich erteile ihr das Wort.

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren! In meinem ersten Antrag geht es um die Ansiedlung der Geschützten Werkstätte im Industriepark Hinterberg und dem dazu notwendigen Grundkauf. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

- 6) SH - 4122/88
Ansiedlung der "Geschützten Werkstätte" im Industriepark Hinterberg; Grundkauf;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 7. August 1992 wird dem Ankauf einer Grundstücksfläche im Ausmaß von 7.000 m² aus der EZ 616, KG 49210 Hinterberg, gemäß beiliegendem Lageplan, schraffierte Fläche, um einen Kaufpreis von S 720,-- pro Quadratmeter, also insgesamt S 5.040.000,-- zuzüglich 3,5 % Grunderwerbssteuer, das sind S 176.400,-- und zuzüglich S 50.400,-- Eintragungsgebühren von der Z-Leasing GesmbH, zugestimmt. Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung in Höhe von S 4.000.000,-- von VASSt. 5/4130/777000.1 auf VASSt. 5/4130/001000. sowie einer Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 1.267.000,-- bei VASSt. 5/4130/00100. zugestimmt und diese Beträge gleichzeitig freigegeben. (BEILAGE)

Ich ersuche Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf fragen, wer das Wort wünscht. Kollegin Jeloucan, ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN

ANNA JELOUCAN:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates! Als Vorsitzende des Vereines Frauenarbeit, Frauenstiftung und als Gemeinderätin begrüße ich ganz besonders die Entscheidung der Stadt Steyr, das Grundareal für die künftige Geschützte Werkstätte im Bereich Hinterberg zur Verfügung zu stellen. Denn mit einer

Investitionssumme von rund 21 Millionen Schilling, welche ausschließlich von Bund und Land OÖ zur Verfügung gestellt wird, kann für rund 70 bis 80 mehrfach behinderte Menschen ein Arbeitsplatz geschaffen werden. Gerade die angespannte Arbeitsmarktlage im Bezirk Steyr, ganz besonders bei den Behinderten, verlangt von uns Kommunalpolitikern mehr Sensibilität, als es normal notwendig ist. Denn die Vermittlung der mehrfach Behinderten ist, wenn überhaupt, nur schwer möglich. Und hier bildet in Zukunft die Geschützte Werkstätte eine Entlastung auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes. Da ich täglich im Verein für Frauenarbeit der Frauenstiftung Steyr mit dem besonderen Anliegen um Schaffung von Arbeitsplätzen für schwer vermittelbare Arbeitnehmer konfrontiert bin, ersuche ich alle Gemeinderatsmitglieder, sowohl diesem nunmehr vorliegenden Antrag die Zustimmung zu geben, als auch in Zukunft den Anliegen des Vereins Frauenarbeit der Frauenstiftung Steyr positiv gegenüberzustehen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldung Herr Dr. Pfeil, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte vornewegschicken, daß wir selbstverständlich für die Geschützte Werkstätte in Steyr sind, überhaupt keine Frage. Aber man wird sehr wohl

diskutieren müssen über den Ort, ob der gefundene Ort der richtige Platz ist für eine Geschützte Werkstätte und wie es zu diesem Ort kam. Sie erinnern sich alle. Vor zwei Jahren wurde groß medienwirksam der Industriepark Hinterberg zu einem Industrieansiedlungsgebiet erklärt. Die Steyr-Daimler-Puch AG haben den Grund um S 300,- pro m² der Z-Leasing AG verkauft, die Aufschließungskosten - dieser Grund war nicht aufgeschlossen, deshalb auch der günstige Kaufpreis - hat zu zwei Dritteln die Stadtgemeinde Steyr bezahlt. Jetzt, zwei Jahre später, bekommt man die Auskunft, es ist kein einziger Betrieb dort angesiedelt, kein einziger. Und jetzt, nach zwei Jahren, kommt man darauf, "aber jetzt geben wir doch die Geschützte Werkstätte dorthin", und die Stadtgemeinde Steyr kauft den von ihr großteils selber aufgeschlossenen Grund wieder um 720,- S zurück. Also, meine Damen und Herren, als Steuerzahler mißfällt mir das. Ich möchte noch einmal betonen: Geschützte Werkstätte - meine wirklich vollste Unterstützung. Aber so kann und soll man nicht Ansiedlungspolitik für Steyr machen. Ich darf auch hier zwei Herren der ÖVP zitieren. Herr Stadtrat Schloßgangl meinte, es ist auch diese Vorgangsweise eine indirekte Subventionierung der Z-Leasing Bank. Stadtrat Holub meint, dieses Grundstück steht an den besten Ansiedlungsflächen für ansiedlungswillige Betriebe in Steyr. Also ich finde wirklich, daß dieses Grundstück hier für eine Geschützte Werkstätte herangezogen wird, das ist wirklich abenteuerlich. Es ist auch dreimal im Stadtsenat behandelt worden.

Es ist beim zweitenmal verschoben worden mit der Begründung, daß jetzt doch eventuell im Zentrum ein Grundstück gefunden werden kann. Es war nämlich ursprünglich immer eine Forderung der Geschützten Werkstätte GesmbH, daß man diese Werkstätten in zentrumsnahen Gebieten macht. Zentrumsnah und daß eine Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz möglich ist, war immer eine Forderung der Geschützten Werkstätte GesmbH. Und plötzlich hat man sich auch für dieses Gebiet entschlossen oder hat es beschlossen. Noch dazu, wenn man argumentiert, daß auf diesem Gebiet auch Arbeiten von BMW hinkommen sollen. Die Nähe zu BMW - dieses Argument ist auch nach Auskunft der dortigen Betriebsräte nicht zielführend bzw. richtig. BMW hat auch überhaupt keine Verpflichtungen eingegangen, daß dort Arbeiten außer Haus für diese Werkstätten abgegeben werden. BMW hat einen Vertrag mit der Behindertenwerkstätte Altenheim. Ich möchte jetzt noch einmal zum dritten Stadtsenatsbeschuß hinkommen. Ich habe zuerst etwas vergessen zu sagen. Beim zweiten Stadtsenat waren eben zuwenig Sozialdemokraten anwesend, deshalb ist der Antrag von Frau Stadtrat Ehrenhuber gekommen, daß wir diesen Antrag erst zum nächstenmal wiederum behandeln, weil noch Verhandlungen mit einem Grundstückseigentümer, mit der Fa. Weinbergmaier, stattfinden sollen. Ich bitte also wirklich, meine sehr verehrten Damen und Herren, das noch einmal genau zu überdenken, denn in dieser Form können wir nicht zustimmen. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Es ist zum Wort gemeldet der Herr Stadtrat Schloßgangl.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Uns gefällt der Platz für die Geschützte Werkstatt auch nicht optimal, und es wurde dieses Thema, wie Kollege Pfeil angeführt hat, mehrmals auf die Tagesordnung des Stadtsenates gesetzt. Wir hätten beim erstenmal, wenn es nicht abgesetzt worden wäre, eine Zurückstellung verlangt, weil wir auch wollten, daß andere Möglichkeiten geprüft werden. Es wurde angesprochen die Liegenschaft Weinbergmaier. Ich muß dazu sagen, die Pläne von Weinbergmaier wurden an und für sich an die Geschützte Werkstätte nach Linz gesandt und dort einmal oberflächlich geprüft. Man hat dann aber weiter keine Prüfung vorgenommen, weil verschiedene Gründe von Haus aus dagegen sprechen. Das erste ist einmal die Grunderfordernis. Mindestens 6000 m² werden gefordert, 1000 möchten sie in Reserve haben. Weinbergmaier hat, glaube ich, knapp zweieinhalbtausend Quadratmeter. Zweitens ist das Areal mit verschiedenen Baulichkeiten bebaut, die sich von vornherein nicht für die Werkstätte eignen und sehr teure Umbaumaßnahmen erfordern würden, bzw. die Nebenräume oder die Nebengebäude gar nicht dafür in Frage kämen. Man ist nicht gewillt und interessiert seitens der Geschützten Werkstätte, in Steyr zB ein

Internat zu errichten, was man in dem derzeitigen Wohngebäude vielleicht hätte machen können. Das dritte ist die Widmung. Allein von der Widmung kommt dieses Gebiet nicht in Frage, denn wie Sie wissen, ist es gemischtes Baugebiet. Vorher war es Wohngebiet, dann wurde es umgewidmet, und die Geschützte Werkstätte braucht unbedingt ein Industriegebiet. Ob sie mit Holz oder mit Metall arbeiten, in beiden Fällen wollen sie lackieren und spritzen, und das ist in einem gemischten Baugebiet nicht erlaubt. Nun zu der Situation im Bereich Hinterberg. Ich finde, der größte Fehler - und das ist von unserer Seite aus kritikwürdig - war, daß die Stadt nicht dieses Grundstück erworben hat damals um 300,- S pro m², sondern der Z-Leasing das Vorkaufsrecht bzw. den Erwerb überließ und daß nun dieses Grundstück um 720,- S pro m², also um mehr als um das Doppelte von der Stadt angekauft werden muß. Das gefällt uns sicher nicht, und ich habe im Stadtsenat gesagt, mir kommt das vor als eine indirekte Subventionierung der Z-Bank. Es wurde entgegnet, man hat genau die Investitionen, Aufschließungsmaßnahmen und die Kapitalisierung des damals aufgewendeten Betrages angerechnet, und damit käme der Preis als gerechtfertigt heraus. Der Bürgermeister hat dann im September dieses Jahres oder im Oktober alle Fraktionsobmänner angeschrieben und gebeten, ihm geeignete Grundstücke zu nennen, wo die Geschützte Werkstätte hinkommen könnte. Ich muß sagen, wir waren genauso wie alle anderen Fraktionen nicht in der Lage, ein

anderes, passendes Grundstück anzubieten und auch nicht um den Preis oder um einen billigeren Preis. Und nachdem zurzeit die Bereitschaft sowohl seitens des Bundes als auch des Landes besteht, die Geschützte Werkstätte in Steyr anzusiedeln, sagen wir - wohl mit einem tränenden Auge - ja zu diesem Kauf des Grundstückes und zu dieser Widmung für die Geschützte Werkstätte, weil wir glauben, daß viele andere Bezirke, speziell im Innviertel, nur darauf warten, daß die Geschützte Werkstätte zu ihnen kommt und nicht nach Steyr. Ich habe mit dem Mag. Dürer von der Geschützten Werkstätte noch andere Überlegungen besprochen, was sie unbedingt brauchen. Das erste ist die Größe mit mindestens 6000 m², das zweite ist die Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Hier gibt es sicherlich noch Probleme. Man hat zwar die Bereitschaft und die Zusage gegeben, wenn das soweit ist, dann wird man auch diesen Bereich des Hinterberg-Industriegebietes mit einem Bus erschließen. Es muß allerdings nicht nur ein Morgen- und ein Abendverkehr sein, sondern auch ein Regelverkehr, weil sie manchmal länger arbeiten, weil sie zum Teil von der Bahn umsteigen auf den Bus und hinkommen müssen, weil die Behinderten oder viele der Behinderten kein eigenes Auto zur Verfügung haben und weil sie auch vermehrt Arzt- und Behördenbesuch in Anspruch nehmen. Die Lage, warum dort im Industrie- und Gewerbegebiet, kommt aus folgender Überlegung. Sie wollen erstens wirtschaftlich akzeptiert werden als Partner, und sie bekommen eigentlich nur die Differenz zwischen

der Minderleistung oder der Mehrkosten für die Erbringung der Arbeitsleistung gegenüber den normalen Arbeitsleistungen in einem Betrieb von der öffentlichen Hand vergütet. Ein ganz wesentlicher Punkt ist noch: Warum muß dieser Platz für die Geschützte Werkstätte so groß sein? Man hat in Linz ja im Zentrum eine gebaut, aber man ist mittlerweile daraufgekommen, daß es nicht ganz ideal ist. Man hat es deshalb dort gemacht, weil man in der Nähe das Reha-Zentrum hat und eine sehr gute Infra-Struktur mit den Verkehrsanbindungen. Aber der Idealfall wäre ein Gebäude in einer Ebene, damit die wirklich für ihre Bedingungen optimal arbeiten können. Unter diesen Gesichtspunkten werden wir diesem Antrag die Zustimmung erteilen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Ich sehe momentan keine. Ich bitte den Vorsitz abzugeben, um mich selbst zu Wort zu melden.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz und übergebe dem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es gibt für diese Funktionsperiode aus meiner Sicht drei ganz wichtige soziale Projekte. Das eine ist, daß wir das Geld aufbringen, um unser Alten- und Pflegeheim Tabor auf den Stand der Zeit zu bringen. Damit

haben wir uns auseinandergesetzt, und wir haben hier die Weichen dafür gestellt. Ein weiteres Sozialprojekt von eminenter Bedeutung ist die Aktivität der Steyrer Lebenshilfe, um hier im Raum Gleink ein Heim zu errichten für körperlich und geistig behinderte Kinder. Dieses Projekt wird 36 oder noch mehr Millionen Schilling kosten, die Stadt wird hier mit 6 Millionen Schilling fördern. Und das dritte große Sozialprojekt, ein Meilenstein in der Sozialpolitik unserer Stadt, ist, eine Geschützte Werkstätte zu errichten. Die Pläne gehen zurück fünf, sechs, sieben Jahre. Es ist auch nicht so, daß jetzt überraschend auf den Gemeinderat oder die Gremien ein Projekt zukommt, ein Grundankaufsprojekt oder Überlegungen, man hätte nicht genug Zeit aufgewendet. Ich möchte erinnern - und ich habe das schon im Stadtsenat und bei anderen Gelegenheiten wiederholt getan -, daß hier mindestens fünf Grundstücke, Liegenschaften, Betriebsareale zur Diskussion gestanden haben. Am Beginn ist also die ehemalige Tischlerei Hübsch im Wehrgraben gestanden. Es ist lange eine Zeit gewesen, wo man unentschlossen dieses Projekt betrieben hat, und ich habe mich um diese Sache persönlich sehr angenommen, weil es mir eben so wichtig erscheint. Und wir haben hier mit Fachleuten die Liegenschaft besichtigt, damals begangen, und es hat sich herausgestellt, daß dieses in einer Sackgassensituation liegende Objekt völlig ungeeignet ist, weil es sich um einen Mittelbetrieb handelt, bitte sehr, für 70 bis 80 Beschäftigte. Hier müssen Zufahrten vorhanden sein, Lagerflächen

vorhanden sein. Nun hat man ein weiteres Grundstück, eine Liegenschaft besichtigt, das war bei der Fa. Ratzinger. Auch das hat sich nicht als zweckmäßig erwiesen. Wir haben ein Grundstück im Auge gehabt gegenüber von der Fa. SKF. Das war aber zu lang und zu spitz und nicht als geeignet empfunden worden. Ich habe von unserer Bau- und Planungsabteilung Grundstücke suchen lassen. Wir haben im Raume AVEG da draußen ein Grundstück gefunden, das hat sich aber dann auch nicht als zweckmäßig herausgestellt. Wir haben dann erst dieses Grundstück vorgeschlagen bekommen und auch uns selbst damit vertraut gemacht. Es liegt in einem Bereich, wo es in Zukunft, so hoffen wir, viele Betriebe geben wird. Jedenfalls ist es die Intension der Stadt, und mit der Überlegung hat man ja, bitte sehr, Profis beauftragt. Nicht von Amts wegen kann man - wenn man schon immer sagt, mehr privat und weniger Stadt - damit rechnen, daß schnell Betriebsansiedlung passiert, sondern Profis sind beauftragt worden. Es ist auch so, daß der Kaufpreis der Steyr-Daimler-Puch AG an die damalige Z-Leasing, jetzt Euro-Leasing, S 350,- betragen hat. Wir haben genau prüfen lassen durch unsere Finanzabteilung, wie dieser Preis jetzt zustande kommt. Es handelt sich dabei, ganz konkret nachgewiesen, um Kapitalkosten, und es handelt sich hier um Investitionskosten für die Bereitstellung der Infrastruktur. Ich habe mehrmals und nachdrücklich die führenden Herren dieses Unternehmens darauf hingewiesen, daß wir erwarten, daß hier auch Akquisition

erfolgt und Betriebe angesiedelt werden, auch in der letzten Zeit wieder. Man hat mir erst in dieser Woche noch versichert, daß einige Interessenten an der Hand seien. Es ist aber Geschäftspraxis, daß zunächst die Infrastruktur vollständig vorhanden sein muß, haben mir diese Herren gesagt. Was die Geschützte Werkstätte anbelangt, wir haben dort etwa 70.000 m², wir müssen ja über die Größenordnungen reden, und rund 8.000 m² ist dieses Grundstück, über das es jetzt im gegenwärtigen und im gegenständlichen Antrag geht. Wir haben also festgestellt, es ist das einzige, das ausreichend geeignet erscheint, und wir haben auch keine Zeit, meine Damen und Herren. Ich bin ein bißchen betrübt darüber, daß die FPÖ eine Haltung an den Tag legt und sagt, wir sind zwar dafür, ein gutes Werk zu tun, aber nicht jetzt und nicht dort. Aber sie können auch nicht sagen, wo sonst. Und jetzt gibt es einen Sozialminister Hesoun, der uns signalisiert hat, er wäre bereit, in Steyr aus den Mitteln des Ausgleichs-taxfonds - daraus wird es nämlich finanziert - so einem Geschützten-Werkstätten-Projekt näherzutreten. Und jetzt gibt es zufällig einen Landesrat Klausberger, der ein Steyrer ist und der Sozialreferent in Oberösterreich ist, und der will auch. Und er hat schon fürs nächste Jahr einen Betrag im Landesbudget vorgesehen. Und da ist es jetzt Aufgabe der Stadt, ihren Part zu erfüllen, nämlich das Grundstück bereit zu stellen. Und da lassen wir uns nicht abhalten davon. Hier muß man eben diese Entscheidungen herbeiführen. Ich bin dankbar dafür, daß hier die ÖVP, trotz innerer Widerstände, die

ursprünglich vorhanden waren, sich durchgerungen hat, und ich hoffe, daß das auch von der grünen Seite kommt. Ich würde auch die FPÖ nachdrücklich einladen, hier diesem wichtigen Projekt die Zustimmung zu geben. Es ist ein Projekt, bitte sehr, das einen Betrieb ansiedelt für 70 Menschen. Menschen, die arbeitswillig sind, die gemeldet sind, und die Arbeitsmarktverwaltung hat uns signalisiert, daß für mehr als diese hier eben das Klientel vorhanden wäre. Es sind Leute, die am freien Arbeitsmarkt nicht unterkommen können, die durch diese schwierige Arbeitsmarktsituation eher an den Rand gedrängt werden, und daher ist es von besonderer Bedeutung, auch eine moralische Verpflichtung, glaube ich aus unserer Sicht, hier eben zu sehen, daß wir dieses Projekt tatsächlich zustande bringen. Wir müssen einmal das Grundstück kaufen. Diese Geschützte Werkstätte steht ja dann noch gar nicht. Wir müssen das weiter mit Nachdruck betreiben, daß es tatsächlich geschieht. Und solche Chancen, daß der Sozialminister und der Sozialreferent des Landes gleichzeitig dafür sind, das zu tun, die kehren nicht immer wieder. Und daher würde ich wirklich nachdrücklich einladen und bitten, diesem Grundankauf die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke, wer wünscht noch das Wort dazu? Herr Stadtrat Eichhübl, zugleich übergebe ich den Vorsitz wieder an den Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, ich übernehme.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich beziehe mich in meiner Wortmeldung nur auf einen Teil der Ausführungen des Herrn Bürgermeisters, und zwar auf jenen Teil, wo er gemeint hat, daß die Freiheitlichen zwar jetzt erklären, sie wären für die Errichtung einer Geschützten Werkstätte und auf der anderen Seite das sozusagen verzögern oder verhindern möchten. Herr Bürgermeister, dann darf ich hier nochmals darauf zurückkommen, was vorhin Herr Dr. Pfeil gesagt hat. Wer hat bitte eine Verzögerung verursacht? Warum bitte - und das möchte ich hier wirklich ausdrücklich erklärt haben - ist bei der Stadtsenatssitzung damals der Antrag zurückgezogen worden? Nämlich mit der Begründung - und da wiederhole ich jetzt das, was Herr Dr. Pfeil gesagt hat - daß man prüfen möchte, ob dieser neue Standort der Fa. Weinbergmaier in Frage kommen würde. Deswegen ist dieser Antrag, zumindest laut Begründung von Frau Stadtrat Ehrenhuber, dann zurückgezogen worden. Und ich sage Ihnen jetzt wirklich nochmals sehr deutlich, was ich auch im Stadtsenat gesagt habe. Das war nicht die Begründung. Sondern die Begründung war die, daß damals Mandatare der SPÖ gefehlt haben und die ÖVP damals noch signalisiert hat, daß sie aus verschiedenen Gründen diesem Antrag wahrscheinlich die

Zustimmung nicht geben wird. Denn der Beweis liegt auf dem Tisch, daß dort verzögert wurde, weil nämlich dann mit dieser Firma gar nicht verhandelt worden ist und man vorher schon gewußt hat, daß man nicht bereit ist, eine Absiedelungs-idee zu unterstützen von seiten der Stadt. Und das waren die Gründe. Das wollte ich noch einmal sehr klar und deutlich hier zum Ausdruck bringen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich gebe noch einmal den Vorsitz ab und melde mich noch einmal zum Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz wiederum und bitte um das Wort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Also wenn ich den Ausführungen meiner Vorredner richtig gefolgt bin, kann von einer Verzögerung doch keine Rede sein, wenn die ÖVP signalisiert, sie hätte zu diesem Zeitpunkt eine Zurückstellung des Tagesordnungspunktes beantragt. Ich möchte in Erinnerung rufen, daß nur einen Tag - nur einen Tag - vor dieser Stadt-senatssitzung, auf der der Ankauf-sbeschuß dieses Grundstückes gefaßt hätte werden sollen, ein Angebot hereingekommen ist von der Fa. Weinbergmaier. Welch ein Zufall, Herr Kollege Eichhübl, Welch ein Zufall, einen Tag vor der Stadt-senatssitzung. Und wenn ein Angebot hereinkommt, dann ist es, glaube ich, gerechtfertigt -

noch dazu, wenn nicht signalisiert wird aus den verschiedenen Fraktionen, daß nicht von vorneherein für das angepeilte Grundstück eine Zustimmung vorhanden ist - zumindest einmal zu überlegen, ist das ein Angebot, dem wir nähertreten sollten, ja oder nein. Und dann haben wir ja, nachdem wir uns mit dem Areal und den Betriebsbewilligungen der Fa. Weinbergmaier in der Vergangenheit des öfteren beschäftigt haben, nachgesehen in den Plänen, die im Haus vorhanden sind. Und da ist zunächst gleich zutage getreten, daß hier keine Industriewidmung vorhanden ist, daß es hier vom Raumangebot Schwierigkeiten gibt, daß es sich halt um eine Knödel-fabrik handelt, meine Damen und Herren, die nicht unbedingt gerade geeignet ist für diese Geschützte Werk-stätte nach Meinung der Fachleute, die so eine Geschützte Werkstätte führen. Und es ist ja so, wenn hier Bund und Land als Zahler auftreten, bitte sehr, daß die natürlich schon bestimmen, welches Grundstück ihnen genehm ist und mitreden, wo sie diese 22 Millionen Schilling investieren. Wir sind also darauf angewiesen, daß auch bei den Errichtern dieses Grundstück akzeptiert wird. Das möchte ich doch in Erinnerung rufen. Wir haben dann kurzfristig feststellen können, daß sich dieses Grundstück aus den angeführten Gründen nicht eignet. Und dann habe ich - es wurde bereits vom Kollegen Schloßgangl dankenswerterweise gesagt -, um die Entscheidung voranzutreiben, an alle Fraktionen geschrieben. Ich habe eine Frist gesetzt und sie gebeten, wenn jemand ein Grundstück in Steyr weiß, welches widmungsmäßig geeignet

erscheint und billiger ist als dieses da drunten, der soll es bei uns kundtun, damit wir es überprüfen können, um hier ein günstigeres, billigeres und gleich gut geeignetes Grundstück anzukaufen. Niemand war dazu in der Lage. Es gibt nämlich kein Industriegrundstück in Steyr, das infrastrukturell erschlossen ist, das wir unter S 720,-- bekommen. Fragen Sie nach bei den Grundstücksmaklern, Herr Kollege, und tun Sie nicht "Bröselreiben". Hier geht es darum, daß wir Entscheidungen herbeiführen, und wir lassen uns dabei nicht aufhalten.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke, ich übergebe wiederum den Vorsitz an den Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Keine weitere Wortmeldung, wie ich sehe, Schlußwort Frau Referentin.

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Ich kann die Ausführungen unseres Herrn Bürgermeisters nur unterstreichen. Ich glaube, der Herr Stadtrat Schloßgangl hat ja bestätigt, daß wohl Untersuchungen bezüglich des Areals auf der Liegenschaft Weinbergmaier vorgenommen wurden von Linz her und das eben als geeignet empfunden wurde. Ich darf vielleicht zu den Ausführungen von der Kollegin Jeloucan noch etwas unterstreichen und damit auch unterstreichen, wie dringend notwendig diese Geschützte Werkstätte hier ist. Es wurde bereits angeführt, und wir wissen ja alle,

welch hohe Arbeitslosenrate gerade wir in Steyr verzeichnen, im Bezirk Steyr. Und ich darf dazu nochmal feststellen, daß davon gerade die Behinderten entsprechend betroffen sind. Und der Anteil der Behinderten an allen Arbeitslosen liegt österreichweit bei unter 14 %. In Oberösterreich etwas über 14 %, im Bezirk Steyr über 17 % und in der Stadt Steyr bei 19 %. Ich glaube, alleine diese Zahlen sprechen dafür, wie wichtig und dringend diese Einrichtung ist. Und ich darf Sie wirklich im Interesse, und um dem berechtigten Wunsch der Behinderten und deren Angehörigen zu entsprechen, ersuchen, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals, wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Grundankauf ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, Gegenprobe. Sieben Gegenstimmen bei der FPÖ. Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (Gemeinderat Thurner). Damit ist der Antrag mit Mehrheit beschlossen. Nächster Antrag, bitte Frau Kollegin.

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem zweiten Antrag geht es um die Ausfinanzierung des Kindergartens Plenkberg.

- 7) Bau 5 - 8000/90
Kindergarten Plenkberg -
Ausfinanzierung

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 21. 3. 1991 wurde der Auftrag zur Durchführung der Gesamtarbeiten für

die Adaptierung des Kindergartens Plenkberg an die Fa. Negrelli zu Kosten von S 12.307.657,-- vergeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 9. 11. 1992 wird nunmehr zur Ausfinanzierung des Bauvorhabens einer Auftragserweiterung an die Fa. Negrelli um S 1.253.093,-- auf netto S 13.560.000,-- zugestimmt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 940.000,--

(neunhundertvierzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/2400/010400.9 freigegeben. Desweiteren werden Mittel im Ausmaß von

S 250.000,--

(zweihundertfünfzigtausend)

in Form einer Kreditübertragung von der VA-Stelle 5/2400/043000.8 auf die VA-Stelle 5/2400/010400.9 freigegeben. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VA-Stelle 5/2400/043000.8 zu erfolgen. Weitere Mittel im Ausmaß von

S 62.000,--

(zweiundsechzigtausend)

werden bei der VA-Stelle 5/2400/010400.9 in Form einer Kreditüberschreitung freigegeben. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für den Vortrag. Wird das Wort gewünscht zu diesem Antrag? Ich sehe das nicht. Ist jemand gegen diesen Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Ich sehe das nicht, daher ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wir kommen zum nächsten Bericht-erstat-ter, der sich allerdings heute entschuldigt hat. Stadtrat Holub hat den Kollegen Schloßgangl bevollmächtigt, seine Akten vorzutragen und die Anträge zu stellen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der Antrag des Kollegen Holub befaßt sich mit dem Zentralaltersheim, und zwar mit der Herstellung eines Schwesternrufes für die Heim- und Pflegeabteilung.

8) Bau 5 - 4177/86

ZAH - Herstellen eines

Schwesternrufes für die Heim-
und Pflegeabteilung;

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 22. 9. 1992 wird der Herstellung eines Schwesternrufes für die Heim- und Pflegeabteilung im Zentralaltersheim Steyr durch die Fa. Berger, Steyr, zum Anbotspreis von netto S 4.452.456,17 zugestimmt. Zum genannten Zweck werden inklusive eines Betrages von S 18.000,-- für diverse Leistungen, die mittels Bestellschein beauftragt werden, Mittel im Ausmaß von

S 151.000,--

(einhunderteinundfünfzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/4200/043100.8
sowie weitere Mittel im Ausmaß von

S 2.100.000,--

(zweimillioneneinhunderttausend)

bei der gleichen VA-Stelle in Form einer Kreditüberschreitung freigegeben. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat

durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Die Freigabe der Restmittel bleibt einer gesonderten Beschlußfassung durch das nach dem Statut für die Stadt Steyr hierfür zuständige Organ vorbehalten. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. Ich bitte um Diskussion und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals, wird das Wort gewünscht zu diesem Antrag? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, Gegenprobe, keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen werden auch nicht angezeigt, daher ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich danke dem Kollegen Schloßgangl für den Vortrag in der Angelegenheit von Stadtrat Holub und bitte ihn nun, zu seinen eigenen Anträgen das Wort zu ergreifen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Es ergeht der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses an den Gemeinderat, dieser wolle beschließen:

- 9) Bau 2 - 6888/92
Bebauungsplan Nr. 46 - Ennser
Straße - Änderung Nr. 3;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gegenständlicher Bebauungsplan Nr. 46
- Ennser Straße - Änderung Nr. 3 - wird

entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes vom 7. Oktober 1992 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 16. November 1992, nach § 23 Abs. 2 und 3 des OÖ Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 18/1972 idgF., beschlossen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für den Antrag, zum Wort ist gemeldet der Herr Gemeinderat Spanring, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

ING. DIETMAR SPANRING:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich begrüße die rasche und undemokratische -

Zwischenruf:

Undemokratische? Unbürokratische!

GEMEINDERAT

ING. DIETMAR SPANRING:

- unbürokratische Abhandlung der vorliegenden Bebauungsplanänderung. Die Sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion wird selbstverständlich diesem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilen, aber ich möchte den stadträtlichen Referenten ersuchen, auch andere Bebauungsplanänderungsanträge, zum Beispiel solche von Siedlern und Siedlergemeinschaften, genauso in dieser beispielgebenden, kurzen Art zu behandeln und einem entsprechenden Antrag zuzuführen. Ich danke im Namen der Betroffenen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diesen Beitrag. Es geht natürlich schneller und demokratisch, aber gescheiter ist es, wir machen es unbürokratisch. Demokratisch und unbürokratisch. Wird jetzt das Schlußwort gewünscht, Herr Stadtrat?

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich verzichte auf das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr, Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Bitte nächster Antrag. Gibts Probleme bei dem nächsten Antrag? Es ist Nummer 10, Weinzierlstraße.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Entschuldigung, es ist da etwas durcheinandergekommen.

Der nächste Antrag lautet:

- 10) Bau 6 - 300/91
Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungsarbeiten, Aufschließung Weinzierlstraße; Antrag um Auftragsenerweiterung und Mittelfreigabe in Form einer Kreditüberschreitung;

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Mit Beschluß des Gemeinderates vom 5. Dezember 1991 wurden im Zusammenhang mit der Errichtung der Kanalisation

Weinzierlstraße der Vergabe der Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten an die Fa. Adami GesmbH, Steyr, zum Bestbieterpreis von S 1.813.850,-- exkl. MWSt. zugestimmt. Mit Beschluß des Gemeinderates vom 15. Oktober 1992 wurde zur weiteren Durchführung dieses Bauvorhabens ein Teilbetrag in Höhe von S 1 Mio. freigegeben. Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 29. Oktober 1992 wird nunmehr einer Auftragsenerweiterung im Gegenstande an die Fa. Adami GesmbH, Steyr, im Ausmaß von S 334.910,-- exkl. MWSt. zugestimmt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1.149.000,--

(einmillionehundertneunundvierzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/8110/004440.2 in Form einer Kreditüberschreitung freigegeben. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, wird das Wort zu diesem Antrag gewünscht? Ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag lautet:

- 11) Bau 2 - 6214/92
Abschluß eines Aufschließungsübereinkommens mit Herrn Georg

Marktl, Steyr, Hochstraße 33:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Magistratsdirektion, Rechtsreferat, wird dem Abschluß eines Aufschließungsübereinkommens mit Herrn Georg Marktl, Steyr, Hochstraße 33, mit nachfolgendem Inhalt zugestimmt: Herr Marktl hat seine nächst der Feldstraße gelegenen 11 Bauparzellen in der Weise aufzuschließen, daß er die Kosten der Errichtung der notwendigen Zufahrtsstraße auf den Grundstücken 1852/35 und 1852/36, KG Steyr, trägt. Diese Grundstücke sind nach Baufertigstellung unentgeltlich in das öffentliche Gut zu übergeben. Ebenso ist auf seine Kosten der Abwasserkanal herzustellen. Im Zuge der Herstellung der Zufahrtsstraße ist auch die Leerverrohrung der Straßenbeleuchtung zu verlegen. Im Gegenzug verzichtet die Stadt auf die Einhebung der gesetzlichen Anliegerbeiträge zur Fahrbahn- und Gehsteigerstellung sowie der Kanalanschlußgebühr.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Nicht der Fall. Gibt es Einwendungen gegen den Antrag oder Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag des Stadtsenates lautet:

12) Bau 3 - 7090/91

Weiterer Ausbau der Gußwerkstraße; Vergabe der Bauarbeiten und Mittelfreigabe von S 200.000,- bei VSt.

5/6120/002030.4:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 28. Juni 1990 wurde der Auftrag zur Durchführung der Industrieartschließung Hinterberg an die ARGE Hinterberg (Zwettler, Negrelli, Mayr-Bau, Hamberger und Traunfellner) zu Kosten von S 24.729.800,64 inkl. MWSt. übertragen. Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 5. November 1992 wird nunmehr der Vergabe von Baumeisterarbeiten in Form eines Zusatzauftrages in Höhe von S 4.175.441,63 inkl. MWSt. an die ARGE Hinterberg zugestimmt. Zum genannten Zweck werden als erste Baurate Mittel im Ausmaß von S 200.000,--

(zweihunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/6120/002030.4 freigegeben. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, wünscht dazu jemand das Wort? Frau Kollegin Scheucher, bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN

EVA SCHEUCHER:

Es war keine voreilige Zustimmung. Damit mir der Herr Vizebürgermeister wider einmal Inkonsequenz vorwerfen kann, werden wir diesem Antrag und dem nächsten nicht zustimmen, dem Ausbau der Gußwerkstraße auf 8 Meter, in welcher Form die Anträge jetzt auch

immer kommen. Und zwar Inkonsistenz - scheinbare - deshalb, weil wir im Zuge der Plenkberginitiative gesagt haben, es wäre vernünftiger, anstelle der Haager Straße und des Plenkberges die Gußwerkstraße auszubauen und den Schwerverkehr und den meisten Verkehr dort zu führen, der auch von der von uns heiß ungeliebten Nordspange kommt. Ich gebe zu, daß wir dieses gesagt haben, allerdings ist jetzt genau das eingetreten. Es ist der Plenkberg ausgebaut worden, es ist die Haager Straße eine Riesenstraße und ich sehe nicht ein, warum man jetzt die Gußwerkstraße wieder auf 8 Meter ausbauen sollte. Das heißt, die Breite ist nicht notwendig für uns, und deshalb lehnen wir den Antrag ab.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung?
Kollege Brandstötter, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

JOSEF BRANDSTÖTTER:

Wetter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates. Ich hätte mich normal nicht zum Wort gemeldet, weil ich glaube, das dürfte heute eine einstimmige Sache sein. Aber, wie es bei den Grünen halt immer so ist, wenn es um eine Straße oder einen Baum geht, schaut es anders aus. Ich glaube doch, daß die Straße, der Ausbau der Gußwerkstraße ganz, ganz notwendig ist. Wenn ich zurückdenke, daß eine Bürgerinitiative gestartet wurde damals, um den Plenkbergausbau zu verhindern oder anders zu gestalten, waren sie, glaube ich, auch in diesem

Ausschuß tätig. Und hier wurde vieles versprochen seitens des Bürgermeisters, meinerseits sogar, in diesem Gespräch damals bei der Bürgerinitiative, als wir gesagt haben, wir werden versuchen, die Gußwerkstraße auszubauen. Damit haben sie sich aber auch abgefunden und haben zugestimmt zu dieser Sache, weil die, glaube ich, notwendig ist, weil die Großbetriebe, die dort hinten auch angesiedelt sind, brauchen eine dementsprechende Straße, um später, wenn die Nordspange steht, wegzukommen. Sie wissen, daß SKF Österreich nicht auf den Schienen bleibt mit dem Transport, sondern verstärkt auf die LKWs umsteigen wird. So wie auch Mannlicher und wahrscheinlich die in späterer Folge dort angesiedelten Betriebe in diesen vom Z-Leasing damals gekauften Grundstücken. Darum glaube ich, daß es notwendig ist, die Straße dementsprechend auszubauen, und wir werden sicherlich unsererseits die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung, Herr Kollege Dr. Schwager.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Um es vorweg zu sagen, wir sind natürlich sehr für diesen Antrag. Es stellt sich für uns die Gußwerkstraße als die Hauptentlastung dar, die ja geschaffen werden soll, um die Nordspange auch effizient für die Stadt zu machen. Also ich glaube, daß wir, wenn man - was wir natürlich getan

haben - zur Nordspange ja sagt, dann muß man auch zur Gußwerkstraße ja sagen. Aber verstehen Sie bitte auch unsere Bedenken hinsichtlich des schon abgeschlossenen Tagesordnungspunktes, als wir ja überstimmt wurden hinsichtlich des Standpunktes, den wir mit der Geschützten Werkstätte hatten. Ich möchte jetzt nicht die Diskussion noch einmal aufwärmen, weil es ist ja ein Konklusum, eine beschlossene Sache. Aber ich verweise nur auf den Amtsbericht, der damals zum Stadtsenat vorgelegen ist. Einen neuen gibt es nicht, damals war noch eine Grenze eingezeichnet, die dem Ausbau entgegensteht. Ich bin überzeugt, daß das im kurzen Weg im Amt bereits erledigt ist. Muß man vielleicht darauf aufpassen. Aber das ist mit ein Grund, daß wir gegen den Standort waren, weil wir eben gesagt haben, das wird eine Durchzugsstraße, das wird eine Entlastungsstraße für den innerstädtischen Verkehr. Die Messerer Straße wird eine Anbindung der Haager Straße. Ob dort Behinderte gut aufgehoben sind, das wollten wir eben auch zur Diskussion gestellt haben. Aber, wie gesagt, der Beschluß ist gefaßt. Aber unser Pro zur Gußwerkstraße soll damit nur dokumentiert werden.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ja ich meine, daß es für ein Industriegebiet ein Vorteil ist, wenn man hier eine hochrangige Straßenanbindung hat. Das ist das eine. Zum anderen möchte ich sagen, also, ich bemühe mich ja sehr, Frau Kollegin Scheucher. Aber

dieser monumentalen Logik kann ich wirklich nicht folgen. Zunächst verlangen Sie, daß der Schwerverkehr ausgeleitet wird und anstelle des Plenkberges die Straße über Messerer- und Gußwerkstraße umgeleitet wird. Wir haben hier Planungsvorläufe, die gehen also in die Gegend von etwa 10 Jahren, wie wir wissen. Ich habe das mehrfach ausgeführt, es gibt 95 Umfahrungsvorhaben in Oberösterreich. Der Herr Landesrat Pühringer, der Straßenbaureferent in Oberösterreich ist, braucht bei der gegenwärtigen Mittelzuteilung genau 54 Jahre, um alle diese Umfahrungen zu realisieren. Das erleben ja nicht einmal mehr meine Kinder, bitte sehr. Und wir haben nur die Chance, hier eine Erleichterung im Straßenverkehr zu finden, wenn die Nordspange realisiert wird. Und aus der Sicht von Linz ist der Plenkberg gegenwärtig als Zufahrt ein Teil dieser Nordspangenslösung. Und es war, glaube ich, eine sehr intelligente Lösung, die uns gemeinsam mit der Bürgerinitiative gelungen ist, hier die Messerer Straße in 8 m Bundesstraßenbreite auszubauen, und das soll mit diesem Antrag bewerkstelligt werden. Wenn sie fertig ist, werden wir schauen, daß diese Straße in die Bundesstraßenverwaltung übernommen wird. Die werden uns wahrscheinlich die Haager Straße zu unserem Leidwesen zurückgeben, und wir haben die Umfahrung auf diese Art, auf diesem Weg geschafft. Es ist das Ergebnis einer sehr intensiven und einigermaßen militanten Diskussion mit der Bürgerinitiative usw. Und ich lege großen Wert darauf - das sage ich in dem Kreis hier noch einmal mit

Nachdruck -, daß das, was wir vereinbaren mit irgendjemand, besonders auch mit Bürgerinitiativen, daß das tatsächlich dann auch eintritt. Weil wir glaubwürdig sein wollen. Das trifft zu auf die Kreuzungsregelung, die so kommt und auch so bleiben wird im wesentlichen, wie es mit der Bürgerinitiative vereinbart ist. Und das ist der nächste, konsequente Schritt. Und daher bitte ich wirklich, hier auch entsprechend zuzustimmen. Schlußwort Herr Referent bitte.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ja, ich möchte noch ganz kurz was sagen. Bundesstraßenniveau wurde schon angesprochen vom Herrn Bürgermeister. Das ergab die 8 m Breite, weil das gewünscht wurde. Man könnte natürlich auch mit einer Straße mit 7 m Breite genauso den Schwerverkehr abführen. Aber es wurde gewünscht als Entlastung von der Nordspange, diesen gleichen Querschnitt in etwa weiterzuführen, um besonders leistungsfähig für den Schwerverkehr zu sein. Ich darf noch anmerken, daß entlang der Gußwerkstraße auch ein Radweg gleichzeitig errichtet wird. Zum Ausbau des Plenklberges möchte ich sagen, daß durch das Projekt des Kanalbaues und der gesamten Energiever- und -entsorgung und der Finanzierung durch den Reinhaltungsverband es ja unumgänglich war, daß man dort eine Verbesserung durchgeführt hat, wenngleich ich der Meinung bin - und das wird sich jetzt im Laufe des Probetriebes ja einspielen und einstellen -, daß die Leistung des Plenklberges und der Plenklberg-

kreuzung, speziell der oberen, durch die Wünsche der Bürgerinitiative beeinträchtigt wurde. Weil vorher standen zwei Fahrbahnen zur Verfügung, bzw. drei, und durch die geforderte Grünspur in Richtung stadtauswärts ist natürlich eine Leistungsverminderung über die eine Fahrspur, die durchgeht, gegeben. Die zweite ist ja dann als Rechtsabbieger nach Münichholz gedacht.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Dann hätte man den Plenklberg so belassen sollen und das Geld in die Fußgängerzone stecken.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Nein, das ist nicht wahr. Es war geplant, die zwei Ampeln zu machen, aber das wollte man nicht. Man wollte unbedingt die zwei durchgehenden Grünspuren, einmal hinaus Richtung Wälzlager, also Behamberg, einmal hinauf Richtung Haager Straße und einmal von Münichholz hinunter. Man wird das jetzt prüfen bitte, und vielleicht kommen auch die dortigen Bürger zu der Überzeugung, daß unter Umständen eine Änderung und eine Ampelregelung, speziell im oberen Bereich, vielleicht günstig wird. Man soll es probieren, es wird sich herausstellen wie sich vielleicht die Erfahrungen auswirken, und dann kann man ja sicherlich noch entscheiden.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Bleiben die Betonschwellen?

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Nein, soviel ich weiß, bleiben sie nicht, sondern werden, wenn der Endbelag, der Feinbelag draufkommt, wenn diese Lösung bleibt, durch eine kleine Verkehrsinsel ersetzt. Bitte, es war das Problem, es gibt eine Verordnung, wo man diese Spuren festgelegt hat von der MA I, und es hat sich dann herausgestellt, daß im Winter natürlich diese gelbe Markierung schwer oder nicht sichtbar ist und die Gefahr beim Linksabbieger von Münichholz Richtung Haager Straße einer Kollision mit dem durchgehenden Verkehr Richtung Haager Straße, von der Stadt oder vom Stadtbad kommend, gegeben ist. Und daher hat man dort eben diesen Teiler jetzt professorisch hineingemacht.

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ja, bin ich auch der Meinung. Dann wird wahrscheinlich eine andere Lösung kommen, weil sie sehen, daß das besser ist. So wie es ursprünglich geplant war. Bitte zur Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

Dr. LEOPOLD PFEIL:

Es kommt so, wie es ursprünglich geplant war. Das ist eine starke Aussage.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sie brauchen, lieber Kollege Pfeil, nicht schon wieder populistisch sein, sondern der Vorschlag war, daß die Ampel-

regelung dort besser wäre und daß die Kreuzung leistungsfähiger ist.

GEMEINDERÄTIN

FELICITAS BAUER:

Und das Probieren kostet kein Geld?

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Was kostet kein Geld?

GEMEINDERÄTIN

FELICITAS BAUER:

Das Probieren.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Das Probieren kostet an und für sich nichts, nein wirklich nicht. Und außerdem hat den Ausbau des Plenkoberges fast zur Gänze der Bund getragen, bitte, das möchte ich auch dazu sagen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

So, meine Damen und Herren! Nach diesem kleinen Zwischenspiel kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe: zwei Gegenstimmen (GAL). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Antrag Nr. 13).

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag lautet:

13) Bau 3 - 7090/91

Weiterer Ausbau der Gußwerkstraße; Grundeinlöse; Mittelfreigabe von S 1,0 Mio. bei

VSt. 5/6120/002030.4:

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 4. November 1992 wird im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der Gußwerkstraße für Grund-einlösen ein Pauschalbetrag im Ausmaß von

S 1.000.000,--

(einhunderttausend)

bei der VA-Stelle 1/6120/002030.4 freigegeben. Eine genaue Abrechnung hat nach Baufertigstellung und erfolgter Endvermessung zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für den Antrag. Wird das Wort gewünscht? Keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, Gegenprobe. Darf ich fragen, ob die grüne Konzentrationsschwäche nachläßt? Gibt es eine oder zwei Gegenstimmen? Zwei Gegenstimmen (GAL). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Nächster Antrag bitte.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag lautet:

14) Bau 3 - 1756/84

ÖAG - 4183/89

Ausbau der Hausleitnerstraße, von der B 122a (Nordspange) bis zur Mülldeponie; Öffentliche Ausschreibung; Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 5. November 1992 wird im Zusammenhang mit dem Ausbau der Hausleitnerstraße von der B 122a (Nordspange) bis zur Mülldeponie der Vergabe der Bauarbeiten an die Fa. Zwettler zu Kosten von S 4.760.242,-- inkl. MWSt. vergeben. Eine diesbezügliche Mittelfreigabe bleibt einer gesonderten Beschlußfassung durch das nach dem Statut für die Stadt Steyr hierfür zuständige Organ vorbehalten. Gleichzeitig wird den damit im Zusammenhang stehenden Grundinanspruchnahmen und Entschädigungen, entsprechend den im zitierten Amtsbericht vorliegenden Ergebnissen, zugestimmt. Zum genannten Zweck werden Mittel, inkl. eines Betrages von S 118.147,20 für die Projekterstellung an Dipl.-Ing. Brunner, im Ausmaß von S 587.000,--

(fünfhundertsiebenundachtzigtausend) bei der VA-Stelle 5/6120/002480.1 freigegeben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine Wortmeldung zu diesem Antrag? Frau Gemeinderat Bauer, bitte sehr, ich erteile ihr das Wort.

GEMEINDERÄTIN

FELICITAS BAUER:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates! Würde man sich an die noch geltenden Vergabeordnungen halten, dann müßte ich mich heute nicht zum Thema melden. Es gibt eine noch gültige Vergabeordnung, die Punkt für Punkt die Handhabung bei der Auftragsvergabe begleitet. Es geht mit

Punkt eins los, mit der öffentlichen Ausschreibung, mit der Anbotseröffnung, mit den Preisnachverhandlungen unter den drei Erstgereihten, dann der Antrag an den Stadtsenat, daß der Bestbieter den Auftrag erhalten möge. Bis daher ist ja alles richtig gelaufen. Daraus ist hervorgegangen, daß die Fa. Haider Bestbieter war. Nachdem alles abgeschlossen war, hat irgendwer, bzw. wahrscheinlich der Herr Baureferent, in eigener Sache nocheinmal dann mit einer Firma nachverhandelt. Das ist laut Vergabeordnung überhaupt nicht mehr zulässig.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Dagegen möchte ich mich verwahren, ich verhandle überhaupt nicht.

GEMEINDERÄTIN

FELICITAS BAUER:

Wahrscheinlich, habe ich gesagt. Sie haben den Antrag am Tag der Beschlußfassung in geänderter Form vorgelegt, wo auf einmal die Fa. Zwettler als die neue Firma präsentiert wurde, die den Auftrag erhalten sollte. Aus welchen Gründen auch immer, ich kann es nicht sagen. Es ist gesagt worden, wegen der Winterbeschäftigung. Ich weiß nicht, der Winter fängt bei mir nicht im Frühjahr an. Der Baubeginn ist erst im Frühjahr bei diesem Projekt. Außerdem verstehe ich auch nicht, warum man immer der Fa. Zwettler alles hinten hineinschiebt. Ich glaube, mit dem Generalvertrag für den Resthof, der eh schon nicht wettbewerbsfähig ist, braucht man nicht da

auch noch eine Extrawurst machen, wie es heute gestanden ist in den Oberösterreichischen Nachrichten. Und irgendwann, irgendwo in der Vergabeordnung steht dann auch einmal "rien ne va plus - es geht nichts mehr". Aber der Herr Stadtrat Schloßgangl hat vielleicht andere Spielregeln.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich entscheide das nicht.

GEMEINDERÄTIN

FELICITAS BAUER:

Ja, Sie haben den Antrag vorgelegt in geänderter Form, daß die Fa. Zwettler plötzlich den Auftrag erhalten soll. Ich sehe das wirklich nicht ein, warum man da den Bestbieter um seine Arbeit betrügt. Das ist ein Betrug an seiner Arbeit, ja. Weil ein jedes Anbot kostet ja auch Geld. Er investiert Zeit und Geld in ein Anbot, und er wird dann um seine Arbeit betrogen. Und es kann nicht so sein, daß dann einer, wenn alles schon fixfertig ist, daherkommt und sagt: "Na Moment, ich mache es eigentlich auch um dasselbe Geld." Also, ich möchte schon sehr erinnern, daß wir noch gültige Gesetze haben, und das ist meiner Meinung nach eine ungesetzliche Schiebung. Weil noch hat es die Mehrheit im Gemeinderat nicht und noch ist es nicht bedeckt. Und ich darf die Sozialdemokratische Partei bitten, sich das zu überlegen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, zu Wort gemeldet ist der Kollege Vizebürgermeister Sablik.

Unverständlicher Zwischenruf.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Über die Art dieser Tätigkeit bin ich schon hinaus, daher spreche ich jetzt zum Gegenstand.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Als Vertreter der Fraktion, die im Stadtsenat für die Vergabe an die Fa. Haider, - Entschuldigung, retour - für die Vergabe an die Fa. Zwettler. Ich habe mich jetzt so aufgeregt, liebe Frau Kollegin Bauer, daß ich einen Versprecher nach dem anderen habe. Den Auftrag kriegt die Fa. Zwettler, nämlich eine Steyrer Firma, und das begründe ich jetzt gerade. Unsere Fraktion hat im Stadtsenat für die Vergabe an diese Steyrer Firma deswegen gestimmt, das heißt gestimmt, Ihnen hier heute die Entscheidung vorzulegen. Etwas anderes haben wir ja nicht gemacht, weil bei 4,7 Millionen kann der Stadtsenat ja gar nicht entscheiden, weil wir der Meinung waren, daß das der bessere Teil der Abmachung war. Wenn Sie sich die Ausschreibung angeschaut haben - und die Frau Kollegin Bauer wird sich sicher die Ausschreibung angeschaut haben -, von diesen sechs oder sieben Firmen, die bei einer Auftragssumme von etwa viereinhalb Millionen Schilling zwischen 4,8 Millionen und 5,9 oder sowas verlangen - ich habe es jetzt nicht im Kopf, ist auch nicht wichtig -, dann kann hier etwas bitte nicht in Ordnung sein. Entweder hat ein Kalkulant einen falschen Berechnungsschlüssel, oder sie haben falsche Mengen angegeben oder angenommen oder andere Boden-

strukturen herangezogen. Irgendwas kann bei einer solchen Preisdifferenz nicht stimmen, und es ist nach der Vergabeordnung das legitime Recht der Bauabteilung - ich weiß das, weil ich jahrelang selbst der Baureferent für Tiefbau war -, nach dieser Vergabeordnung hier Preisverhandlungen zu führen. Und was kommt heraus? Daß bis zu einer halben, bis zu einer Million Schilling bei Preisverhandlungen nachgelassen werden. Man probiert es halt. Das ist das Geschäftsleben, und wir als Sozialdemokraten bejahen die soziale Marktwirtschaft. Daher müssen wir uns auch darin bewegen, daher müssen wir auch anerkennen, daß die Firmen auf Gewinn arbeiten müssen, sonst sind sie weg vom Fenster. Und daher müssen wir aber auch anerkennen, daß diese Firmen gewissen Regulatoren, nämlich Preisverhandlungen, unterworfen sind. Die brauchen dann nicht wehleidig zu schreien, und nur, weil sie Haider heißen und ihre Partei, ihre Leitfigur, Dr. Haider.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Namensgleichheit, vermutlich nur Namensgleichheit.

Unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Es darf doch einmal eine kleine politische Meinung auch drinnensein, und habe gesagt, die sind nicht miteinander verwandt. Aber nur, weil die Haider heißen, braucht doch nicht die Freiheitliche Fraktion plötzlich auf

den Zug aufspringen und da die größten Worte gebrauchen, die Sie gerade gebraucht haben. Ich kenne Sie gar nicht so, Frau Kollegin. Sie sind doch eine liebenswerte, intelligente Frau, und Sie brauchen doch nicht hier sagen, daß hier ungesetzliche Handlungen vorkommen. Und diese Extrawurst, wie es in den Nachrichten bezeichnet wird, die wird nicht gebraten für die Fa. Zwettler, weil wir mit der verwandt, verschwägert oder seit dreißig Jahren im Resthof verbandelt sind, sondern weil sie ganz einfach das gemacht hat, was hundertmal vorkommt. Daß sie sagen, bitte gebt uns den Auftrag, und wir gehen dann um die Differenz herunter. Das ist gang und gäbe, nur fällt es bei anderen Aufträgen nicht auf, weil es sich hier um kleinere Summen handelt. Aber wenn Sie sagen, im Frühjahr wird erst das Bauen begonnen, dann hat das schon einen Zusammenhang, und zwar deswegen, weil das Frühjahr im Tiefbau bei warmem, frühlingshaftem Wetter bereits im Jänner beginnt, und in der Gußwerkstraße ca. 8000 Kubikmeter - es können auch 20.000 werden, das weiß man nicht so genau - Aushubmaterial zur Schüttung des Dammes von der Hausleitner Straße zur Mülldeponie hinunter benötigt wird und wir hier kostenlos dieses Material kriegen, das sonst teuer angekauft werden muß. Pikanterie am Rande: Es bleiben 1000 Wurzelstöcke über, wo die Firma dringend sucht, wo kann sie diese 1000 Wurzelstöcke lagern. Wir bräuchten hier großräumige Kompostieranlagen, denn die können wir in Sierning, liebe Frau Kollegin Scheucher, leider nicht kompostieren. Auf die Mülldeponie

können wir sie auch nicht nehmen, ich weiß nicht, was die machen. Wahrscheinlich werden sie sie nach Niederösterreich exportieren und dort bei einem Bauern verbrennen. Aber die von Ihnen angezogene Vergabeordnung sieht unter § 7 nämlich vor, Ausnahmen von den in § 4-6 getroffenen Bestimmungen zur Leistungsvergabe können nur die nach den statutarischen Bestimmungen für die Vergabe zuständigen Organe der Stadt, nämlich der Gemeinderat, treffen. Wir sind der Gemeinderat, der § 7 trifft zu, und ich fordere Sie daher auf, schon im Hinblick darauf, daß hier wirklich die Lohnsummensteuer, die Gewerbesteuer, die Kaufkraft in Steyr bleiben soll und andererseits hier die Arbeitsplätze der Bauarbeiter in Steyr teilweise gesichert werden sollen, zuzustimmen. Sie glänzen durch Abwesenheit bei so wichtigen Diskussionen wie im Dominikanersaal, ja, wo vor einem illustren Publikum die Vertreter der Parteien dazu Stellung nehmen konnten: Was tut denn die Stadt zur Verringerung der Arbeitslosigkeit, was tut denn die Stadt, um den Leuten zu helfen, die meistens im ungelerten Bereich hier keine Arbeit finden. Ja, da war niemand von der FPÖ dort und ist lautstark dafür eingetreten. Sondern das ist hier heute ein Beweis, daß die Stadt etwas tut, nämlich Arbeit in Steyr zu beschaffen und zu belassen. Daher erkläre ich, daß unsere Fraktion für diesen Antrag stimmen wird.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wird eine weitere Wortmeldung gewünscht? Frau Kollegin Scheucher.

GEMEINDERÄTIN

EVA SCHEUCHER:

Für uns ist es wieder einmal eine vollkommen neue Situation. Ich habe im Amtsbericht die Vergabe an den Bestbieter drinnen. Ich habe mich heute noch mit dem zuständigen Ingenieur unterhalten, der diese Planung gemacht hat. Es ist kein Wort davon gefallen, daß im Stadtsenat hier die Vergabe geändert wurde. Deshalb bitte ich um Verständnis, daß die Grüne Fraktion sich jetzt der Stimme enthalten wird. Uns fehlt die Information.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Schlußwort des Berichterstatters bitte.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ja, ich möchte kurz - ach so, willst du etwas sagen?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Entschuldigung, war da noch eine Wortmeldung? Pardon, bitte Kollege Eichhübl. Entschuldigung, Kollege Schloßgangl, ich habe ihn nicht gesehen.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertres Präsidium! Ich kann einen Großteil von dem, was der Kollege Sablik als Begründung, daß man jetzt die Aufgabe oder den Auftrag an die Fa. Zwettler vergibt, durchaus unterstreichen. Aber es bleibt die Frage im Raum - und damit bin ich schon am Ende meiner Ausführungen - warum

bitte ist das alles, was hier der Vizebürgermeister sagt und als Begründung anführt, nicht vor der Preisverhandlung gemacht worden?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Zagler.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Fahr nicht fort, kauf im Ort, ist also ein Plakat, ein Schild, das wir in allen Ennstalgemeinden, in den Steyrtalgemeinden, im angrenzenden Niederösterreich immer wieder vorfinden. Und genau darum geht es hier. Liebe Frau Kollegin Bauer, ich bin auch ganz überrascht, daß Sie Ihre Flinte da heute mit herausgenommen haben zum Rednerpult. Bei Ihren Argumentationen, was ich bislang von Ihnen hier im Gemeinderat gehört habe, war eigentlich das, daß Sie der Stadt Lasten auferlegt hätten, für die Sie gar nicht zuständig ist. Ich erinnere nur an Ihre erste Wortmeldung in diesem Gremium, wo Sie gesagt haben, die Stadt soll sich um Parkplätze für die Bediensteten und Besucher des Landeskrankenhauses kümmern. Alles Dinge, die mit Kosten verbunden sind. Ich weiß nicht, wie weit Sie in der Fraktion an der aktiven Diskussion über Budgets mittun, aber Sie kennen wahrscheinlich die Zusatzwünsche, die die FPÖ an dieses 93er-Budget richtet. Wir werden heute noch den Nachtragsvoranschlag beschließen, wo wir daraufkommen, wieviel an unerwarteten Ausgaben so im Lauf des Jahres auf uns zukommen, die wir alle finanzieren müssen. Faktum ist, und so

ist halt unsere Republik aufgebaut, daß vom Bund aus Steueranteile an die Gemeinden überwiesen werden, aber daß auch ein beträchtlicher Teil aus der Finanzkraft der Stadt selbst, der Gemeinden selbst kommen muß. Und die Finanzkraft der Stadt tut man nicht erhöhen, indem man Aufträge nach außen vergibt, sondern eben - so wie es die Gemeinde auch draußen tun - darauf achtet, im Ort zu verbleiben. Und gerade in diesem Fall, wo eine Preisdifferenz nach Ausschreibung und Preisverhandlung so minimal geworden ist, ist es, glaube ich, unsere Verpflichtung, das zu machen. Wir hatten - da haben Sie vielleicht noch gar nicht daran gedacht, jemals in die Kommunalpolitik gehen zu wollen oder hier in den Gemeinderat hereinzukommen - auch andere Vergabeordnungen in der Vergangenheit, wo es Ortsschutzklauseln gegeben hat, ursprünglich bis zu 10 %, dann bis zu 5 %. Das heißt, daß wir sogar kraft Vergabeordnung überhöhte Preise an die Steyrer zahlten, um die Beschäftigung in Steyr zu behalten. Und was ich zum Abschluß noch sagen möchte, ist die rechtliche Situation. Wir als Gemeinderat haben uns diese Vergabeordnung beschlossen und haben als Gremium die sogenannte Kompetenz. Kompetenz das heißt, wir könnten fast minütlich entscheiden, also pausenlos entscheiden über eine neue Vergabeordnung. Und davon möchten wir in dieser Ausnahme, eben in diesem Ausnahmefall, Gebrauch machen und daher auch dieser geänderten Vergabe, so wie sie der Stadtsenat beschlossen hat, unsere Zustimmung erteilen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Jetzt, glaube ich, das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ja, ich möchte einmal kurz zu den Ausführungen von der Kollegin Bauer Stellung nehmen. Ich glaube, Ihnen ist nicht bekannt, wie die Prüfung und die Preisverhandlung vor sich geht. Der Referent sieht den Antrag, wenn alle Verhandlungen abgeschlossen sind. Er hat mit einer Preisverhandlung überhaupt nicht das geringste zu tun - und ich würde mich auch in keinster Weise dort einmischen -, und dann steht der Antrag voll fertig für alle Gemeinderäte zur Verfügung. Ich bekomme ihn vielleicht aufgrund meiner Funktion um einen oder zwei Tage früher, aber da ist das alles fix und fertig. Also, ich glaube, solche Unterstellungen können Sie in Zukunft unterlassen. Zweitens möchte ich betonen, daß ich weder mit Zwettler noch mit Haider verwandt, verschwägert bin oder sonst in irgend einer nahen Beziehung stehe. Ich nehme an, daß das auch bei Ihnen der Fall ist. Oder sollte das vielleicht anders sein? Dann bitte ich um eine Aufklärung darum. Wollen Sie nicht. Na gut, dann -

GEMEINDERÄTIN

FELICITAS BAUER:

Ich wüßte nicht.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wüßten Sie nicht, okay. Alle anderen Gründe wurden schon angeführt. Es ist,

daß wir das Aushubmaterial von der Gußwerkstraße verwenden können. Das ist bitte ein Grund gewesen auch in der Beurteilung der ganzen Vergabe, weil dieser Anschlußauftrag an die ARGE Hinterberg zu sehr günstigen Preisen erfolgt ist. Aber der Hauptgrund war an und für sich das Argument, daß Zwettler - bei allen bitte und auch bei mir, das habe ich auch im Stadtsenat betont - interveniert hat, daß die Auftragslage sehr stark zurückgegangen ist und daß er dringend eine Arbeit braucht. Das habe ich im Stadtsenat gesagt, bitte. Ich weiß nicht, ob er bei dir war, aber er ist im ganzen Haus herum und hat sich bemüht, seine Situation darzulegen. Und bekanntlich ist im Winter in der Baubranche -

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist mir neu, daß interveniert worden ist.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Natürlich, er hat gesagt, ich brauche dringend einen Auftrag, weil wir zuwenig Aufträge haben. Und nachdem wir so knapp liegen und im Zusammenhang mit der Gußwerkstraße würde er die Gemeinde ersuchen, den Auftrag und den Zuschlag ihm zu geben. Und aufgrund dieser Überlegungen sind wir zu der Überzeugung gekommen, zum Bestbieterpreis an Zwettler den Auftrag zu vergeben. Es wird immer wieder vorkommen, oder es kann immer wieder vorkommen, daß solche Ausnahmeregelungen getroffen werden, wobei ich zur Vergabeordnung eines sagen

möchte: Ich bin nicht begeistert von dem Nachverhandeln. Das habe ich immer gesagt, es sollte ausgeschrieben werden, und der Bestbieter soll den Auftrag bekommen. Aber auch dann, wenn nicht verhandelt wird, könnte es sein, daß bei geringfügigen Preisunterschieden - es wurde ja schon erläutert von dem Kollegen - trotzdem aus städtischen Interessen der Auftrag an eine ortsansässige Firma vergeben wird. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Und ich darf dazu vielleicht noch sagen, es hat im nachhinein, wie er das gehört hat oder erfahren hat, auch der Herr Haider interveniert. Und er hat gesagt, ja, ja, er bräuchte es eigentlich auch dringend. Und ich habe ihm gesagt, wir haben im Stadtsenat das bitte aber schon beschlossen, ich werde aber ihre Intervention auch hier vorbringen.

GEMEINDERÄTIN

FELICITAS BAUER:

Er hat mit dem Volksanwalt gedroht, nicht interveniert.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ja, bitte schön, kann er. Das ist ihm unbenommen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gut, fertig mit dem Schlußwort? Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Wer ist gegen diesen Antrag? Danke sehr, Stimmenthaltung? 2 Stimmenthaltungen (GAL), 8 Gegenstimmen (FPÖ). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich geben den Vorsitz ab und bitte den Herrn Berichterstatter fortzufahren.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche um Vortrag des Punktes 15).

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

- 15) Bau 3 - 6720/90
Straßenneubau Feldstraße,
Bereich Wolfern-Weinzierl-
straße; Fremdgrundinanspruch-
nahme; Antrag um Mittelfreigabe
für die 1. Teilzahlung;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Zusammenhang mit dem Straßenneubau Feldstraße, Bereich Wolfern-Weinzierlstraße, wird, entsprechend dem Ergebnis der am 23. April 1991 durchgeführten Grundeinlöseverhandlung, einer Fremdgrundinanspruchnahme zu Kosten von S 1.650.626,13 (samt Bewuchsentschädigung) nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA III vom 5. 11. 1992 zugestimmt. Zum genannten Zweck werden als 1. Teilbetrag -

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Meine Damen und Herren, wir machen dann eine Rauchpause. Ich bitte, sich etwas zu gedulden!

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- Mittel im Ausmaß von
S 1.053.000,--

(einemilliondreiundfünfzigtausend) bei der VA-Stelle 5/6120/002780.4 in Form einer Kreditüberschreitung freigegeben. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.
Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldungen, wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen, Gegenstimmen keine.

Danke, der nächste Punkt.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 16) Bau 6 - 4840/83
Detailprojektierung Regenrückhaltebecken Sammelkanal F III zw. Ennser- und Steinerstraße und Überarbeitung HS F III und Kanalisation Weinzierl; 2. Ausbaustufe (Löwengutsiedlung);

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 9. November 1992 wird die Detailprojektierung für das Regenrückhaltebecken Sammelkanal F III zwischen Ennser- und Steinerstraße und die Überarbeitung HS F III und Kanalisation Weinzierl, 2. Ausbaustufe, an das Zivilingenieurbüro Dipl.-Ing. Spirk, Steyr/Salzburg, zu Kosten von S 816.139,30 exkl. MWSt. vergeben. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 150.000,--
(einhundertfünfzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/8110/050410.8
sowie weitere Mittel im Ausmaß von
S 100.000,--
(einhunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/8110/050560.0
freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu das Wort? Keiner,
wer enthält sich der Stimme, Gegen-
stimme? Somit ist die einstimmige
Annahme festgestellt.

Zehn Minuten Pause, ich unterbreche die
Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. PFEIL
VERLÄSST DIE SITZUNG.

PAUSE VON 17.15 BIS 17.30 UHR

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich übergebe den Vorsitz wieder an
Herrn Bürgermeister Leithenmayr.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir nehmen
unsere Sitzung wieder auf. Nächster
Berichterstatter ist Herr Kollege Stadtrat
Tatzreiter, ich erteile ihm das Wort.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen
und Herren des Gemeinderates! Es geht
um die Instandsetzungsarbeiten eines
sehr großen Projektes in der Sierninger
Straße 115, das auch noch dem Denk-
malschutz unterstellt ist, und daher gibt

es einen umfangreichen Aufwand, der
ein Gesamt-Erfordernis von
4.480.000,-- Schilling ausmacht, und ich
darf auf das weitere verzichten. Ich bitte
um Ihr Einverständnis und möchte nur
mehr den Antrag selbst stellen.

17) GHJ 2 - 754/92

Sierninger Straße 115 -

Instandsetzungsarbeiten;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA
VI vom 12. 10. 1992 werden im
Zusammenhang mit der Durchführung
von Instandsetzungsarbeiten am
gemeindeeigenen Objekt Sierninger
Straße 115 nachfolgende Aufträge
vergeben.

(Es geht hier um die Bestbieterpreise
bzw. um die nachverhandelten Preise
und es geht in der Reihenfolge um:)

1. Elektroinstallationsarbeiten

Fa. Berger, Steyr S 442.691,02 o. M.

2. Bautischlerarbeiten

Fa. Weidinger, Steyr S 895.248,86 o.M.

3. Gerüstungsarbeiten

Fa. Wittner, Steyr S 79.600,50 o. M.

4. Dachdeckerarbeiten

Fa. Wittner, Steyr S 565.426,34 o. M.

5. Spenglerarbeiten

Fa. Wittner, Steyr S 185.372,36 o. M.

6. Baumeisterarbeiten

Fa. Kaun, St. Florian.

S 1.154.646,39 o.M.

7. Trockenlegungsarbeiten

Fa. Mibag, Sierning S 437.436,33 o. M.

8. Malerarbeiten

Fa. Suppanschitz, Steyr

S 188.888,10 o. M.

9. Sanitärinstallationsarbeiten

Fa. Wiesmayr, Haag S 48.162,50 o. M.

10. Restaurierungsarbeiten
Fa. Thallermayr, Grieskirchen
S 195.000,-- o. M.

11. Fliesenlegerarbeiten
Fa. Oberlininger, Steyr
S 35.000,-- o. M.

12. Gemeinschaftsantennenanlage
Fa. Li-West, Linz S 26.450,-- o. M.

Gesamterfordernis
S 4.253.922,40 o. M

Zum genannten Zweck werden für die Realisierung der ersten Bauetappe Mittel im Ausmaß von

S 2.838.000,--

(zweimillionenachthundert-
achtunddreißigtausend)

bei der VA-Stelle 5/8460/010000.5 freigegeben. Die Freigabe der Restmittel bleibt einer gesonderten Beschlußfassung im Rechnungsjahr 1993 vorbehalten. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diese Antragstellung. Wer wünscht das Wort dazu? Keine Wortmeldung, dann kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer für diese Instandsetzungsarbeiten eintritt zum genannten Preis und für die Vergabe, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe, Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um die Übernahme des Grundstückes 1704/8 in der KG Steyr in das öffentliche Gut. Auf Wunsch der Anrainer bzw. Besitzer Familie Rudolf Ecker, Steyr, Steinerstraße 2 c, die im August im vergangenen Jahr mit der Bitte herangetreten ist, dieses Grundstück in das öffentliche Gut zu übernehmen, und es lautet der Antrag:

18) Bau 3 - 4911/91

Übernahme des Grundstückes
1704/8, KG Steyr, in das
öffentliche Gut;

Der Gemeinderat wolle beschließen: Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Magistratsdirektion, Rechtsreferat, wird der Übernahme des Grundstückes 1704/8, KG Steyr, in das öffentliche Gut als Ortschaftsweg, entsprechend dem Teilungsplan Dipl.-Ing. Oswald Daxinger vom 17. 7. 1992, GZ 1628-A/92, zugestimmt. Bitte um auch diesen Beschluß.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Auch nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Ich sehe das nicht, daher ist der Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es für die Freiwillige Feuerwehr des Löschzuges III in der Steiner Straße um die erste

Bauetappe des Feuerwehrhauses, das ja neu errichtet wird. Wir haben einen Grundsatzbeschluss gefasst, bzw. sind jetzt die zwei Beschlüsse mit den zwei doch wesentlichen Summen zu beschließen. Erstens die Dachdecker- und Spenglerarbeiten und zweitens die Elektroinstallationsarbeiten, und es geht hier wieder um die Bestbieterpreise, vor allem bei den Dachdecker- und Spenglerarbeiten der Fa. Faatz und Langthaler mit einem Betrag von S 234.893,23 und den Elektroinstallationsarbeiten der Fa. Berger von S 527.950,63, also ein Insgesamt-Erfordernis von S 762.843,86, und der Antrag lautet:

- 19) Bau 5 - 2224/90
FFW Steyr, Steiner Straße,
Löschzug III - Vergabe der
Arbeiten und Mittelfreigabe;

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 5. 11. 1992 wird im Zusammenhang mit dem Abschluß der 1. Bauetappe des Feuerwehrhauses der FFW Steyr, Steiner Straße, Löschzug III, nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Dachdecker- und Spenglerarbeiten
Arbeitsgemeinschaft Fa. Faatz und
Langthaler, Steyr, netto S 234.893,23
 2. Elektroinstallationsarbeiten
Fa. Berger, Steyr, netto S 527.950,63
- Gesamterfordernis netto S 762.843,86.
Die Mittelfreigabe bleibt einer gesonderten Beschlußfassung durch das nach dem Statut für die Stadt Steyr hierfür zuständige Organ vorbehalten.
Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, Gegenprobe, Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke dem Kollegen Tatzreiter. Letzter Berichterstatter ist Herr Stadtrat Dkfm. Mag. Helmut Zagler.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren, Antrag Nummer 20 - Bedarfszuweisungsmittel für den OÖ Landestierschutzverein, Zweigstelle Steyr; Weiterleitung. Ich darf zur Beschlußfassung den Antrag stellen, daß der Gemeinderat aufgrund des Amtsberichtes der MA II die Weiterleitung der vom Land OÖ gewährten Bedarfszuweisung von S 200.000,-- an das Tierheim Steyr, OÖ Landestierschutzverein, Zweigstelle Steyr, zu leisten beabsichtigt. Ich bitte, mir die Vorlesung des Amtsantrages zu ersparen.

- 20) Ha - 3312/92
Bedarfszuweisungsmittel für den
OÖ Landestierschutzverein,
Zweigstelle Steyr; Weiterleitung;

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 23. Oktober 1992 wird der Weiterleitung der vom Land Oberösterreich gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von S 200.000,-- an den OÖ Landestierschutzverein,

Zweigstelle Steyr, zur Instandsetzung des alten Tierheimes und Anschaffung eines Dienstautos zugestimmt. Zu diesem Zweck wird bei VASSt. 1/5810/777000.6 für das Rechnungsjahr 1992 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von

S 200.000,--

(zweihunderttausend)

genehmigt. Vielleicht noch eine Aufklärung, wenn keine Wortmeldung gewünscht wird. Warum ist das bei mir, in meinen Akten, und nicht beim Tierschutzreferenten Dr. Leopold Pfeil? Es handelt sich immer darum, wenn also Bedarfszuweisungsmittel an die Gemeinde kommen, daß das vom Finanzreferenten vorgetragen wird und zur Weitergabe freigegeben werden soll. Bitte um Diskussion und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für die Erläuterung. Wird das Wort gewünscht? Ich sehe das nicht. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Ist auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Beim nächsten Punkt handelt es sich darum, daß eine Novelle zur Gemeindegetränkeabgabenverordnung notwendig wird, und zwar nicht aus Versäumnissen oder Fehlern, die hier bei uns liegen, sondern dadurch, daß auf Bundesebene hier andere Regelungen getroffen werden und wir diese dann über das Land bis zur Gemeinde nachvollziehen. Zwei Regelungen sind davon betroffen.

Die für die Weinbauern geltende, steuer-schonende Maßnahme, nämlich Ab-Hof-Verkauf auch so zu verstehen, daß bei Abgabestellen außerhalb des Weinbaubetriebes oder bei Zustellung in Fahrzeugen des Weinbaubetriebes eine Getränkesteuerfreiheit besteht. Die soll nun fallen. Das heißt, was man nicht selbst beim Weinbauern abholt, wird der Getränkesteuer unterworfen. Und zweitens soll eine Befreiung dazukommen. Sie alle sind schon mit Reiseautobussen unterwegs gewesen, wo der Fahrer einen kleinen Kühlschrank mit Verkauf innehat. Hier ist also die Befreiung von der Getränkesteuer vorgesehen. Ich bitte, diesen Änderungen die Zustimmung zu erteilen und ersuche höflich, eine Diskussion und die Abstimmung durchführen zu lassen.

21) Gem III - 3121/88

Novellierung der Gemeinde-Getränkeabgabenverordnung
der Stadt Steyr vom 3.7.1992;

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes des Stadtsteueramtes vom 20. Oktober 1992 wird die in der Anlage beigeschlossene Novelle der Gemeinde-Getränkeabgabenverordnung der Stadt Steyr genehmigt. Die Verordnungsnovelle tritt mit dem Tag der Kundmachung in Kraft. Die Kundmachung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir dazu das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Kein Einwand, keine Stimm-

enthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

22) Ha - 4300/91

Nachtragsvoranschlag 1992

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 17. Dezember 1991, Ha - 4300/91, womit der Voranschlag 1992 genehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1992 wie folgt abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt

a) die Gesamteinnahmen von S 816.613.000,-- auf S 970.418.000,--, die Gesamtausgaben von S 816.613.000,-- auf S 970.418.000,--, somit ausgeglichen S 0,--;

b) die Reineinnahmen von S 760.648.000,-- auf S 914.453.000,--, die Reinausgaben von S 760.648.000,-- auf S 914.453.000,--, somit ausgeglichen S 0,--;

2. Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von S 178.249.000,-- auf S 244.416.000,--, die Gesamtausgaben von S 178.249.000,-- auf S 244.416.000,--, somit ausgeglichen S 0,--.

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 17. Dezember 1991, betreffend den Voranschlag für das Jahr 1992, bleiben unverändert. (BEILAGE)

Bei meinem dritten Antrag wird sich die Aufmerksamkeit auch noch in Grenzen halten, nehme ich an, nachdem es hier um ein umfangreiches Zahlenwerk geht.

Es geht um den Nachtragsvoranschlag der Stadt Steyr für das laufende Budgetjahr. Und es zeigt einmal mehr, wie schwierig es ist, ein Budget zu erstellen, eine Vorschau zu machen, weil ja sehr viele Imponderabilien damit verbunden sind. Erstens ist es eine Frage der Prognose, Schärfe oder Unschärfe, ob man die richtigen Wirtschaftsdaten zur Budgeterstellung bereits einschätzen kann oder nicht. Wir haben uns, Gott sei Dank, auch für das Budget 1992 in die - möchte ich jetzt sagen - richtige Richtung geirrt. Wir haben nämlich das Wirtschaftswachstum und damit die Steuerertragsanteile niedriger angenommen, als sie tatsächlich eingetroffen sind. Ich höre einen Zwischenruf vom Gemeinderat Spöck, daß das wie jedes Jahr ist. Es ist nicht wie jedes Jahr. Wir haben auch schon andere gehabt. Aber wie meistens ist das der Fall und zeigt von der kaufmännischen Vorsicht auch meiner Vorgänger im Finanzreferat. Zweitens, daß von den Finanzplanern - da meine ich die Beamten aber auch den Finanzreferenten und klarerweise dann die Entscheidungsgremien - verschiedene Tatsachen nicht vorhersehbar sind. Beispielsweise: Wann kommt BMW Steyr in die Gewinnzone? Gott sei Dank ist das im Jahr 1991 geschehen und daher ein entsprechender Steuerfluß in der Gewerbesteuer auf uns zugekommen. Oder auch, wie wir, Gott sei Dank, den Zeitungen entnehmen, bei SNF, daß auch hier die Gewinnsituation eine - zumindest auch für uns als Gemeinde - erfreuliche ist. Schließlich, daß es von niemandem im vorhinein erkennbare Entwicklungschancen gibt. Eine dieser Chancen haben wir im

Vorjahr genutzt, nämlich die Repa-
Liegenschaft mit ihren Gebäuden
angekauft, um hier ein kommunales
Zentrum zu errichten. Oder, man weiß
nicht, ob es für ein Hallenbad einmal
einen Grundsatzbeschuß gibt, der
inzwischen Gott sei Dank getroffen
wurde und ob es dann Förderungs-
zusagen gibt und ähnliches. Solche
Dinge ändern also die ursprüngliche
Budgetierung. Und noch etwas wird
dadurch geändert, durch solche
Nachtragsvoranschläge oder dadurch,
daß der Zeitablauf weitergeht, eine
mittelfristige Finanzplanung. Von vielen
reklamiert, zu Recht, auch in der
Schublade schon vorhanden, und zwar in
der Schublade des Stadtsteueramtes
vorhanden. Wir werden aufgrund dieser
neuesten Zahlen ja eine dramatische
oder deutliche Umschichtung dort
wieder der bisher eingetragenen Beträge
vornehmen können und müssen und
werden im Frühjahr damit auch in die
Fraktionen gehen, um hier also den
nächsten 4-5-Jahresplan für die
auslaufende Periode auch in Form der
mittelfristigen Finanzplanung vorzu-
legen. Warum macht man das dann
trotzdem? Ja, die Sache ist, um eben
einen Soll-Ist-Vergleich anstellen zu
können, damit man eine Abweichungs-
analyse macht und sich sozusagen
laufend selbst kontrolliert, ob man
Fehler in der Arbeit begeht oder ob hier
andere Gründe die Ursache sind. Im
einzelnen hat der ordentliche Haushalt
ein total anderes Bild bekommen, und
wer den Amtsbericht sieht, unter Punkt
1.1.1. ist der größte Brocken eben die
Gewerbsteuererhöhung von 65 Milli-
onen laut Voranschlag um 110 Mio. auf

175 Millionen. Wie gesagt, etwa 100
Millionen davon stammen aus der BMW
Gewinnsituation. Der nächst größere
Brocken sind die Abgabenertragsanteile,
die um 32,4 Mio. oder 12,5 %
zugenommen haben. Die Wertpapier-
zinsen, die nicht fälschlicherweise oder
aufgrund der Verrechnungsvorschriften
hier im ordentlichen Haushalt zu buchen
sind, sondern weil wir es noch nicht
geschafft haben - ich hoffe, daß wir das
am 17. Dezember dann auch möglichst
einstimmig über die Bühne bringen -
diese Sparkassengelder in einen Fonds
auszugliedern. Dann würde also der
Zinszufluß richtigerweise dorthin gehen.
Das ist für uns sozusagen ein
Zwischenposten. Und Sie sehen, wenn
Sie diesen Amtsbericht anschauen,
Punkt für Punkt nach Größe gestaffelt,
wo hier Mehreinnahmen im ordentlichen
Haushalt erwirtschaftet wurden. Es gibt
auch Mindereinnahmen, auch das hat
bestimmte Ursachen. Unter anderem
haben die Strafgerichte jene Ursache, daß
uns die Polizei nach wie vor nicht nur
jenen Anteil an Strafeinnahmen gibt, der
uns eigentlich zustehen würde, sondern
es wird der Bundesstraßenanteil an den
Bund abgeführt, obwohl die Stadt Steyr
die Straßenerhaltung als Pflicht auferlegt
bekommt. Der Dr. Alphasamer ist seit
zwei Jahren dabei, hier Rechtsüber-
legungen anzustellen, um hier doch eine
andere, für uns, für die Gemeinde
günstige Lösung zu bekommen.
Schließlich beginnt es bei den
Mehrausgaben bei dem Reinhalte-
verbandbeitrag, der um über acht
Millionen über dem Voranschlag liegt.
Das zeigt also von der aktiven Kanal-
baupolitik, die hier betrieben wird, und

geht wieder schrittweise zurück bis in den Einmillionen-Schilling-Bereich, und dann kommt der große Knall von 93,9 Mio. Rücklagenzuführung. Im Prinzip eine buchhalterische Größe, das heißt, die Differenz zwischen den Mehreinnahmen und Mehrausgaben, die dann wieder im außerordentlichen Haushalt weitergeführt werden. Schließlich zum außerordentlichen Haushalt. Auch hier zeigen die Mehrausgaben ein deutliches Bild unserer ungeplanten, aber trotzdem wichtigen und wesentlichen Vorhaben. Der Hauptbrocken ist der Ankauf der Reparaturwerkstätte mit 37,8 Mio. Schilling. Also inklusive jener Zahlung, die für jenes Grundstück zu leisten ist, wo wir die den Taborbewohnern versprochene Verbindungsstraße zwischen Ennser Straße und Resthofstraße bauen wollen und auch werden. Schließlich der Zuschuß Motorenwerk, aufgrund schlechter Situationen vergangener Jahre, wo damals noch Finanzreferent Wippesberger an BMW die Bitte herangetragen hat, solche Förderungszahlungen aufzuschieben, haben wir also heuer Verhandlungen gepflogen und sind übereingekommen, daß hier ein etwas schnelleres Auszahlen dieser Förderungsmittel erfolgen soll, vor allem und hoffentlich auch im Hinblick auf einen weiteren Modernisierungsschub und Investitionsschub bei BMW im Werk Steyr, wo also dann wieder später Förderungsmittel fließen sollen. Wir tun uns auch leichter, heuer mehr zu zahlen, weil ja bekannterweise auch gerade aus dem Titel heuer ein enormer Steuerzufluß gekommen ist. Bei zwei Positionen ist noch eine kleine Auf-

klärung für Sie - wenn Sie mitlesen - hierzu erforderlich. Bei der Behindertenhilfe, Grundstückankauf, geht es darum, daß man diese dritte Zeile bei den Mehrausgaben mit der ersten Zeile bei den Minderausgaben in Relation setzen muß, das heißt, eine Umbuchung. Es ist ein Mehraufwand von 1,3 Millionen Schilling, der hier zu Buche schlägt. Und ähnlich verhält es sich mit der Position Kindergarten Fabriksinsel plus Förderung Kindergarten St. Michael im Steyrdorf-Bereich, am Wieserfeldplatz also, was auch in der zweiten Zeile dann bei den Minderausgaben sozusagen die Gegenposition darstellt. Im Großen und Ganzen könnte man natürlich jetzt sagen, schlampig gewesen, Herr Finanzreferent, weil eben so hohe Differenzen da sind. Ich glaube aber, aufgrund der Erläuterungen und Erklärungen werden Sie mir zustimmen, daß man das alles nicht vorhersehen konnte, und daher bitte ich also, auch diesem Werk die Zustimmung zu geben. Vielleicht ein Satz noch Richtung FPÖ, nachdem die FPÖ-Fraktion ja im Stadtsenat hier keine Zustimmung erteilt hat mit der Begründung, sie habe auch dem seinerzeitigen Budget nicht zugestimmt. Es ist die Begründung halt ein bißchen leichtfertig oder leichtgenommen, wenn ich sage, ich habe dem grundsätzlichen Werk des Budgets nicht zugestimmt, und weil ich dort nicht zugestimmt habe, brauche ich da auch nicht zuzustimmen. Eigentlich müßten der Ehrlichkeit, Offenheit halber alle jene Positionen, die da drinnen sind, von der FPÖ herausgenommen werden und gesagt werden, aha, da haben wir ja eigentlich eine Zustimmung nach der

anderen gemacht, wir könnten also auch diesem Werk die Zustimmung erteilen. Wenn Sie es nicht können, kann ich, wie gesagt, auch nichts machen. Ich würde aber trotzdem alle einladen und bitten, hier eine zustimmende Erklärung abzugeben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich habe vorhin den Vorsitz übernommen und zu Wort gemeldet hat sich der Gemeinderat Spöck und Herr Dr. Tilman Schwager. Wer noch? Ja, bitte, aber, Herr Doktor, bitte zuerst der Herr Gemeinderat Spöck.

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ja, ich habe mich auch mit dem Rechenwerk ausführlich befaßt. In Anbetracht der fortgerückten Zeit will ich hier das Zahlenspiel nicht wiederholen. Der Kollege Zagler hat das ja schon ausführlich gemacht. Ich glaube, bei diesen Zahlen, die wir vom Kollegen Zagler gehört haben, ist sicherlich auch nicht fehl am Platze, bei einer ungewissen Einnahmendynamik Ausgabensteigerungen zu vermeiden. Der Kanalbau, der Straßenbau werden wie in der Vergangenheit weiterhin, glaube ich, fortgesetzt werden müssen. Wenn wir uns den Voranschlag 1993 zur Hand nehmen, finden wir für die Abwasserbeseitigung allein rund 30 Millionen Schilling. Wir werden auch, glaube ich, weiterhin sicherlich nicht umhin können, den größten Brocken der Stadt weiterhin bedienen zu müssen,

nämlich die Personalkosten. Die Reineinnahmen der Stadt ins Verhältnis gesetzt zu den Personalkosten ergeben diesmal eine Schnittlinie von 33 %. Das heißt, brutto, inkl. Ausgleichsfonds und Pensionen, beträgt der Personalaufwand runde 357 Millionen Schilling, beim Nachtragsvoranschlag 1991 waren es 326 Mio. Schilling. Das ist mir schon klar, wenn ich den Dienstpostenplan 1993 zur Hand nehme, wo die Personalvermehrungen 1992 aufscheinen, die berechtigten Personalvermehrungen. Wenn ich hier denke und ein paar Zahlen anführen darf: das Zentralaltersheim mit plus neun, in der Küche plus drei, die Citybusfahrer plus 6 oder die Kindergärten plus drei, wenn ich die wichtigsten Positionen hier nennen darf. Das ergibt insgesamt plus 30,5 minus 5,5. Wir haben hier eine Vermehrung von 25 Bediensteten. Mir ist schon klar, daß es dadurch zu Mehrkosten gekommen ist, aber der Anteil der Personalkosten am Gesamtbudget ist eben erschreckend hoch, und wir werden alles daransetzen müssen, ohne Qualitätsverlust für den Bürger durch Zusammenlegungen, durch Privatisierungen und durch Durchforstungen Kosten hier zu senken. Auch der Sozialbereich, der heute schon angesprochen worden ist vom Herrn Bürgermeister, wird uns gerade in den nächsten Jahren sehr beschäftigen müssen, wenn ich an die Investitionen in den nächsten drei Jahren von über 60 Millionen Schilling denke. Erfreulich natürlich zu hören die Förderungszusagen, die erreicht worden sind mit den 20 % bzw. den Investitionsdarlehen mit 10 Millionen Schilling auf 10 Jahren, die vorläufigen

Forderungen, die mit Landesrat Klausberger abgeschlossen - bzw. richtigerweise müßte man sagen besprochen - worden sind. Ganz kurz möchte ich noch beim Kapitel Altstadt-revitalisierung nochmals seitens der ÖVP Gemeinderatsfraktion hinweisen, daß doch endlich auch den Mietern von GWG-Wohnungen die Möglichkeiten geschaffen werden soll, die Wohnung in das Eigentum zu erwerben. Hier würde zusätzliches Kapital zur Verfügung stehen für Neuwohnungen, aber auch für die Sanierung von Althausbestand. Und abschließend sei noch gesagt, der Schuldenstand - darauf möchte ich hinweisen - unserer Stadt hat eine Steigerung gebracht. Im Vergleich zum Rechnungsabschluß 1991 von 541 auf 550 Millionen Schilling und eine Neuverschuldung von 52 Millionen Schilling, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 14.100,- S entspricht. Mittelfristiges Finanzierungskonzept ist angesprochen worden schon vom Kollegen Zagler. Ist auch von uns immer gefordert worden in der Vergangenheit. Heuer wurden ja erstmalig Informationen gesammelt seitens der MA II. Es ist ein Werk erstellt worden, das nächstes Jahr, also 1993, dann hoffentlich kommen wird, ein aussagekräftiges, mittelfristiges Finanzierungskonzept, das dem Gemeinderat vorgelegt wird. Mit dem Dank an den Rechnungsdirektor, Mag. Lemmerer und sein Team, gebe ich namens der ÖVP Gemeinderatsfraktion die Zustimmung zum Nachtragsvoranschlag.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals, ich übernehme den Vorsitz. Nächster Redner ist Kollege Stadtrat Eichhübl, bitte sehr.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich möchte im großen und ganzen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister, nur das wiederholen, was ich bereits im Stadtsenat im Zusammenhang des vorliegenden Nachtragsvoranschlages für 1992 zum Ausdruck gebracht habe. Ohne jetzt auf das Zahlenwerk näher einzugehen, ist doch sehr deutlich erkennbar, daß dieser Nachtragsvoranschlag 1992 von sehr eindrucksvollen Ausweitungen - wenn man diesen Nachtragsvoranschlag mit dem Budget vergleicht - geprägt ist. Geht es doch zum einen bei den Einnahmen im ordentlichen Haushalt darum, daß diese um 153,8 Millionen Schilling angehoben wurden und ebenso die Ausgaben. Und weiters geht es auch beim außerordentlichen Haushalt darum, daß diese Erhöhung 66.167.000,- S ausmacht. Nun, was bedeutet das für mich? Das bedeutet, daß ich zum einen positiven wenn auch nicht vorhersehbaren Budgetentwicklungen selbstverständlich auch positiv gegenüberstehe, das bedeutet aber weiters, daß in diesem Nachtragsvoranschlag viele Positionen oder einige Positionen -

um das konkret zu sagen - drinnen sind, die die Freiheitliche Fraktion abgelehnt hat. Um auf das zu sprechen zu kommen, was soeben vor mir Kollege Zagler zum Ausdruck gebracht hat. Ich darf auch in Erinnerung rufen, nachdem der Kollege Spöck dieses Thema angeschnitten hat, daß selbstverständlich auch wir nach wie vor das Thema Mietkauf in den Vordergrund gestellt haben und das auch in unsere schriftlichen Forderungen an den Finanzreferenten herangetragen haben. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, da es nicht möglich ist, über einzelne Positionen auch tatsächlich einzeln abzustimmen, kann ich diesem Gesamtnachtragsvoranschlag die Zustimmung nicht geben aus den angeführten Gründen und werde mich daher der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, nächster zum Wort Gemeldete ist Herr Dr. Schwager, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin in der glücklichen Lage, hier als jemand auftreten zu dürfen, der keinem Fraktionszwang unterliegt. Es geht hier in dieser Frage Nachtragsbudget die Auffassung quer durch unsere Reihen, wenn ich so sagen darf, was aber sicherlich nicht militant, sondern in aller Sachlichkeit ausgetragen wird. Man kann den Standpunkt, wie ihn Stadtrat und Freund Eichhübl vertreten hat,

natürlich auch vertreten. Ich bin anderer Auffassung und werde daher, um es vorwegzunehmen, dem Nachtragsvoranschlag meine Zustimmung geben. Ein Budget ist schon eine Glaubenssache. Wenn man vorher ein Budget beschließt, da kann man sagen, ich hab den und den sachlichen Grund, dagegen zu sein. Beim Nachtragshaushalt schaut es dann ein bißchen anders aus. Erstens einmal, wie du, Herr Stadtrat, richtig gesagt hast, haben wir viele Entscheidungen mitgetragen, und das war eigentlich das Hauptargument, warum ich mich auch dazu entschlossen habe, dem Nachtragsvoranschlag zuzustimmen. Wir haben viele mitgetragen, wir haben viele abgelehnt, das ist schon richtig. Aber bitte, die sind mehrheitlich beschlossen, was sollen wir denn machen? Sollen wir sie jetzt sozusagen im Regen stehen lassen und warten, daß der Rechnungsabschluß nicht stimmt? Ich halte es doch für die fairere Lösung, daß man hier die budgetäre Vorausschau den gegebenen Tatsachen anpaßt und eben einen Nachtragsvoranschlag unterbreitet, der ja der Budgetwahrheit näher kommt als es der ursprüngliche war. Irren ist menschlich, das ist ganz klar. Und du, Herr Stadtrat, hast das auch vollkommen sachlich richtig erklärt, wie sowas passieren kann. Da habe ich jedes Verständnis, und ich glaube nicht, daß man hier jetzt aus meiner Sicht dagegen sein kann, sondern ich halte das Werk kameralistisch für richtig, und daher bekommt es meine Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau Kollegin Scheucher.

GEMEINDERÄTIN

EVA SCHEUCHER:

Ja, es war durch die unerwartet hohen zusätzlichen Einnahmen, oder vielleicht nicht ganz so ganz unerwartet, aber eben nicht sicher zu budgetierenden Einnahmensteigerungen auch sehr viel Geld da, um es zusätzlich zu verwenden. Und eine Frage, die ich gehabt hätte, haben Sie, Herr Stadtrat, schon beantwortet. Das waren für mich diese Minder-einnahmen bei den StVO-Geldern. Ich habe mich nämlich schon gefragt, ob die Steyrer Autofahrer plötzlich so diszipliniert geworden sind, oder ob wir nur mehr die Rotlichtkameras zahlen dürfen, aber das Geld an den Bund geht. Und ich habe mit Befriedigung gehört, daß da schon irgendwas in die Wege geleitet wird. Aber ansonsten wurden die Mehrausgaben, für uns ersichtlich, hauptsächlich im Sozialbereich - ich denke an das ZAH, Behindertenhilfe u. ä. - getätigt, im Bereich der Gewerbe-förderung, Wirtschaftsförderung oder auch für den Ankauf der Haupt-Repa. Und ich sehe daher seitens der GAL Fraktion überhaupt keinen Grund, dieses Nachtragsbudget abzulehnen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall, Schlußwort des Herrn Referenten.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich möchte ein relativ kurzes Schlußwort halten, nachdem so eine überwältigende Zustimmung hier - unter Anführungszeichen - droht. Der Kollege Spöck hat den Personalkostenanteil hervorgehoben. Wenn man das dickere Werk hier anschaut, auf Seite 52a hat man einen Nachweis über die Personalkosten. Da kann man also sehen, daß wir gegenüber dem Voranschlag von 300.709.000,- Schilling im Nachtrag - und das sind jetzt schon sehr aktualisierte Zahlen, obwohl es immer noch nicht die endgültigsten sind - auf 304.019.000,- kommen, das heißt also eine Steigerung von etwa 1 %, obwohl, du hast es aufgezählt, allein diese rund 25 Personen Personalaufstockung ja 2 1/2 % Personalaufstockung darlegen. Natürlich kommen - ich tu es schon relativieren - diese Zusätze an Personal nicht alle am ersten Jänner, sondern irgendwo im Lauf des Jahres. Also, ich will damit ja nur den Beweis antreten, daß die Schätzung im Personalbereich eine sehr ehrliche und also von der Abweichung her auch eine zu erdulde und zu ertragende ist. Du hast auch den Schuldenstand angesprochen. Ja, klarerweise ist Schuldenhaben eine unangenehme Situation. Wir hatten im Budget ja fast 600 Mio. Schilling, wenn ihr euch erinnern könnt, drinnen. Knapp drunter, ich weiß es jetzt nicht mehr auswendig, ich habe den Voranschlag 1992 jetzt nicht bei mir, aber wir haben etwa mit einem Schuldenstand von 598 Mio. gerechnet. Nach dieser Rechnung und Aufstellung, die den Schuldenstand

betrifft und die auch im Kurzbericht, im Amtsbericht, drinnen ist, würde es bedeuten, daß wir also auf einen Darlehensstand von 550 Millionen, wie du gesagt hast, kommen. Dabei ist aber auch zu sagen, daß wir das jetzt erst sozusagen im Beschluß haben, aber diese Schulden effektiv ja noch gar nicht aufgenommen sind. Ich wäre natürlich jetzt auch wieder ein "verkehrter Michel", wenn ich sage, ja, das stimmt schon, sondern wir werden natürlich versuchen, möglichst wenig von den budgetierten und damit genehmigten Darlehen tatsächlich in Anspruch zu nehmen. Und wer dieses Werk aufmerksam liest, wird auch sehen, daß wir für 1993 über rund 80 Millionen Schilling an Rücklagenzuführung weitergeben können aufgrund dieses Nachtragsvoranschlags. Wir haben im Budget für 1993, im vorläufigen Budgetvorschlag, rund 90 Mio. dabei drinnen, und wir glauben auch, weil eben etliche budgetierte Posten dann letztendlich nicht ausgeschöpft werden, daß wir mit diesen 90 Mio. Schilling auch tatsächlich rechnen werden können. Das heißt also, aufbauend schon auf die Zukunft kann man sagen, es ist dieses Werk dort eingearbeitet. Ich bin froh auch, daß wir in Richtung Weitergabe von Rücklagenbeständen sehr günstig liegen. Günstiger als unsere reichen Verwandten, beispielsweise als die Linzer. Die Schulden sind ein eigenes Kapitel gewesen, ich habe es gesagt, Rücklagenzuweisung in hohem Ausmaß. Der Dr. Schwager spricht mir, zwar nicht so elegant formuliert, hier aus der Seele. Es geht wirklich darum, daß ja hier keine versteckten Wünsche oder

heimlichen Wünsche drinnen sind in dem Nachtragsvoranschlag, sondern all das ja in irgendeiner Form bereits den Gemeinderat passiert hat - ich denke eben an den Repa-Ankauf und andere Dinge -, das heißt, mit Mehrheit hier in diesem Haus beschlossen worden ist. Und es ist eben eine Sache der Demokratie, obwohl es einem nicht immer paßt, wenn man es sich aussuchen könnte, daß halt noch die Mehrheit einen Beschluß faßt und der Demokrat auch diese Beschlüsse anerkennen sollte. Und deswegen noch einmal meine Bitte, vielleicht gibt es hier doch die Möglichkeit einer gemeinsamen Beschlußfassung. Liebe Frau Gemeinderat Scheucher, von Ihnen ist das Reizwort für mich gekommen - die Rotlichtkameras. Ich bin also gerne bereit, zwei Mandatare allein könnten es schon schaffen, einen Antrag zu stellen, daß wir diese Rotlichtkameras an irgendeinen verkaufen, der vielleicht nicht so clever ist, zu erkennen, daß das ein Mist ist. Es bringt nämlich wenig Geld, es verlangsamt den Verkehr, es demütigt unsere Staatsbürger oder Stadtbürger. Also ich bin wirklich der erste auf diesem Wege, das zu tun. Es ist sowohl eine verkehrspolitische Leistung als auch eine finanzpolitische, was uns auch die Möglichkeit gibt, weil ja dabei Einnahmen zu erwarten sind, vielleicht den einen oder anderen Budgetwunscher Fraktion leichter erfüllen zu können. Danke schön, ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für dieses fulminante Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Beschlußfassung über den vorliegenden Nachtragsvoranschlag 92 ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Wer ist gegen diesen Nachtragsvoranschlag? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 2 Stimmenthaltungen (Gemeinderat Roman Eichhübl, Gemeinderat Günther Fürweger) werden registriert. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen, ich danke vielmals. Nummer 23.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

So, jetzt geht es los. Ein delikater Antrag, den ich stellen muß. Wobei es ja Delikatessen gibt, die man in manchen Ländern, auch bei uns, sehr geteilt zu sich nimmt. Ich denke da an gebratene Ameisen, an gekochte Schlangen und ähnliches. Ich habe hier als zuständiger Referent einen Antrag vorzutragen, der nicht von mir stammt, sondern der von Dr. Pfeil unterschrieben ist als Zustellungsbevollmächtigter für die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion, obwohl der Antrag schon vom 22. 10. ist und da die Öffentlichkeit noch nichts davon wußte. Er ist halt leider auch nicht da, um hier seine Aufklärung geben zu können, aber ich bin sicher, daß sich dafür andere hier noch finden werden. Ich möchte kein Kommentar jetzt abgeben, der Antrag stammt nicht von mir. Ich bitte, diskutieren bzw. abstimmen zu lassen.

MAGISTRATSDIREKTOR

DR. KURT SCHMIDL:

Der Antrag muß verlesen werden.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich danke dem rechtskundigen Magistratsdirektor Dr. Schmidl, ich darf, muß also den Antrag verlesen.

23) Antrag zur Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 29. 10. 1992.

Gemäß § 6 der Geschäftsordnung der Stadt Steyr stellt die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion folgenden Antrag zur sofortigen Behandlung:

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Das Gehalt des Bürgermeisters der Stadt Steyr wird von dzt. 80 % des LH-Bezuges auf 60 % des LH Bezuges mit sofortiger Wirkung herabgesetzt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag ist vorgetragen. Zur Begründung hat sich der Herr Kollege Stadtrat Eichhübl gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister. Mir ist zwar jetzt nicht ganz klar, warum der Antragsteller von Tieren gesprochen hat, wir haben nicht vor, einen Zoo in Steyr zu installieren, aber es geht aus dem Antrag ja sehr deutlich hervor, daß die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion den Antrag stellt, mit

sofortiger Wirkung den Bezug des Bürgermeisters von 80 % auf 60 % des Landeshauptmannbezuges herabzusetzen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf hier sehr deutlich zum Ausdruck bringen, daß wir selbstverständlich im Wissen darum, daß sich die Bezüge der Gemeindemandatare nach den Bezügen des Bürgermeisters orientieren und daher selbstverständlich auch eine Einschränkung erfahren, diesen Antrag stellen. Und dafür möchte ich nur einige Begründungen anführen, die eigentlich hier alle veranlassen könnten, die Zustimmung zu geben. Ich erinnere an den jetzt vorhin diskutierten Nachtragsvoranschlag, wo sehr deutlich die budgetäre Situation der Stadt Steyr dargestellt wurde. Ich darf aber auch an die wirtschaftliche Situation hier in Steyr erinnern. Und ich darf weiters die sich immer drastischer auswirkende Problematik im Bereiche der Betriebe, sprich der Arbeitsplätze, in den Vordergrund stellen. Und nachdem es ja auch eine Reihe von Arbeitnehmervertretern hier in diesem Gremium gibt, könnte ich mir vorstellen, daß auch diese diesem Antrag die Zustimmung geben. Ich danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, wer wünscht weiters das Wort zu diesem Antrag? Kollege Vizebürgermeister Sablik, Kollege Schloßgangl in Vorbereitung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich war ursprünglich

der Meinung, der Kollege Stadtrat Eichhübl geht heraus und sagt, er zieht diesen Antrag zurück. Aber da sieht man wieder, wie man sich irren kann im Leben. Und ich möchte da ein paar Bemerkungen anbringen, denn die FPÖ hat manchmal so vernünftige Ansätze. Sie stimmen Dingen zu, und dann machen sie wieder gänzlich unvernünftige Dinge. Da spielt natürlich die Bundespolitik der Haiderschen Partei mit hinein, die derzeit da in einem gewissen Volksbegehrentaumel sich befindet. Einerseits, die Privilegien müssen abgebaut werden, wo alles, was irgendwer hat, ein Privileg ist. Privilegien ist ganz was anderes, und dann gegen die Ausländer, das verkauft sich auch ganz gut, machen wir auch ein Volksbegehren, und ich weiß nicht, wann das dritte kommt. Unser statistisches Amt wird bald nur mehr für die FPÖ im Haus tätig sein, habe ich das Gefühl, in Vorbereitung dieser ganzen Abläufe.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Dann müssen wir ein paar Leute einstellen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ja, da müssen wir ein paar einstellen. Und diese 20 Millionen, die so ein Begehren kostet, das ist ein Klacks, das spielt überhaupt keine Rolle. Da spielt weder die arbeitsmarktpolitische Lage eine Rolle, noch spielt es eine Rolle, wie man dazu steht, ob das hinausgeschmissenes Geld ist oder nicht.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITNER:

Zur Sache.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Zur Sache, zur Sache. Die Bezügeverordnung möchte die blaue Riege geändert haben, und sie schießen sich natürlich ganz auf den Bürgermeister ein, obwohl sie wissen, daß die Bezügeverordnung immer als ganzes zu betrachten ist. Wobei der Bezug des Bürgermeisters ja nur einen Teil darstellt. Komischerweise fällt die FPÖ von einem Extrem in das andere. Vor Wochen, lieber Roman, haben wir noch verhandelt über eine berufliche Abgeltung für Stadtmandatare, also indirekt mehr Geld, während die blaue Riege jetzt indirekt zur allgemeinen Verminderung aufruft. Also, das geht so schnell wie das Wetter sich ändert. Wenn wir uns die Sache jetzt einmal kritisch betrachten, haben alle Bürgermeister seit 18 Jahren 80 % des Landeshauptmannbezuges und der Bürgermeister Leithenmayr hat diese Situation vorgefunden. Er hat, wie er sich als Bürgermeister beworben hat, nicht das gefordert, daß er 80 % kriegen soll, sondern für ihn war das genauso selbstverständlich wie im Bereich der Wirtschaft, wo jemand einen Posten, um den er sich bewirbt, mit einer gewissen Dotierung vorfindet. Müssen wir der Frage nachgehen, ob der Bürgermeister jetzt plötzlich weniger Wert ist als gestern, nachdem dieser Antrag heute gestellt wird. Oder hat der Bürgermeister schlecht gearbeitet? War er weniger fleißig? Da kann man nur sagen:

nein. Betrachten wir einmal sein Aufgabengebiet. Er steht einem Wirtschaftskörper mit ca. 1,5 Milliarden Umsatz vor. Er ist Leiter eines Betriebes mit fast 1100 Mitarbeitern, und er ist aufgrund seiner Kompetenz ein anerkannter Gesprächspartner bei Gewerbe, Industrie und Behörden. Allein die Sparkassenanteile verkaufte er, also verhandelte er um 30 Mio. Schilling teurer als ursprünglich schon abgeschlossen war. Die Haupt-Repa brachte er durch geschicktes und energisches Verhandeln um 80 Mio. Schilling billiger in den Besitz der Stadt, von 180 auf 100. Außerdem, für all diese Tätigkeiten bezieht er keine zusätzlichen Einkommen wie woanders, wo man aus Messe-, Gaswerk-, E-Werk- oder sonstigen Aufsichtsratsposten manchmal mehr Erlösen könnte als als Bürgermeister. Also es ist kein Grund, kein einziger Grund vorhanden, den Bürgermeister durch Verringerung seines Funktionsbezuges zu bestrafen. Es ist nur der politische Wille der FPÖ, aus einer Laune heraus den Bürgermeister zu disqualifizieren. Das ist der politische Wille, der neue politische Wille der Achatz-Führung in Linz, die mangels Betätigungsfeld jetzt sich auf den Bürgermeister und seinen Bezug stürzt. Zuerst haben sie den Steyrer Fuchs abgetötet durch ein demokratisches Verfahren in ihrer Partei, dann haben sie den Geschäftsführer von Steyr, Giefer, soweit gebracht, das Handtuch zu werfen, auch abgetötet. Dann haben sie den Stadtrat Eichhübl abgetötet.

Gelächter

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich erfreue mich aber bester Gesundheit.
Darf ich aufstehen?

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Politisch abgetötet. Mangels weiterer Personen, die sich hier anbieten, hat man jetzt ein anderes Betätigungsfeld gesucht und schlägt jetzt einmal vor, den Bürgermeister aufs Korn zu nehmen. Sie wissen ganz genau, daß sie dadurch die Mehrzahl der Gemeinderäte mittreffen.

Unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich habe gesagt, die Mehrzahl, ja. Unsere Fraktion lehnt daher diesen Antrag ab, denn der Bürgermeister ist in unserer Stadt einziger hauptamtlicher Mandatar. Sein hauptberuflicher Vizebürgermeister wurde ihm genommen, und es ist unbefriedigend gegenüber anderen Städten, die zwei bis drei hauptamtliche Vizebürgermeister und eine ganze Reihe von hauptamtlichen Stadträten zur Unterstützung des Bürgermeisters installiert haben. Durch das neue Statut und die neue politische Konstellation fallen zusätzlich erhöhte Integrationsaufgaben an. Unser Bürgermeister - er ist bis zur Selbstaufgabe fleißig. Ich muß ihn jetzt ein bißchen loben, ja. Ich muß ihn ein bißchen loben, denn man ist immer nur gewöhnt, daß man auf Politiker hinschaut. Er bringt mit anerkennenswertem Nachdruck die Stadtanliegen bei Bund, Land und Behörden vor, was zur Folge hat, daß

dadurch Vorhaben der Stadt mit erheblichen Landes- und Bundesgeldern gefördert werden. Durch hartnäckigste Interventionen des Bürgermeisters fließt so Geld nach Steyr, welches sich die Stadt in ihren Aufwendungen erspart. In einem Betrieb würde man sagen, eine gute, nein, eine ausgezeichnete Personalbeschreibung. Bei uns heißt es von seiten der Blauen, das ist er nicht. Wir sagen aber, er ist ein guter, ein ausgezeichneter Bürgermeister. Wer anderes kolportiert, soll es ihm in das Gesicht sagen. Ich fordere daher alle verantwortungsbewußten Gemeinderäte auf, gegen diesen Antrag zu stimmen.

Beifall

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, Nächster am Wort ist der Kollege Schloßgangl.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Vor eineinhalb Monaten haben wir einmal inoffiziell diskutiert über eine Bezügeangleichung, -regulierung. Und gerade ein Vertreter der Freiheitlichen Partei war es, der öffentlich erklärt hat, für einen Mehrverdienst als Mandatar einzutreten. Zwei Tage später haben sie das widerrufen und haben erklärt: "Aus, Schluß, Pause, wir wollen von dem ganzen nichts mehr wissen." Ausgangspunkt war, wie gesagt, die Diskussion über die Bezügeregelung, und zwar mit dem Hintergrund, die Bezüge der Mandatäre an die geänderten

Verhältnisse insofern anzupassen, als durch die Änderung des Stadtstatutes im Frühjahr dieses Jahres vor allem die Verantwortung für die Stadtsenatsmitglieder sowie die damit verbundene Intensivierung der Arbeitsanforderung eine entsprechende Mehrbelastung nach sich zog. Es kann daher nicht sein, daß eine Diskussion um die Erhöhung von Politikerbezügen, die eine sachliche Rechtfertigung gehabt hätte, nunmehr aus offensichtlich populistischer Argumentation zum Anlaß genommen wird, eine Kürzung der Funktionsbezüge zu bewirken. Wenn nämlich - und wie der Kollege Eichhübl ausgeführt hat, ist das auch der Fall, es kommt nur in dem Antrag nicht zur Wirkung und zum Ausdruck - die FPÖ in ihrem Antrag eine Kürzung des Bürgermeisterbezuges fordert, wäre damit gleichzeitig eine Kürzung aller Funktionsbezüge die Folge.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das ist aber bekannt.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ist bekannt, aber es steht nicht drinnen. Ihr habt nur den Antrag gestellt auf Kürzung, und alles andere habt ihr offen im Raum stengelassen. Ich verstehe die Kommunalpolitik an und für sich als Sachpolitik. Wir haben Verständnis in sachlichen Bereichen und sind auch bereit, dort gemeinsame Mehrheiten zu finden, wann immer sie gerechtfertigt sind. Ich glaube aber, wir sollten eine Abkehr von persönlichen Angriffen, von der Weckung von Neidkomplexen - und

das erzeugen wir mit diesem Antrag - treffen, denn Gemeindepolitik verlangt Zusammenarbeit aller politischen Kräfte. Gestern übte die Vollversammlung des Tourismusverbandes Kritik daran, daß Steyr immer als Krisenregion mit Industrieproblemen und politischen Skandalen in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Es wurde die Forderung nach einer positiven Imagekampagne laut, um Steyr als historische, mittelalterliche Kulturstadt international bekannt und beliebt zu machen. Wir wollen die Probleme der Vergangenheit nicht unter den Tisch kehren. Wir wollen, daß alle Versäumnisse und Unzukömmlichkeiten der Vergangenheit aufgearbeitet und bereinigt werden. Gemeinsam, rasch und endgültig, aber ohne sie jede Woche oder jeden Monat in den Medien zu skandalisieren. Denn damit dienen wir weder unserer Stadt noch unseren Bürgern. Da die Funktionsbezüge - jetzt komme ich wieder zurück - in Steyr im Vergleich mit den anderen Statutarstädten ohnedies verhältnismäßig niedrig sind, kommt für uns eine Kürzung der Bezüge nicht in Frage. Ich verweise nur darauf, wenn Sie die Bezüge um 20 % kürzen - und wir werden ja dann vielleicht noch einen Antrag hören, wo wir für eine gesetzliche Beitragspension eintreten - was immerhin dann auch 16 % an Eigenleistung bedeuten würde, würde das einer Kürzung zumindest der Stadtsenatsmitglieder um 36 % nachkommen, und das würde einen Bruttobetrag von 18.070,- Schilling betragen. Wenn Sie davon die Spenden, Parteiabgaben usw. abziehen, dann bleiben 15.000,- S brutto über. Wenn

Sie das noch versteuern, dann bleiben weit weniger als 10.000,-- Schilling. Ich glaube, um dieses Geld wird man in Zukunft keine verantwortungsvollen Leute für den Stadtsenat finden, vor allem keine Freiberufler oder keine selbständigen Unternehmer, die sich das leisten können und leisten wollen. Und nur ganz am Rande eine Anmerkung: Ich bin jetzt immerhin fast acht Jahre im Stadtsenat. Ich leiste mir dafür - oder muß mir dafür leisten - einen qualifizierten Techniker. Und wenn ich ihn rund durchschnittlich rechne mit 30.000,-- Schilling, dann kostet mich der im Jahr - gering gerechnet, ich rechne nur 50 % Lohnnebenkosten - rund 650.000,-- Schilling. Mein derzeitiges Stadtratssalär brutto beträgt 350.000,-- Schilling. Wenn Sie das versteuern und die Abgaben und die sonstigen Spenden wegrechnen, dann können Sie hochrechnen, daß das Defizit 300.000,-- Schilling und mehr pro Jahr beträgt. Ich habe diese Rechnung gerade in Anbetracht dieser ganzen Bezügediskussion einmal angestellt, und ich frage, wer sich von den Selbständigen oder Freiberuflern in Zukunft so etwas leisten können und leisten werden wird. Also, wir werden diesem Antrag die Zustimmung nicht erteilen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, weitere Wortmeldung Herr Dr. Tilman Schwager, dann Frau Kollegin Scheucher.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Ich muß einmal eines vorweg klarstellen. Der Antrag ist zwar nicht von mir, aber ich trete ihm trotzdem bei. Herr Vizebürgermeister Sablik, Sie verstehen uns vollkommen falsch, wenn Sie glauben, daß wir mit diesem Antrag den Herrn Bürgermeister persönlich treffen wollen. Das ist absolut nicht richtig

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Ich werde es schon noch sagen, warum. Es gibt über verschiedene Entscheidungen verschiedene Meinungen. Das ist einmal in der Natur der Demokratie gelegen. Aber der Antrag ist deswegen so formuliert, weil er eben auf die Gesamtbezüge seine Konsequenzen wirtschaftlicher Art hat. Ich halte fest, daß darin kein persönlicher Angriff gegen den Herrn Bürgermeister gemeint ist. Von einer Bestrafung, wie Sie, Herr Vizebürgermeister, gemeint haben, kann überhaupt keine Rede sein, und es ist auch nicht die geringste Art einer Wertung in diesem Antrag enthalten. Wir wissen, daß das Amt des Herrn Bürgermeisters als einzigen hauptamtlich Tätigen eine beachtliche Arbeitsleistung erfordert. Das wird von uns, die wir alle mit Arbeit naja, gesegnet sind, sagen wir einmal so, keiner bestreiten. Wir haben aber ein Wort, das Sie, Herr Vizebürgermeister, heute gesagt haben, sehr deutlich gehört. Sie sagten, daß die Sozialdemokratie für

die soziale Marktwirtschaft ist. Soziale Marktwirtschaft ist im Begriffe der Nationalökonomie - bitte, Nationalökonomie hat nichts mit Verbotsgesetz zu tun, nach Keynes und von Hayek - übrigens ein geborener Österreicher -

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Nein, da weiß ich etwas anderes. Nachdem er ein Wahlonkel von mir war, könnte ich dazu was sagen, aber bitte. Ich weiß, daß er emigriert ist, aber aus anderen Gründen. Wie gesagt, die Nationalökonomie, die in der Lehre von der sozialen Marktwirtschaft ihren Niederschlag findet, richtet sich eben auch nach der jeweiligen wirtschaftlichen Situation. Und es ist einmal die Situation unserer Gesamtwirtschaft, wie wir eben nach Vorliegen des ersten Budgetentwurfes gesehen haben, auch von unserer Stadt nicht die rosigste. Bitte, warum soll man denn nicht dann bei sich selbst zu sparen beginnen? Jetzt als Mandatar gesagt. Das ist natürlich etwas anderes bei einem Hauptberuflichen. Warum das so formuliert ist, habe ich bereits begründet. Ein Geschäft ist für einen Gemeinderat von unserer Fraktion die Politik sicher nicht. Und daher ist es eigentlich mehr oder weniger verzichtbar, ob ich jetzt, Hausnummer, 7.000,--, 8.000,-- oder 5.500,-- Schilling brutto beziehe. Es kann damit aber auch eines klar gesagt werden. Daß eben, mit Rücksicht darauf, daß es alle trifft, was zunächst einmal, wenn man die Formulierung allein liest, vielleicht noch

durchschlagen könnte, irgendwie, um eine Art österreichische National-eigenschaft zu zitieren, ein Neidkomplex da angesprochen werden soll. Das ebenfalls sicher nicht. Ich hoffe, daß Sie mir das abnehmen, was ich Ihnen dazu zu sagen hatte, danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weiters ist zum Wort gemeldet die Frau Kollegin Scheucher, in weiterer Folge der Kollege Bremm. Ich gebe den Vorsitz an den Kollegen Sablik ab.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche die Frau Gemeinderat Scheucher um ihren Vortrag.

GEMEINDERÄTIN

EVA SCHEUCHER:

Ja, ich muß wahrscheinlich, wohl oder übel, zu dem Tagesordnungspunkt auch etwas sagen, nachdem ja bekannt ist, daß gerade diese Kürzung des Bürgermeistergehalts eine uralte GAL-Forderung ist, auf die die FPÖ offensichtlich jetzt draufgesprungen ist, weil sie sich halt in den Medien so gut macht. Nur, in der Form bitte, hätten wir so eine Forderung nicht angebracht. Für uns ist einfach eine gewisse Gesprächskultur auch da. Wir hätten - und ich glaube, das können die Fraktionsvorsitzenden bestätigen, daß wir das auch schon gesagt haben - zuerst das Gespräch mit dem Betroffenen gesucht. Denn der hat wirklich dieses Gehalt übernommen, und es ist halt vor einigen

Jahren oder schon vor vielen Jahren passiert, daß einmal das Bürgermeistergehalt eigendynamisch in die Höhe gegangen ist und die anderen Gehälter nicht. Und deshalb ist so eine riesengroße Schere entstanden. Und diese Schere könnte man, das ist unsere Meinung, wirklich wieder etwas verkleinern. Denn sie wird ja bei jeder prozentuellen Erhöhung noch größer. Aber ich glaube, daß es einfach notwendig wäre, auch mit den Betroffenen das Gespräch zu suchen und dann einen vernünftigen Antrag einzubringen, der auch auf eine neue Regelung - bitte nicht Erhöhung, sondern auf eine neue Regelung - der Bezügeordnung ausgeht. Denn eine Forderung zu stellen, das Bürgermeistergehalt zu kürzen und nicht zu bedenken, daß man damit die anderen Bezüge gleichzeitig auch kürzt, das ist halt schon eine "Husch-Pfusch-Aktion".

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERÄTIN
EVA SCHEUCHER:

Das habe ich heute zum erstenmal gehört. Ich gabe gestern mit einem FPÖ-Mandatar gesprochen, der hat gesagt, ja, da sind wir auch darauf gekommen. Also bitte, tut's da keine Märchen erzählen. Ich habs in der Zwischenzeit auch nachgelesen, und ich weiß es jetzt genauso wie Sie. Und wir werden - man müßte mit dem Herrn Bürgermeister einmal drüber reden, ob man da nicht diese Schere verkleinern könnte und das einmal überarbeiten - diesem Antrag trotzdem nicht zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Gemeinderat Bremm bitte.

GEMEINDERAT

GERHARD BREMM:

Lieber Herr Stadtrat Eichhübl, ich glaube ja, daß das gar nicht deine ehrliche Meinung ist. Weil wir haben ja geredet- es ist ja noch gar nicht so lange aus, und ein paar Wochen kann man so gewisse Dinge behalten, alles wird ja nicht gleich weggelegt im Gehirn eines Menschen, sondern es bleibt einmal im vorderen Bereich -, und da kann ich mich noch erinnern, da haben wir zwei geredet, lieber Roman, wo du gesagt hast, du verdienst eigentlich zuwenig, für dich wird diese Funktion auszuüben schon ein Problem.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Da ist es um die Zeit gegangen.

GEMEINDERAT

GERHARD BREMM:

Weil in deinem Betrieb, wo du beschäftigt bist, wird dir jede Stunde abgezogen, wo du in deiner Tätigkeit als Stadtrat weggehst. Und das wird für dich ein Problem. Aber, lieber Roman, -

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Seit zwölf Jahren habe ich nie etwas beansprucht.

Unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Es ist nur ein Zwischenruf erlaubt.

GEMEINDERAT

GERHARD BREMM:

Ich setze mich aber eh da hinein, wenn es dir leichter ist zuzuhören.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Zur Sache, laßt den Gemeinderat Bremm reden.

GEMEINDERAT

GERHARD BREMM:

Lieber Roman, du bist da nicht der einzige, mit dem ich da auch, gerade in dem Vorgeplänkel der Bezügediskussion, geredet habe. Es hat ja der Kollege Payrleitner auch ähnliches geäußert, und er hat gesagt, diese vielen Stunden, die ich da bei meinem Job aufwende, dafür werde ich eigentlich gar nicht dementsprechend entlohnt. Zumindest war das die Geisteshaltung eurerseits. Daß die Geisteshaltung nicht immer mit eurer tatsächlichen Haltung übereinstimmt, das ist ja nichts Neues, das wissen wir ja. Und es ist ja eine populistische Politik, die da betrieben wird, die wirklich zum Denken anregt. Also, ich glaube, wir sollten da wirklich schön langsam einmal zurückkehren in die Stadt Steyr. Und es ist da auch angeschnitten worden vom Herrn Stadtrat Schloßgangl, daß wir in ganz Österreich immer negativ in den Munden sind. Ich habe selber die Gelegenheit in Wien immer: "Was ist in Steyr los, was ist in Steyr los? Immer gibt es Skandale und Probleme." Also, ich würde da

wirklich ersuchen, einmal zurückzukehren zur Arbeit und nicht immer populistische Politik zu betreiben. Es wird ja auch sicherlich nicht der Landesrat Achatz dort einfach jetzt seine Bezüge oder vielleicht seinen Chauffeur, den er hat als Landesrat, zurückgeben. Weil die budgetäre Situation am Land Oberösterreich ist ja auch nicht besser wie diese in der Stadt Steyr. Es ist immer eine Frage, Herr Dr. Tilman, es ist eine Frage, aus welchem Gesichtspunkt und Gesichtswinkel und aus welcher eigenen Position man das betrachtet. Die wirtschaftliche Situation der Stadt Steyr mit den Bezügen des Gemeinderates in Verbindung zu bringen, ich glaube, daß das ein bißchen überzogen ist. Natürlicherweise sitzen wir sehr oft hier, und ich habe mir das einmal zur Aufgabe gemacht und habe einmal zusammengezählt, wieviele Sitzungen sind eigentlich so im Laufe eines Jahres hier in diesem Rathaus. Und ich bin zu einer stolzen Anzahl gekommen von über dreißig in einem halben Jahr. Über dreißig Sitzungen im halben Jahr, da sind keine Parteisitzungen dazugerechnet, möchte ich betonen, sondern nur in meiner Funktion als Gemeinderat. Und wenn wir unser monatliches Gemeinderatssalär kennen, dann ist es wirklich ein bißchen vermessen zu sagen: "Weil die budgetäre Situation angespannt ist, jetzt sollen alle Mandatäre dieser Stadt zu sparen beginnen und eine Bezügekürzung in Kauf nehmen." Ich glaube, das ist sehr bei den Haaren herbeigezogen, und dem kann ich nicht beitreten. Ich bin auch fürs Sparen, aber das kann man sicherlich woanders tun

und besser tun. Also, wir werden, und es ist ja auch von meinem Fraktionsvorsitzenden schon angeführt worden, wir werden diesem Antrag nicht zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke, Herr Gemeinderat Bremm. Wer wünscht noch das Wort? Wünscht niemand mehr das Wort? Dann das Schlußwort.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Schluß, Ende, aus. Das war die Schlagzeile im FP Kurier, wo es geheißen hat, über Bezüge reden wir jetzt nicht mehr. Wir haben uns leider nicht durchsetzen können, obwohl es uns zugestanden wäre, allein von dem her, was wir an Arbeit einsetzen, und allein wenn wir uns vergleichen mit Wels und Linz und mit anderen Städten in Österreich. Allein, wenn wir Probleme haben, es ist halt einmal anders entschieden worden. In jeder Partei hat es ein paar gegeben, die mit dem überhaupt nicht einverstanden waren. Die ÖVP Burschen sitzen da fast Hand in Hand, die zur Presse gegangen sind und gesagt haben: "Nichts, wir nicht. Ich bin Schuldirektor, ich brauche das nicht, ich bin Rauchfangkehrermeister und Unternehmer, ich brauche das nicht." Der Dr. Schwager macht eine ähnliche Aussage, er als Rechtsanwalt, er braucht das nicht. Und ich als Schuldirektor muß sagen, ich brauche das auch nicht. Also, 25 % weniger - 25 % muß man sagen, es sind ja nicht 20 %, an die Medien gerichtet, weil es

immer heißt, 20%ige Kürzung, man sagt entweder 20 %-Punkte oder 25 % - machen mein Glück nicht mehr komplett oder weniger komplett als dieses. Aber - und ich glaube, dort ist auch der Ansatzpunkt, der leider in der ganzen Bezügediskussion nicht zum Tragen gekommen ist - es wird immer mehr ein Privileg bestimmter Schichten in unserem Land, Vertreter der öffentlichen Meinung sein zu wollen, und vor allem, sein zu können. Es ist bald unmöglich für jemanden, der einen Beruf hat, der dort eingespannt ist in einem Betrieb, so etwas zu machen, vor allem unter diesen finanziellen Voraussetzungen. Wenn man der Meinung ist, daß man wieder ein System bringt, wie es ja die Geschichte in einigen Epochen zeigt, daß es dem Adel vorbehalten ist, die Interessen bis zum Sklaven oder Untertan zu interpretieren und zu vertreten, dann sind wir mit diesem Antrag auf dem richtigen Weg. Ihr müßt nur aufpassen, liebe Kollegen von der FPÖ, daß ihr von den Effekthaschern, die ihr da bringt, nicht zu den Effekthascherln werdet. Nicht, daß euch nämlich eure eigenen Ideen hier auffressen. Es ist ja fast ein Hohn der Zeitgeschichte, wenn ein dritter Präsident - oder ist er zweiter Präsident? - des oberösterreichischen Landtages im Gasthof Pöchlacher eines Mittwoch abends vor rund 20 Leuten auftritt, um über Privilegien zu reden, der vor einigen Monaten bei der Wahl am 7. Oktober im Klub der Millionäre zum Ritter dort geschlagen worden ist. Stimmt, auch unser Bürgermeister gehört diesem Klub der Millionäre an. Die meisten von uns sind weit davon

entfernt. Und das ist fast schon eine Blasphemie, würde man sagen, wenn man die kirchliche Rechtsmeinung hier anschaut, wenn so etwas kommt. Man wäre fast geneigt dazu, wenn man sich diesen Sablik Bericht anhört - das solltest du dir übrigens vom Protokoll dann irgendwie kopieren lassen, was du heute gesagt hast, paßt nämlich zum 60iger vom Bürgermeister Leithenmayr in etlichen Jahren dann für eine Geburtstagsrede -, daß man heute aufgrund dieser Rede eine Erschwerniszulage für den Bürgermeister verlangen sollte. Und eines habe ich auch nicht ganz "geschnallt" bei dieser Argumentationskette, die ich hier gehört habe. Mich erreichen Stimmen, und zwar ernstzunehmender Menschen, die sagen, die FPÖ, die sind erst viel später daraufgekommen, daß damit auch die Gemeinderäte und die Stadträte gemeint sind mit dieser Kürzung. Und auch der Dr. Pfeil, der leider nicht da ist, aber nicht, daß er sich davongeschlichen hat oder geflüchtet wäre. Er ist ja zu einer viel gefährlicheren Sache gefahren, nämlich zu Kampfhundgeschichten, einer Diskussion über Bitbullterrier. Es ist also so, daß ihr da erst später aufmerksam gemacht worden seid. Daß du heute die Bezügeverordnung vorwachen kannst, lieber Roman, und sagen kannst, von wann sie war und mit welchen Stimmen sie beschlossen worden ist, das könnte ich auch. Denn ich bin auch von Medienvertretern angerufen worden, und, wie gesagt, das muß ich mir erst im Statut anschauen, ob das wirklich so ist. Damit meine ich aber jetzt nicht, daß ich einer bin, der gerne alles wissen möchte, sondern nur, um

auch damit zu dokumentieren, daß mir meine Bezügeverordnung, meine persönliche, nicht so wichtig ist als diese als Gesamtheit betrachtet. Ich bitte, den Antrag zur Abstimmung gelangen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke, zur Abstimmung. Wer für den Antrag der FPÖ stimmt, nämlich von 80 % auf 60 % des LH zu kürzen, der gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. Sieben Stimmen für diesen Antrag (FPÖ). Wer enthält sich der Stimme? Keine Stimmenthaltungen. Wer ist gegen den Antrag der FPÖ? Bitte abzählen zu lassen, also der überwiegende Rest, sodaß dieser Antrag abgelehnt ist. Und ich möchte bitten, zum letzten Punkt den Vortrag aufzunehmen.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich möchte also nicht wieder über Delikatessen zu sprechen beginnen, aber es ist meine Pflicht, diesen Antrag auch dem Gemeinderat vorzutragen, und zwar lautet er:

- 24) Antrag zur Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 29. 10. 1992

Gemäß § 6 der Geschäftsordnung der Stadt Steyr stellt die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion folgenden Antrag zur sofortigen Behandlung:

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Die derzeitige Regelung des Pensionsanspruches für nicht hauptamtliche Stadtsenatsmitglieder wird aufgehoben.

Unberührt bleiben die laufenden Pensionsbezüge von bereits in den Ruhestand getretenen Stadtsenatsmitgliedern. Für die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion: Dr. Leopold Pfeil, Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:

Herr Gemeinderat Spöck hat sich zu Wort gemeldet, dann Herr Stadtrat Eichhübl.

GEMEINDERAT
WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Zum Antrag der Freiheitlichen Partei - der Gemeinderat wolle beschließen, daß die derzeitige Regelung des Pensionsanspruches für nicht hauptamtliche Stadtsenatsmitglieder aufgehoben werden soll, unberührt bleiben sollen dabei bleiben die laufenden Pensionsbezüge von bereits in den Ruhestand getretenen Stadtsenatsmitgliedern - möchte ich namens der ÖVP Gemeinderatsfraktion folgenden Abänderungsantrag einbringen, bei dem ebenso die laufenden Pensionsbezüge von bereits in den Ruhestand getretenen Stadtsenatsmitgliedern unberührt bleiben, der auch die sogenannten Gnadenpensionen der nicht hauptamtlichen Stadtsenatsmitglieder aufheben soll, aber - und das ist der Inhalt des Ergänzungsantrages - stellen soll auf eine Basis: Wer eine Pension will, der muß dafür bezahlen. Ich darf daher im Namen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, in Abstimmung der Verordnung mit dem Verfassungsdienst des Landes OÖ,

geprüft von Herrn Hofrat Dr. Putschlägl, folgenden Abänderungsantrag stellen:

ÖVP-Fraktion im Gemeinderat
der Stadt Steyr
Abänderungsantrag gem. § 9 der
Geschäftsordnung für den
Gemeinderat der Stadt Steyr und
seine Ausschüsse

An den Bürgermeister der Stadt Steyr, Hermann Leithenmayr. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die ÖVP-Gemeinderatsfraktion stellt zum vorliegenden Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend die Pensionsregelung für Mitglieder des Stadtsenates, nachstehenden Abänderungsantrag im Sinne des § 9 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr und seine Ausschüsse:

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Die in der Anlage beigeschlossene Verordnung, mit der die Bezügeverordnung über den Funktionsbezug der Mitglieder des Gemeinderates und die Funktions- und Ruhebezüge des Bürgermeisters, der Vizebürgermeister und Stadträte vom 13. 12. 1990, Präs-748/90, geändert wird, wird genehmigt. Diese Verordnung tritt mit 1. 1. 1993 in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen. (BEILAGE)

Ich darf diesen Antrag dem Herrn geschäftsführenden Vizebürgermeister in Vertretung des Herrn Bürgermeisters überreichen und auch den anderen Fraktionen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Der Abänderungsantrag entspricht dem Statut und ist von allen Mitgliedern der ÖVP unterschrieben und liegt zur Einsichtnahme hier auf, damit Sie Ihr Exemplar mit dem tatsächlichen Abänderungsantrag vergleichen können, wenn Sie das wollen.

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Eine Ergänzung zur Beilage, zur Bezügeverordnung: Die Bezügeverordnung wurde ja beschlossen in der Gemeinderatssitzung vom 13. Dezember 1990, die geändert werden muß. Keiner Änderung bedarf der § 3.1, der über den Funktionsbezug der Gemeinderäte abspricht. Ebenso keiner Änderung bedarf der § 2, der die Höhe der Bezüge und Sonderzahlungen der Stadtsenatsmitglieder enthält, das heißt 14 % der Funktionsbezüge des Bürgermeisters für die Stadträte und 35,5 % für die Vizebürgermeister. Die erste Änderung in unserem Antrag ist zum § 3. Der § 3 Abs. 1 hat zu lauten: Der Bürgermeister und die übrigen Mitglieder des Stadtsenates haben von dem auf Grundlage des § 2 Abs. 2 des OÖ Bezügegesetzes zu bemessenden Teil der Funktionsbezüge nach § 2 Abs. 2 und von den Sonderzahlungen Pensionsbeiträge zu entrichten. Das heißt, wegfällt die Einschränkung auf die Hauptberuflichkeit. Ebenso zu ändern ist § 3, Abs. 2, 2. Satz. Dieser ist ersatzlos zu streichen. Das heißt, die bisherige Hälftebegünstigung fällt weg. Der Pensionsbeitrag beträgt für alle 16 %. Keiner Änderung bedarf der § 4 und der

§ 5. Der § 6 Abs. 1 hat zu lauten: Dem Bürgermeister und den übrigen Mitgliedern des Stadtsenates gebühren nach Ausscheiden aus ihrer Funktion nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen auf Antrag monatliche Ruhebezüge, wenn ihre Funktionsdauer wenigstens 10 Jahre betragen hat. Hier fällt ebenso die Einschränkung auf die Hauptberuflichkeit weg. Die nächste Änderung, § 6, Abs. 2, letzter Satz hat zu lauten: Hat das Mitglied des Stadtsenates mehrere Funktionen im Stadtsenat ausgeübt, so ist die mit dem höchsten Bezug verbundene Funktion - neu kommt jetzt hinzu -, für die Pensionsbeiträge entrichtet wurden, maßgebend. Diesen Passus wollte vor allem Kollege Stadtrat Holub. Als Vizebürgermeister hat er ja keine Beiträge geleistet, daher soll auch der Bezug des Vizebürgermeisters nicht von Bedeutung sein für die Pensionsberechnung. Die nächste Änderung, § 9, Abs. 1, erster Satz, er hat zu lauten: Der Ruhebezug ist nur in dem Ausmaß auszahlbar, um das die Summe folgender Ansprüche hinter den Bezugsgrenzen gem. § 2 Abs. 7, erster Satz, zurückbleibt. Der Grund und Sinn dieser Änderung, daß die Stadtsenatspensionen zugunsten anderer Pensionen nicht zur Auszahlung gelangen, soll vermieden werden. Nächste Änderung § 15, dieser § 15 hat ersatzlos zu entfallen. Dieser behandelt die bisherigen Stadtsenatspensionen, die sogenannten Gnadenpensionen. Der § 15 ist auch ein Grund dafür, daß wir keinen eigenen Antrag gestellt haben, sondern einen Abänderungsantrag zum vorliegenden Antrag eingebracht haben.

Durch Entfallen des § 15 erhält dann der § 16 die Bezeichnung § 15, der 17er 16 und der § 18 die Bezeichnung § 17. Neu im § 17 hat der dritte Satz zu lauten: Für Mitglieder des Stadtsenates, die vor dem 1.1.1993 aus ihrer Funktion ausgeschieden sind, gelten die Bestimmungen des § 10 a der Verordnung des Gemeinderates vom 20. 2. 1969, Präs-191/68 in der Fassung des Gemeinderatsbeschlusses vom 7. 7. 1981, Präs-175/80, weiter. Ebenso gewollt im vorliegenden Antrag der Freiheitlichen Partei. Diese Verordnung soll dann mit 1. 1. 1993 in Kraft treten. Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertes Präsidium, soweit zu den notwendigen Veränderungen. Was heißt nun dieser Antrag im Klartext? Abschaffung der sogenannten Gnadenpensionen, nicht aber für bereits ausgeschiedene Stadtsenatsmitglieder. In Zahlen ausgedrückt: Ein Stadtrat bekommt derzeit einen Bruttobezug von monatlich 17.047,-- Schilling, Auslagenersatz 6.818,--, Reisepauschale 2.131,-- Schilling. Das sind insgesamt brutto 25.996,-- Schilling. Er muß nun von 17.047,-- S, das ist der Bezug, 16 % Pensionsbeitrag zahlen, das sind monatlich 2.727,-- Schilling und hat dann Anspruch auf eine Pension gem. § 6 bzw. § 10 nach 10 Jahren Funktionsdauer und Erreichung des 60. Lebensjahres, mit der Ausnahme bei Ausscheiden wegen Erkrankung und Berufsunfähigkeit. Von dem verbleibenden Betrag hat dann das Stadtsenatsmitglied die übrigen Abgaben wie gehabt, Steuern, Parteibeiträge usw., zu entrichten. Bisher betrug die Pension 7 % von 185.692,-- Schilling vom

Grundbezug des Bürgermeisters, ohne Pensionsbeitrag 12.998,-- S monatlich, neu 13.638,--, aber ich muß den Pensionsbeitrag in dem vorher erwähnten Ausmaß leisten. Werte Kolleginnen und Kollegen, abschließend mit diesem Abänderungsantrag ist, so glaube ich, so bin ich sicher, der Wille aller hier im Gemeinderat vertretenen Parteien erfüllt und der bittere Beigeschmack der Gratispensionen weggefallen. Ich ersuche daher um Annahme unseres Abänderungsantrages.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister, der zwecks Abstimmung über seine Person den Saal vorhin verlassen hat.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr dem Kollegen Spöck. Es steht ein Abänderungsantrag der ÖVP mit in Beratung, zum Wort gemeldet ist der Kollege Eichhübl, ich erteile ihm das Wort.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister. Es ist an sich ja sehr erfreulich, daß aufgrund unseres Antrages die ÖVP sehr aktiv geworden ist. Und zwar hat der Kollege Spöck sehr ausführlich über die Vorstellungen der ÖVP hier berichtet und auch diesen Abänderungsantrag entsprechend vorgelegt. Ich darf aber doch eine kurze Rückblendung machen, meine Damen und Herren des

Gemeinderates, und hier festhalten, daß jene Gemeindemandatare, die bereits mehr als 11 Jahre ihre Funktion hier ausüben, sich sicherlich noch daran erinnern werden können, daß wir Freiheitliche ja nicht nur bei der Beschlußfassung am 7. 7. 1981, als erstmals diese Möglichkeit geschaffen wurde, daß jemand, ohne einen Pensionsbeitrag zu leisten, einen Antrag auf eine Pension hat, hier zur Abstimmung gelangt ist. Sondern wir haben immer wieder in den darauffolgenden Jahren darauf hingewiesen, daß wir diese Regelung, ohne Pensionsbeitrag eine Pension zu erhalten, abgeschafft haben wollen. Und ich darf doch in Erinnerung rufen - Kollege Spöck hat zwar ganz kurz darauf hingewiesen -, daß bei dieser Beschlußfassung am 7. 7. 1981 ja damals mit den Stimmen der Österreichischen Volkspartei und der SPÖ mit Mehrheit hier beschlossen wurde und eine Regelung vereinbart wurde, die eben unter dem § 10 a sehr deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Der ist im übrigen neu hinzugekommen in diese Bezügeverordnung und regelt hier eben, daß nach Erreichen des 60. Lebensjahres der außerordentliche Versorgungsbezug nach Zugehörigkeit von 4 Jahren - von 4 Jahren im Stadt-senat, meine Damen und Herren - bereits 4 % ausmachen soll. Es ist dann gestaffelt worden, nach mindestens 8jähriger Tätigkeit 5,5 % und nach mindestens 11jähriger Tätigkeit 7 % der monatlichen Funktionsbezüge des Bürgermeisters. Und das ist ja dann bei einer neuerlichen Beschlußfassung der Bezügeverordnung hier im Gemeinderat

am 13. 12. 1990 abgeändert worden. Es ist ein neuer Paragraph geschaffen worden, der § 19, der eben aussagt, und das ist geändert worden, die Erreichung eines Lebensalters von mindestens 60 Jahren. Das Ausscheiden aus der Funktion darf jedoch nicht länger als 5 Jahre zurückliegen. Vorher waren es 3 Jahre, ich darf das noch in Erinnerung rufen. Außerdem wurde in diesem § 15 unter b) folgendes beschlossen: Ausübung der Funktion eines Mitgliedes des Stadt-senates und ununterbrochen mindestens durch 10 aufeinanderfolgende Jahre, vorher waren es sechs Jahre. Und unter Punkt c) ist beschlossen worden bei dieser Änderung der Bezügeverordnung das Ausscheiden aus dem Berufsleben innerhalb von 5 Jahren, und vorher waren es 3 Jahre. Aber immer unter der Überschrift, daß ohne eine Beitragsleistung ein Pensionsanspruch besteht. Und darum, meine Damen und Herren, und ich bin schon am Schluß meiner Ausführungen, war es unser Wunsch und unser Wille, das abzuändern. Und wir können hier feststellen, nachdem inzwischen dieser Abänderungsantrag, der ja sehr umfangreich ausgefallen ist, von unserem Fraktionskollegen Dr. Tilman Schwager geprüft worden ist, daß wir diesem Abänderungsantrag von seiten der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion die Zustimmung geben werden.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke dem Kollegen Eichhübl, zum Wort ist gemeldet der Kollege Spanring.

GEMEINDERAT

ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Für die Sozialdemokratie, für die Sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion, welche ich hier vertrete, war und ist es das Gebot der Stunde, Neuerungen durchzuführen, sich nicht in Opportunismus zu üben oder dem Populismus zu frönen, sondern ausschließlich Sachpolitik zu betreiben. Keine Nein-Sager und keine Annullierer, sondern konstruktive Reformierer sind angesagt. Daher wird die Sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion dem vorliegenden Abänderungsantrag zustimmen, werden die sozialdemokratischen Stadtsenatsmitglieder ihren Beitrag zu einer Pensionsvorsorge aus dem gegebenen Bezug leisten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Nicht mehr der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Schlußwort? Ja, Schlußwort.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ja, ich weiß nicht, ob mir das zusteht?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Natürlich.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich will es auch gar nicht mehr länger ausüben. Ich sehe, ich höre das zum erstenmal und werde diesem Antrag die

Zustimmung auch erteilen, aber ich möchte mich nicht näher mit diesem Antrag auseinandersetzen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gut, wir kommen also jetzt zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag der ÖVP abstimmen. Wer für diesen Abänderungsantrag ist, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr, gibt es gegenteilige Auffassungen oder übt jemand Stimmenthaltung? Ist nicht der Fall, der Abänderungsantrag ist einstimmig angenommen. Ich lasse der guten Ordnung halber noch über den Hauptantrag abstimmen, den die FPÖ eingebracht hat. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung.

Unverständliche Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Moment, Moment! Genau nach dem Statut habe ich das gemacht. Zunächst ist über den Abänderungsantrag abstimmen zu lassen. Und der ist einstimmig angenommen. Das heißt aber, ich muß, um der Form gerecht zu werden, auch über den Hauptantrag der FPÖ abstimmen lassen.

Unverständliche Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Nicht mehr? Hat sich erledigt, weil er einstimmig angenommen wurde? Gut,

also das ist eine neue Wendung, der ich mich gerne anschließe, wenn das so ist. Damit ist also, wie das korrekt heißt, der Hauptantrag in der Form des Abänderungsantrages angenommen worden. Einstimmig.

Damit, meine Damen und Herren, ist die Tagesordnung erschöpft. Ich darf mitteilen, daß bei den heutigen Beschlüssen 18.515.244,-- Schilling ausgegeben und genehmigt wurden.

Wir kommen nun zur aktuellen Stunde. Wer wünscht das Wort? SPÖ-Fraktion - nichts, FPÖ-Fraktion - nichts, ÖVP-Fraktion - nichts, GRÜN - nichts.

Gelächter

Applaus

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 18:58 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OMR Mag. Augustin Zineder eh.

Karin Michlmayr eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Dr. Tilman Schwager eh.

Engelbert Huber eh.

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

Department of Chemistry

1950-1951

1950-1951

1950-1951

1950-1951

1950-1951

1950-1951